

Anstelle eines Editorials



Frauen kommt!

Achtunddreißig
zu viele soldaten
zu wenig hände
Frauen kommt!
dreht für uns die granaten
Achtundvierzig.

Zu viele gräber
zu wenig hände
Frauen kommt!
macht den trümmern ein ende
Achtundsechzig.

Zu wenig hände
zu viele maschinen
Frauen kommt!
ihr dürft jetzt mitverdienen
Achtundsiebzig.
Zu viele maschinen
zu viele hände
Frauen geht!
euer Traum ist zu ende

K.H.Niewert

Man muß sich die Freiräume stehlen

Um 19,00 Uhr trafen wir (Brunhilde Platzer, Margreth Stocker, Renate Mumelter) uns zum Gespräch mit Maria Grazia Barbiero und Andreina Emeri. Die eine kam gerade aus dem Parteibüro, die andere von einer Psychiatrietagung. Maria Grazia Barbiero ist seit kurzem Landesssekretärin der KPI, Andreina Emeri neu gewählte Listenvertreterin der Alternativen im Südtiroler Landtag.

Von beiden wollten wir hören, was an ihrer spezifisch weiblichen Art im Politikerinnen-Alltag noch zu finden ist. Wo diese weibliche Art kompromittiert und begrenzt würde.

Das Gespräch dauerte ca. 2 1/2 Stunden. Andreina hatte es danach sehr eilig auf eine weitere Versammlung zu kommen und Grazia nahm sich ein Taxi, um rechtzeitig bei ihrer Tochter zu sein.

Politik – ein Wettlauf mit der Zeit? Politik als Frauenarbeit!

Brunhilde: Ein Freund von mir hat erzählt, daß er als Kind schwimmen gelernt hat, indem er ins Wasser geworfen wurde; heute schwimmt er gern im tiefen Wasser. Ich habe mich langsam dem Wasser angenähert; ich wollte mich immer sicher fühlen. Heute kann ich zwar schwimmen, aber nur dort, wo ich den Grund spüren kann. Wie habt ihr euch an die Politik angenähert?

Und jetzt schwimm, wenn du kannst

Andreina: Ich habe es so gemacht wie du, stufenweise. Ich muß aber sagen, daß die letzten Wahlen eher eine Episode waren, wie sie dein Freund erlebt hat. Und jetzt schwimm, wenn du kannst! Ich hoffe, nicht zuviel Wasser zu schlucken.

Grazia: Auch ich habe mich sehr langsam der Politik genähert. Meine politische Bewußtwerdung ist von der sehr nahen und konkreten Realität ausgegangen, in der ich gelebt habe. Erst später hatte ich das Bedürfnis, in einer Partei den Ort zu suchen, an dem ich Kritik und Vorschläge vorbringen konnte. Später habe ich dann die Notwendigkeit verspürt, mich auch auf einer Ebene, die von der parteipolitischen getrennt war, politisch auseinanderzusetzen, nur mit Frauen und unter Frauen. Ich praktiziere diese doppelte Militanz jeden Tag und glaube, daß sie – wenn auch nicht optimal – doch notwendig ist.

Brunhilde: Empfindest du das Politik-machen als Verpflichtung für dich selbst, deinen Teil beizutragen?

Grazia: Ja. Nein. Politik zu machen, sich zu engagieren ist eine Daseinsweise. Ich glaube nicht, daß ich zurückgehen könnte, in dem Sinn, daß ich wieder anfangen würde, desinteressiert zu sein. Ich könnte mir allerdings vorstellen, wieder zu unterrichten. Manchmal sage ich mir, wie wäre es doch angenehm, wenn ich in die Schule zurückkehren und die Politik in einer weniger aufwendigen Art betreiben könnte. Die Arbeit als Landtagsabgeordnete macht mich manchmal müde, ich hätte ab und zu Lust, alles stehen und liegen zu lassen; keine Zweifel gibt es aber darüber, daß ich eine Frau sein will, die sich engagiert, die sich ausdrücken will, die gehört werden will.

Margreth: Welche Risiken geht ihr damit ein?

Andreina: Zunächst einmal riskiert man einfach, sich aufzureisen zu lassen; das ist ein bißchen das, was Grazia gesagt hat. Ich glaube, das muß man immer vor Augen haben. Das heißt: in der politischen Gruppe, in der ich arbeite, ist zum Beispiel das Thema Umweltschutz sehr aktuell. Ich meine, es ist sinnlos, nur für unsere Kinder und Enkel Umweltschutz zu betreiben, wenn wir selbst nicht imstande sind, am Sonntag auf den Berg zu gehen, weil wir immer in irgendeiner Tagung eingesperrt sind. Über kurz oder lang wird man professioneller Politiker,

Ich will mich nicht verschlingen lassen

was wiederum heißt, daß man nur mehr mit Leuten Kontakt hat, die selbst politisch tätig sind. Man sollte auch immer noch

ein Mensch bleiben, der sich anhört, was die Leute sagen, wenn er am Samstagvormittag einkaufend geht, ein Mensch, der ein normales Leben führt, der Bücher liest, ins Kino geht, ins Theater. In den 68er Jahren stand die Politik an erster Stelle, das ist eine sehr männliche Seite der Politik. Für mich ist es wichtig, auch die Freude an persönlichen Kontakten in die Politik hineinzutragen, nicht nur sympathisch zu finden, die mir politisch nahestehen.

An dem Tag, an dem ich feststellen müßte, daß diese Dinge nicht mehr da sind, würde ich die Politik aufgeben, dann hätte sie für mich keinen Sinn mehr. Ich persönlich glaube nicht an das Jenseits, ich habe keine Jahrtausende mehr vor mir, deswegen will ich ein Leben führen, in dem es ein Gleichgewicht zwischen dem Persönlichen und dem Öffentlichen gibt. Ich will mich nicht verschlingen lassen.

Margreth: Dieser Zwiespalt ist typisch weiblich. Egal, welchen Beruf eine Frau ausübt, sie will sich immer einen privaten Freiraum erhalten. Das steht sicher manchmal der Karriere im Weg.

Andreina: Um große Sachen zu machen, z.B. die Neunte von Beethoven, muß sich jemand verausgaben, ich glaube nicht, daß man sich da schonen kann, wie ich es tun will. Das ist, glaube ich, auch ein Grund dafür, daß wenige Frauen große Werke gemacht haben. Es gibt natürlich auch andere Ursachen, die Erziehung, die fehlende Bildung. Wenn ich fühlen würde, daß ich großartige Fähigkeiten hätte, dann würde ich mich vielleicht auch ganz auf etwas konzentrieren, aber da ich ganz normaler Durchschnitt bin, will ich mir am Ende meines Lebens sagen können: es war nicht übel, etwas habe ich gemacht, auf irgendeine Art habe ich eingewirkt, aber es war auch etwas, was seine Blümlein hatte, nicht nur das glatte Gestänge der Konstruktion.

Brunhilde: Ich arbeite acht Stunden, und manchmal habe ich das Gefühl, daß ich die Zeit, mein Gleichgewicht wiederherzustellen, nicht mehr habe. Ich kann mir vorstellen, daß euer Stundenplan sehr lang ist.

Andreina: Er existiert nicht. Man muß sich die Freiräume stehlen und man muß in bestimmten Dingen unbeugsam sein. Aber ich hoffe, auch in der politischen Tätigkeit wie in meiner früheren Arbeit Befriedigung zu finden, nur darf die menschliche Beziehung nicht zu einer politischen schrumpfen, denn dann bist du auch als politische Persönlichkeit erledigt, in dem Sinn nämlich, daß du eindimensional wirst.

Ich habe keine Zeit zum Ausverkauf zu gehen

Meine Kinder sind bereits erwachsen und unabhängig, ich muß sie nicht mehr versorgen; meinen Mann versorge ich schon seit einiger Zeit nicht mehr; das war ein persönlicher Entschluß von mir. Natürlich will ich zu meinem Mann und zu meinen Kindern eine menschliche Beziehung haben und das braucht auch Zeit. Ich habe keine aufgeräumte Wohnung, keine Zeit, zum Ausverkauf zu gehen, bestimmte Sachen muß man einfach streichen. Ich esse sojale. Aber ich habe einen Hund, eine Katze und Blumen.

Margreth: Ist die Politik erst in Dein Leben eingetreten, als Deine Kinder schon erwachsen waren?

Andreina: In dem Sinn, daß man neben der Arbeit auch politisch aktiv ist, habe ich das schon früher gemacht. Manchmal war es auch nicht ganz einfach, alles zu vereinbaren, aber in gewissem Sinne war ich auch privilegiert: ich hatte nie Wohnungsprobleme, ich konnte mir immer eine Haushaltshilfe leisten; das ist nicht die typische Frauensituation. Verzichtet habe ich auf die Dinge, die mir am wenigsten wichtig erschienen, Friseur usw.

Ich habe gelernt, daß sich eine gute Mutter ganz ihren Kindern widmen muß

Grazia: Auch ich habe meinen Mann nie versorgt. Ich habe eine 12jährige Tochter, die lieb ist und mir sehr hilft, sie hilft mir, meine Konflikte zu überwinden. Ich wurde sehr traditionell erzogen; ich habe gelernt, daß sich eine gute Mutter ganz ihren Kindern widmen muß. Ich habe versucht, auf eine andere Art Mutter zu sein; manchmal kommen diese atavistischen Ängste, keine gute Mutter zu sein heraus, und ich muß sagen, daß mir das Mädchen hilft, diese Ängste, die ich auf rationaler Ebene entschieden überwunden habe, zu beseitigen.

Margreth: Ihr und die Politik. Was ist an Eurer Art, Politik im Landtag zu machen, an spezifisch Weiblichem übriggeblieben, angenommen es war mal was da?

Andreina: Ich bin der Meinung, daß es eine traditionelle Feindschaft zwischen der Frau und der Politik gibt. Mehr noch eine Feindschaft zwischen der Partei und der Frau. Wenn wir hingegen das politische Konzept als Interessensgebiet kollektiver Angelegenheiten verstehen, können wir feststellen, daß darin Frauen seit jeher vorrangiger vertreten waren, als etwa bei politischen Wahlen, bei öffentlichen Veranstaltungen etc.

Margreth: Du meinst also im sozialen Bereich?

Andreina: Ja. Auch in den Schulen, die Kollegialorgane z.B. Anfang der siebziger Jahre habe ich angefangen, mit einer Gruppe von Frauen zu arbeiten. Ein Problem bestand zur damaligen Zeit für uns Frauen gemeinsam. Jenes der Schwangerschaftsverhütung etwa. Aus der Überzeugung, daß dies ein Problem aller Frauen ist, haben wir eine Beratungsstelle gegründet. In konkreter Form haben wir dann über Jahre in erster Linie auf diesem Gebiet gearbeitet. Dabei haben wir reichliche Erfahrung in Bezug auf das Wissen um die traditionelle Medizin gesammelt und dadurch mehr Selbstvertrauen erlangt, auch mehr Bewußtsein und Sicherheit gegenüber dem Arzt. Manchmal hatte ich aber das Gefühl, eingeschränkt zu werden, mich zu sehr einzugrenzen. Und doch war dies die korrekteste Art Politik zu machen. Konkrete Antworten auf konkrete Fragen zu geben.

Einer der größten Makel der Parteien ist die Instrumentalisierung. Im Inneren einer Partei werden alle Probleme als Stufe zur Macht betrachtet. Wenn ich hingegen jetzt auf einer Liste kandidiert habe, so liegt dies vor allem an der analogen Vorgangsweise dieser Liste, Probleme in diesem meinem Sinne anzugehen.

Im Landtag wird man nicht nur frauenspezifische Fragen behandeln ...

Brunhilde: Darf ich Dich hier unterbrechen. Keine Partei war bisher in der Lage, den Frauen jene Hälfte an Raum zuzugestehen, den sie in der Bevölkerung einnehmen. Lange Jahre hatte die Politik sie ausgeschlossen. Nun aber öffnen die Parteien den Frauen bereitwillig die Tore. Ihr seid also reingegangen. Mich interessiert nun: Gibt es Eurer Meinung nach auch ein spezifisch Weibliches in der Art und Weise, Probleme vorzubringen, anzugehen?

Die institutionelle Politik ist eine Politik der Wörter

Andreina: Das ist im weitesten Sinne ein Problem der Sprache. Die institutionelle Politik ist eine Politik der Wörter. Das bedeutet, daß jener am meisten erreicht, der das Instrument Sprache am besten beherrscht, der die Bereitschaft ...

Margreth: zur Rationalisierung ...

Andreina: am meisten zeigt. Das ist nun aber ein männliches



Modell, in welchem ich mich überaus unwohl fühle. Dieses gegenseitige „Sich-zur-Schau-stellen“ (wender sich zu Grazia). Findest Du nicht auch?

Grazia: Oh ja.

Andreina: Das sind letztlich für Männer geschaffene Plätze. Man kann feststellen, daß alle sozialen, politischen und institutionellen Beziehungen geschlechtsspezifisch ablaufen und die männliche Prägung haben. So kann die Frau immer nur Objekt, niemals Subjekt der Sache sein.

Ich glaube also, daß jenseits der Lösung frauenspezifischer Probleme auf irgendeine Art und Weise diese männliche Prägung beleuchtet ... und bekämpft werden muß.

Brunhilde: Ich arbeite nun aber in einer solchen Institution und möchte meiner Arbeit diese besondere weibliche Note geben, falls es sie gibt. Es bleibt für mich allerdings die Frage: Wenn wir in diese Institutionen gehen, verlieren wir da nicht bereits dieses, von uns definierte, Andere, Unterschiedliche (unser besonderes Verhältnis zur Zeit, zum Körper, zur Natur)?

Gelingt es uns und wenn, auf welche Weise dort etwas zu verändern?

Grazia: Die Frauen haben Instrumente und Kommunikationsformen, die nicht ausschließlich auf Wörter beschränkt sind: Ausdruck, Gesten, Bewegungen ... Eine Politik der Machtkämpfe ist den Frauen fremd.

Es sind aber auch Frauen in die Politik gegangen, die sich dort als Männer benommen haben. Sie haben bewußt oder unbewußt die Unterschiedlichkeit negiert. Aber es gibt auch Frauen, die alle ihre Unterschiede und Besonderheiten in die Politik eingebracht haben. Dadurch sind dann auch Konfliktzustände in den Parteien geschaffen worden.

Nun - existiert eine weibliche Politik?

Ich bin, im Gegensatz zu Andreina in einer Partei tätig. Da ich in der kommunistischen Partei nicht bloß als Kommunistin, sondern auch als Frau bin, bringt dies oft Schwierigkeiten ...

Margreth: Was bedeutet dies ... als Frau. Denkst Du etwa während einer Parteiversammlung (mehr als mancher männliche Genosse) an Deine Tochter, an das zu kochende Abendessen, an die fehlende Milch im Kühlschrank? Ist es das?

Grazia: (verlegen) Ja, auch. Ich verstehe die Politik nicht als Beruf, nicht als Machtinstrument, sondern als ein Feld zur Lösung von Bedürfnissen.

Meine Bedürfnisse, die Bedürfnisse von Personen.

Brunhilde: Ich kenne Dich ein bißchen und nehme an, daß Dich diese, Deine Politikertätigkeit total beansprucht.

Grazia: Das ist nun mal meine Art zu sein. Ich versuche als Person ganz in der Politik zu sein.

Andreina: ... Es geht darum andere Wege zu gehen als jene der Macht. Wir haben festgestellt, daß die ausschließlich emanzipatorische Linie der Frauen eine Einbahnstraße ist, die letztlich als Ergebnis jene Frauen hervorbringt, die das männliche Modell verinnerlicht haben und am Ende doch innerlich gespalten sind ...

Renate: Inwieweit könnte auch bei Euch die Vermutung nahe liegen, dieses sogenannte männliche Modell verinnerlicht zu haben?

Andreina: ja, das habe ich immer vor Augen. Ich glaube, daß mich die politische Tätigkeit nicht vollkommen erschöpft und vereinahmt. Ich behalte mir immer noch Freiräume vor, ein Eigenleben ...

Die Zeitabläufe sind durchaus männlich

Die Arbeit als Rechtsanwältin hat mich gelehrt, sprachlich zu vermitteln. Bei den durchzuführenden Trennungen und Ehescheidungen habe ich mir immer die Zeit genommen, mit den betroffenen Frauen ihre Bedürfnisse zu klären, welche ich dann in die männliche Sprache umgesetzt habe - um die besseren Ergebnisse zu erlangen. Ja, die Rechtssprache ... eine männliche Domäne. Diese Geschwindigkeit und Spontaneität dem Gegner zu erwidern. Die Zeitabläufe sind durchaus männlich ...

Brunhilde: Warum sind die Zeitabläufe typisch männlich?

Andreina: Weil sie mehr in der Öffentlichkeit als im Privaten ablaufen. Im Privaten hast du genügend Zeit, dir eine Antwort auszusuchen; wenn du etwas nicht sofort sagen kannst, dann eben zu deiner Zeit. In der Öffentlichkeit aber darfst du dir nicht erlauben, die Antwort auf den nächsten Tag zu verschieben. Dies ist also eine Angelegenheit der Kondition, der Kraft, aber auch der Übung, der Gewohnheit. Das alles muß ich bei meiner Arbeit immerzu bedenken.

Es ist ebenso klar, daß im Landtag zu vorgegebener Zeit Anträge gestellt werden müssen ... zu Zeiten, die andere bestimmen.

Grazia: Nicht nur in der Politik, auch bei der Arbeit und im gesellschaftlichen Leben besteht für die Frauen die Gefahr der Ansteckung, der Übernahme fremder Verhaltensweisen. Wir Frauen müssen uns dieser Gefahr bewußt sein. Auch haben wir Frauen bereits ein Stück männlicher Kultur verinnerlicht. Also muß unser Kampf auf zwei Ebenen stattfinden.

Auch ich habe das Problem der Sprache: meine Stimme ist viel zu leise und klingt nicht bestimmt genug. Das läßt man mich oft spüren. Merken Männer schließlich, daß ich der Politik eine andere Rolle zugestehe, als üblich, wird dies nicht respektiert. Dazu möchte ich ein Beispiel machen: Diplomatische Momente sind in der Politik von größter Bedeutung, Delegationen, Repräsentationen. Meist lehne ich es ab an diesen „Treffen“ teilzunehmen, weil sie mich nicht interessieren. Studienreisen sind Studienreisen, nicht Repräsentationsreisen. Meine ich.

Ich bin deshalb nicht naiv, wenn ich diese Zeremonien und Riten ablehne. Wir Frauen haben eine einfachere Sprache und eine bessere Art, etwas zugänglich zu machen.

Brunbilde: Ich habe dazu meine eigene Version: Ich sage, daß Frauen auf ihre Art „abgerundeter“ sind, als Männer. Bei der Überarbeitung eines Problems zieht die Frau mehrere Aspekte ein, mehrere Faktoren.

Eine sehr problematische Beziehung habe ich schließlich zu den Gesetzen, vor allem im Augenblick ihrer Anwendung.

Vor einigen Tagen konnte ich in einem Friedhof auf einer Gefalleneninschrift lesen: „Leib und Seele gaben sie für das Vaterland und seine Gesetze“. Nun, ich wende in meiner Arbeit Gesetze an, ich habe Rechtswissenschaft studiert. Und jetzt die Angst, daß auf meinem Grabstein dasselbe stehen könnte.

Ihr beide seid nun aber im Landtag und bearbeitet zum Großteil Gesetzestexte. Kommen Euch nicht auch ähnliche Zweifel?

Grazia: Diese Angst habe ich nicht, weil ich immer den Eindruck oder besser: die Sicherheit habe, daß nicht ich es bin, die die Gesetze macht, es sind die anderen. Die Gesetze, mit denen ich mich identifiziere – wenn vielleicht auch nicht vollkommen – das sind Gesetze, die häufig nicht angewandt werden. Ich denke da zum Beispiel an das Gesetz 194 zum Schwangerschaftsabbruch, an das Gesetz 105 über die Beratungsstellen oder an die strafrechtliche Regelung zur Vergewaltigung, ein Gesetz, das immer noch im Parlament herumliegt. Es gibt eine ganze Reihe von Gesetzen, die, wenn sie mir nicht fremd sind, nicht angewandt werden.

Brunbilde: Es gibt aber auch bestimmte Gesetze, in denen wir – du und ich – uns wiederfinden können (in einem gewissen Sinn). Jedenfalls wird jedes Gesetz von Leuten gemacht, die nicht auf einer grünen Wiese sitzen, sondern jahrhundertlange Gesetzgebungstradition mit einbringen. Auch in diesen Gesetzen gibt es Sanktionen, Haftstrafen usw.

Grazia: Ich glaube, es gibt gute und nicht gute Gesetze.

Das Gesetz 194 zum Schwangerschaftsabbruch hat uns niemand geschenkt

Andreina: Ich glaube aber, daß das Wachsen der Frauen zu einem großen Teil außerhalb der Gesetze stattgefunden hat. Das heißt: wenn ein Gesetz verabschiedet wurde, geschah es, weil es den Frauen gelungen war, die soziale Wirklichkeit durch Verhaltensweisen und Vorgangsweisen zu verändern. Das Gesetz 194 hat uns niemand geschenkt, auch nicht das neue Familienrecht aus dem Jahr 1975. 1978 und 1979 haben wir einen Vergewaltigungsprozeß persönlich mitverfolgt und haben gefordert, daß der Prozeß nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird, außerdem haben wir versucht, Zivilklage einzureichen; seitdem sind die Richter viel vorsichtiger geworden, vor allem in der Prozeßführung, weniger beim Urteil, das unterm Strich für die Frauen nicht so wichtig ist. Mir scheint es wichtig, daß auch die Gesetzgebung irgendwie von den Frauen kontrolliert wird. Das sehe ich bei den Ehescheidungen. Vor der großen Welle der Frauenbewegung wurden die Frauen bei den Scheidungen wirklich massakriert. Sie hatten wenig Möglichkeiten, gerieten leicht in Panik, es gelang ihnen nicht, ihre Bedürfnisse geltend zu machen. Es gab fast keine Rechtsanwältinnen und deshalb mußte dieser erste Kontakt der Frau mit der Welt des Gesetzes durch einen Mann hergestellt werden; die Frauen, die heute zu mir kommen, haben viel genauere Vorstellungen von dem, was sie wollen und davon, wie sie es erreichen wollen. Es ist wichtig, daß die Frauen lernen, dieses Mittel zu benutzen.

Grazia: Diese großen innovativen Gesetze haben nur eine Veränderung registriert, die in der Gesellschaft bereits stattgefunden hat. Ein weiterer interessanter Augenblick war der, in dem sich die Frauen die Frage stellten, warum sie immer darauf



warten müssen, daß die Zuständigen die Gesetze machen, die den Bedürfnissen der Frauen entsprechen. Die Frauen beschlossen, selber Gesetzesvorschläge auszuarbeiten; das haben sie dann auch gemacht, als unterschiedliche Frauengruppen einen Gesetzesvorschlag zur strafrechtlichen Regelung der Vergewaltigung ausgearbeitet haben. Hier hat sich im Verhältnis zwischen Frauen und Institution etwas getan, die Frauen haben das Mißtrauen der Gesetzgebung gegenüber überwunden und sich selbst als gesetzgebende Subjekte hingestellt. Dann gab es natürlich eine Phase der Frustration, weil die Frauen wieder auf Schwierigkeiten gestoßen sind, auf ein Parlament nämlich, das einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten muß, der zwischen verschiedenen ideologischen und politischen Positionen vermittelt: wir haben gesehen, wie schwierig der iter dieses Gesetzes ist. Es hat harte Auseinandersetzungen gegeben zwischen der bewußten Subjektivität der Frauen und der Art, wie einige patriotische Kräfte über die Frauen gedacht haben. Es genügt an den berühmten Abänderungsvorschlag von Casini zu denken.

Maygretb: Habt Ihr für den Landtag konkrete Vorschläge, die den Bereich der Frauen betreffen?

Durch das Gesetz könnte erreicht werden, daß es für alle Mütter möglich wäre, anders zu gebären.

Grazia: Im letzten Jahr habe ich einen Gesetzesvorschlag zur sanfteren Geburt eingereicht, der gemeinsam mit den Frauen des AIED und anderen Frauengruppen ausgearbeitet worden ist. Der Gesetzesvorschlag ist auf atypische Weise entstanden, er war nicht das Ergebnis der Diskussion eines Ausschusses, auch nicht einer Diskussion, die nur innerhalb einer Partei geführt wurde, sondern einer Diskussion die unter Frauen entstanden ist und außerhalb stattgefunden hat. Ohne daß im Landtag eine wirkliche Auseinandersetzung damit stattgefunden hätte,

wurde der Gesetzesvorschlag auf eine sehr schäbige Art und Weise zurückgewiesen. Man sagte uns, daß unsere Vorschläge in den Sanitätsplan des Landes aufgenommen würden. Das ist dann nicht geschehen. Ich könnte diesen Gesetzesvorschlag wieder einbringen. Die Frauen versuchen ja bereits, dort, wo sie können, ihre Kinder weniger traumatisch auf die Welt zu bringen; durch dieses Gesetz könnte erreicht werden, daß es für alle Mütter möglich wäre anders zu gebären.

Margreth: Gibt es eine Gesprächsbasis zwischen Euch Frauen im Landtag?

Andreina: Zwischen mir und Grazia selbstverständlich. Ich glaube auch, daß man mit der Eva Klotz reden kann; vielleicht hat sie nur bestimmte Erfahrungen nicht gemacht, bestimmte Probleme nicht gefühlt. Ich glaube, die Frauen unterscheiden sich dadurch, daß sie sich nicht in einer Organisation eingrenzen lassen, ich glaube, wir haben das alle ein bißchen, daß wir die strenge politische Linie verweigern.

Ich glaube, daß wir die strenge politische Linie verweigern.

Grazia: Andreina hat zuerst gesagt, daß die Frauen die Selbstverständlichkeit der Parteienlogik und der internen Logik der eigenen Partei oder Gruppierung ohne weiteres in Frage stellen können. Als ich in den Landtag gekommen bin, habe ich versucht, diese starre Logik zu durchbrechen: damals waren einige Fabriken geschlossen worden, in denen ausschließlich Frauen gearbeitet hatten, die Bohac in Präd, die Hellweg in

Sarnthem, die Morlet in Meran. Ich habe die Frauen der SVP gebeten, eine Untersuchung in die Wege zu leiten, die sich mit der Frau als Arbeitskraft und der damit zusammenhängenden Frauenarbeitslosigkeit befaßt. Leider war keine der Frauen bereit, eine solche Anfrage einzubringen, die Parteienlogik hat die Oberhand behalten. Ich halte es nicht für unmöglich, Situationen zu finden, in denen man Dinge gemeinsam machen kann, aber ich glaube, daß wir dafür imstande sein müßten, aus der Handlungslogik als Parteimitglied auszubrechen.

FUSSNOTE

1 - Im Strafverfahren kann der durch das Strafverfahren zugefügte materielle und moralische Schaden über die zivilrechtliche Nebenklage eingeklagt werden. Derzeit steht diese Nebenklage nur denjenigen zu, die unmittelbar und direkt den Schaden erlitten haben. Im Falle der Vergewaltigung fällt diese Person mit der Person des Opfers überein.

Im Gesetzesvorschlag der Frauen zur neuen strafrechtlichen Regelung von Fällen der Vergewaltigung sollte Frauengruppen die Möglichkeit gegeben werden, eine kollektive zivilrechtliche Nebenklage einzureichen, um den ihnen - sei es auch nur indirekt zugefügten „Schaden“ geltend zu machen.

Den Sinn dieser kollektiven zivilrechtlichen Klage sah man nicht so sehr in der ihr immanenten Forderung nach Schadenersatz/Schmerzensgeld, sondern vielmehr in der Möglichkeit, die damit Frauengruppen gegeben werden könnte, der betroffenen Frau im ganzen Strafverfahren, in jeder Beziehung, näher zu stehen.

Weiblichkeit ist kein Beruf

Martha Verdorfer

(und beiraten keine Garantie für lebenslängliche Versorgung)

Ohne die bezahlte und unbezahlte Arbeitsleistung der Frau könnte unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Es soll hier aber nicht nur um die Frage gehen, welche Rolle die Frauen quantitativ im Arbeitsmarkt spielen, sondern vielmehr um ihre spezielle Situation darin.

Frauenanteil in verschiedenen Beschäftigungskategorien

| Kategorie | Gesamtzahl | Frauenanteil in % |
|---|------------|-------------------|
| unselbständige Beschäftigte | 126.214 | 39,11 |
| selbständige Landwirte | 11.113 | 35,02 |
| mitarb. Familienmitglieder i. d. Landwirtschaft | 7.905 | 67,05 ! |
| selbständige Handwerker | 11.924 | 13,53 |
| mitarb. Familienmitglieder im Handwerk | 2.923 | 68,08 ! |
| selbst. Kaufleute u. Gastwirte | 14.443 | 43,83 |
| mitarbeitende Familienmitglieder im Handel u. Gastgewerbe | 10.000 | 70,00 ! |
| Freiberufler u. Industrielle | 2.354 | 17,71 |
| Grenzpendler | 822 | 17,52 |
| kurzfristig ohne Beschäftigung | 19.074 | 37,33 |
| langfristig ohne Beschäftigung | 5.764 | 39,85 |
| Rentner und Pensionisten | 59.183 | 59,68 |
| zulasten lebende Familienangeh. | 154.217 | 61,93 |

Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden meist biologisch oder mit frühkindlicher Sozialisation erklärt. Dabei wird vernachlässigt, daß die Lebens- und Arbeitssituation der erwachsenen Frau eine ganz bestimmte ist, die meist dazu beiträgt, das traditionelle Frauenbild, aber auch eigene Verhaltensweisen und Bewußtseinsbildung der Frauen zu manifestieren. Das Geschlechtsspezifische an der Bewältigung von Arbeitsmerkmalen liegt also eher in der Arbeitssituation selbst, als in den Merkmalen, die die Frau ins Arbeitsleben einbringt.

Es fällt auf, daß die Frauen bei den „mithelfenden Familienangehörigen“ stark dominieren, während sie bei den selbständigen Berufen stark unterrepräsentiert sind. Eine Ausnahme bildet dabei der Handel und Fremdenverkehr, wo ein relatives Gleichgewicht besteht. Das läßt sich damit erklären, daß in Südtirol bei Familien mit Fremdenverkehrsberufen der Mann häufig noch einem anderen Beruf nachgeht und deshalb die Frau als Besitzerin aufsteht.

Der geteilte Arbeitsmarkt hat Tradition und historische Wurzeln. Eine Untersuchung der verschiedenen Sektoren zeigt, daß im Tertiärsektor (Dienstleistungen und öffentliche Verwaltung) der Frauenanteil mit 52,2% am höchsten ist. Frauen sind dort vor allem im Handel und Gastgewerbe beschäftigt, als Hausangestellte, Lehrerinnen oder als Angestellte der Provinz und der Gemeinden.

Im Sachgüterproduktionsbereich (Sekundärsektor - 15,57% Frauenanteil) dominieren die Frauen als unselbständige Er-

werbstätige in der Textil- und Bekleidungsbranche, wo sie 68,06% der dort Beschäftigten ausmachen.

Die Landwirtschaft als Primärsektor hat einen Frauenanteil von 42,85%. Die Frauen sind, wie schon erwähnt, mehrheitlich „mitarbeitende Familienangehörige“.

Frauenarbeit ist nicht gleich Männerarbeit

„Geringgeschätzte und halbbezahlte Arbeit ist eine Sklaverei in milderer Form, und das ist die allgemeine Lage der Frauen auf all' den Gebieten, die wir freie Arbeit nennen.“ (Hedwig Dohm 1874)

Die eindeutig niedrigere Einstufung der Frauen in der Arbeitshierarchie wird mit verschiedenen Argumenten zu rechtfertigen versucht.

Die mangelnde Qualifikation: Frauen und Mädchen haben in der letzten Zeit im Bildungsbereich enorm aufgeholt. Eine direkte Veränderung bzw. Verbesserung in der Arbeitssituation ist nicht abzusehen. Einerseits stimmt es, daß sich Frauen auf weniger Berufe ausdehnen als Männer, auch von ihrer Ausbildung her; andererseits stoßen aber Frauen, die mit entsprechenden Qualifikationen in „typische Männerberufe“ eindringen wollen auf große Vorurteile und Schwierigkeiten, die sehr schwer zu fassen und zu bekämpfen sind. Wie soll man beweisen, daß man eine bestimmte Stelle nicht gekriegt hat, weil man zufällig eine Frau ist?

Biologische Hindernisse: *„Nie und nirgends hat man die Frau von den mühsamsten und widerwärtigsten Beschäftigungen ferngehalten, etwa auf Grund ihrer zarten Constitution oder ihrer Schamhaftigkeit – Schranken, die aufzuführen man niemals versäumt, wo es sich um höhere und einträglichere Arbeitsgebiete handelt.“ (Hedwig Dohm)* Dem habe ich nichts hinzuzufügen, denn ein Blick in die Geschichte der Frauenarbeit zeigt, daß Frauen im Bedarfsfall auch in Kohlegruben und Bergwerken beschäftigt waren; von Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz in modernen Betrieben ganz zu schweigen.

Für gleiche Arbeit weniger Lohn

Durch das Gleichbehandlungsgesetz sind Frauen und Männer bezüglich ihres Einkommens gleichgestellt. Dieser Rechtsgrundsatz ist allerdings nur theoretisch verwirklicht; andere Rechtsnormen, Vorurteile oder traditionelle Verhaltensmuster stellen sich ihm entgegen. Die Realität schaut so aus, daß der Großteil der Frauen weniger verdient als Männer, weil sie eine untergeordnete Tätigkeit ausüben.

Am Beispiel des Verwaltungspersonals der Provinz Bozen wird ersichtlich, daß nur 11,96% der Frauen der höheren Laufbahn angehören, gegenüber 88,04% der Männer. In der gehobenen Laufbahn gibt es einen Frauenanteil von 41,15%, in der einfachen beträgt er 10,84%. Nur in der mittleren Laufbahn überwiegen die Frauen mit 71,92%.

Eine Ursache dafür, daß Frauen trotz gleicher Arbeitszeit, gleicher Qualifikation und gleicher Berufsdauer weniger verdienen als Männer, liegt im sogenannten „weiblichen Lebenszusammenhang“. Frauen werden meist als alleinzuständig für Haushalt und Kindererziehung angesehen. Dazu kommt noch das Vorurteil, daß Frauen „eigentlich nicht arbeiten müssen“ und daher nur als Doppelverdienerinnen angesehen werden.

Auch in Zeiten der Hochkonjunktur, wo die berufstätige Frau als positives Leitbild aufgebaut wird, war ihre Stellung in der Produktion sehr instabil und untergeordnet. Die reale Situation der Frau konnte allerdings beschönigt werden, weil es ja „allen ein bißchen besser ging“.

Wirtschaftliche Krisen, in denen der Verteilungskuchen kleiner wird, treffen Frauen dann umso härter.

Es entstehen die Ideologien, die den Frauen eine Rückbesinnung auf ihre „natürliche“ Rolle als Frau, Hausfrau, Ehefrau und Mutter aufdrängen wollen. Es stellt sich heraus, daß es

mit der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt noch nicht so weit her ist, wie man vor ein paar Jahren noch hoffte.

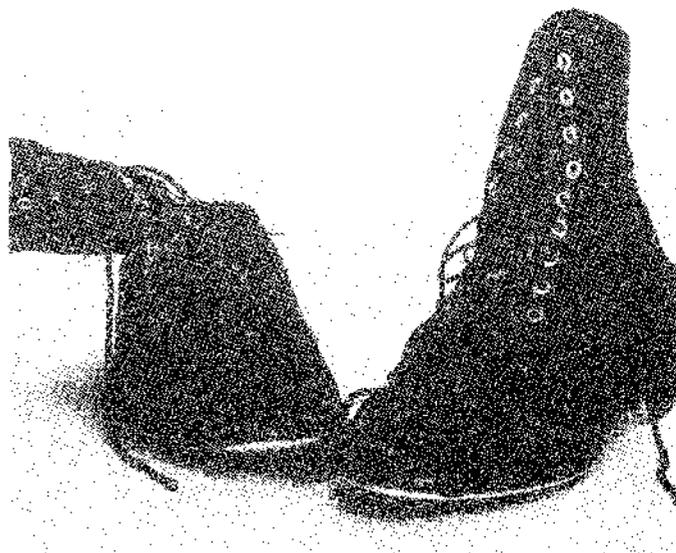
Frauenarbeitslosigkeit und keine Strategien

Trotz Krise steigen immer mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit ein. Das zeigt ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1981 und 1971. Im Jahr 1981 war der Frauenanteil an der arbeitenden Bevölkerung 33,96%, während er 1971 noch bei 27,75% lag.

In Italien ist die Frauenarbeitslosigkeit seit 1959 (617.000) mehr oder weniger kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 1982 gab es bereits 1.149.000 arbeitslose Frauen.

Einmal entlassenen Frauen fällt der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben viel schwerer als Männern (vgl. Studie: Entlassen! Und dann?). Frauen verlieren mit ihrem Arbeitsplatz auch Selbstvertrauen, Entfaltungsmöglichkeiten, Unabhängigkeit, sozialen Kontakt usw.

ABGETRETEN.
WEGGESCHMISSEN.



Die Gewerkschaften

Daß in den Gewerkschaften das spezielle Problem der Frauenarbeitslosigkeit nur sehr ungern diskutiert wird, hat seine guten Gründe. Die Gewerkschaft wird zum Papiertiger und nicht mehr ernstgenommen, wenn sie Massenarbeitslosigkeit auf Dauer nicht verhindern kann. Statistisch nie voll erfaßte Frauenarbeitslosigkeit ist viel leichter zu verkraften, da den Frauen ja immer noch die Möglichkeit offen bleibt, zurück zum Herd zu gehen und sich so wieder zu „beschäftigen“.

Andererseits war und ist das Verhältnis der Gewerkschaften zur Lohnarbeiterin (der Proletarier wurde immer männlich definiert) ein sehr vages, auch aus dem Grund, weil Frauen vor allem in denjenigen Sektoren arbeiten, die für Gewerkschaften sehr schwer erfassbar sind (z.B. Saisonarbeit, weil keine Kontinuität) oder von jeher schwer zugänglich waren (Dienstleistungssektor).

„Kurz: die Arbeit ist männlich, die Gewerkschaften vertreten hauptsächlich Männer und es sind Männer, die mit dem Vertreter beschäftigt sind.“

Das ist geschichtlich gewachsen und nicht leicht veränderbar. „Bewährte Klassenkampftraditionen und kulturelle Muster stehen auf dem Spiel, wenn hier Frauen Beschwerde führen. Unversehens findet sich die weibliche Klage vor den Wagen unternehmerischer Interessen gespannt oder doch im Widerstreit mit den männlichen aktuellen Forderungen gegen die Unternehmer — hier heißt es zurückstecken und Rücksicht üben.“

(F. Haug, Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik, in: Das Argument 135, 1982)

In diese Logik paßt auch das einheitliche Gewerkschaftsdokument, das im Oktober 1983 von SGB/CISL, AGB/CGIL, ASGB und KVV des Bezirkes Brixen verabschiedet wurde.

Im Abschnitt „Empfehlungen für die Arbeitnehmer“ steht zum Punkt „Zweiarbeit“ folgendes:

„Wir unterstützen und befürworten die Frauennarbeit in allen Bereichen und verlangen für diese einen grösseren Schutz. Gleichzeitig sprechen wir uns entschieden gegen die Doppelbeschäftigung in der Familie aus, zumal die Arbeitsplätze immer weniger werden und deshalb besser verteilt werden müssen. Wir appellieren daher an alle Mütter, dass sie im Interesse ihrer Kinder, solange diese noch klein sind, keiner Arbeit nachgeben, soweit dies die Familiensituation zulässt. Die zeichnenden Organisationen werden alle Massnahmen unterstützen, die eine wirtschaftliche Verbesserung der Alleinverdiener in einer Familie vorsehen ...“

Das Recht auf Arbeit wird von Frauen nicht nur zum Zweck der Aufbesserung des Familieneinkommens gefordert und in Anspruch genommen, sondern es geht vor allem auch um ein Stück Unabhängigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Forderungen haben aber anscheinend in wirtschaftlichen Depressionszeiten keine Berechtigung.

Außerdem kommt wieder das traditionelle Rollenbild zum Vorschein: nur einer in der Familie soll verdienen und das ist natürlich der Mann. Es bleibt schleierhaft, wieso Väter der Betreuung und Erziehung von Kindern nicht ebenso gut nachgehen können wie Mütter. Aus dem angeblichen „Vorteil der Kinder“ wird allzu schnell ein „Vorteil der Männer“.

Die Rolle der Frau als industrielle Reservearmee wird trotz gegenteiliger Beteuerungen noch weitgehend akzeptiert.

Die Alternativen und der „autonome Sektor“

Über die Zukunft der Arbeit wird vor allem bei den Grün-Alternativen diskutiert. Man konstatiert den Zusammenbruch der Lohnarbeit und berät über alternative Wirtschaftsmodelle.

Diese Diskussion muß vor allem von uns Frauen kritisch betrachtet werden.

Es geht hier vor allem um das sogenannte „Dualwirtschaftsmodell“. Darunter versteht man die Unterscheidung zwischen dem „formellen Sektor“, in dem die Lohnarbeit dominiert und der unternehmerisch bzw. bürokratisch organisiert ist, und dem „informellen oder autonomen Sektor“, in dem die (mehr oder weniger) unbezahlte Arbeit für den eigenen Konsum, die Hausarbeit sowie Nachbarschafts- und Selbsthilfe, Kommunal- und Freizeit-Arbeit im Mittelpunkt stehen.

Nun ist dieser „informelle Sektor“ ja nichts grundlegend Neues, von den Alternativen Erfundenes, sondern der „informelle Sektor“ ist gegenwärtig Frauenarbeit; Hausarbeit als dominante Form.

In der nun entstandenen Diskussion um den „informellen Sektor“ wäre demzufolge Frauenarbeit ein zentrales Thema. Die „zukünftige“ Arbeit im „informellen Sektor“ ist gegenwärtig Frauenarbeit. Wenn die Alternativen jetzt so tun, als wäre dieser „informelle Sektor“ ihre Erfindung und seine Perspektiven

diskutieren, geht es ihnen womöglich nur um die Zukunft der Männerarbeit? — um einen informellen Sektor mit fortgesetzter geschlechtlicher Arbeitsteilung.

„Wie ist es denn zu erklären, dass Jahrzehntelang nur von der Lohnarbeit gesprochen und jede andere Arbeit weder wahr- noch gar ernstgenommen wurde, jetzt plötzlich aber ausgerechnet diese unentlohnte Arbeit hochgejubelt wird? Wie ist es denn zu erklären, dass vorher von unentlohnter Arbeit nicht gesprochen wurde, weil es sich dabei nämlich um Hausarbeit handelt, und jetzt, wo von unentlohnter Arbeit endlich die Rede ist — von Hausarbeit wieder nicht gesprochen wird?“ (Claudia v. Werthof, Eine Leiche im Keller in Courage 12, 1982).

Die Konsequenz

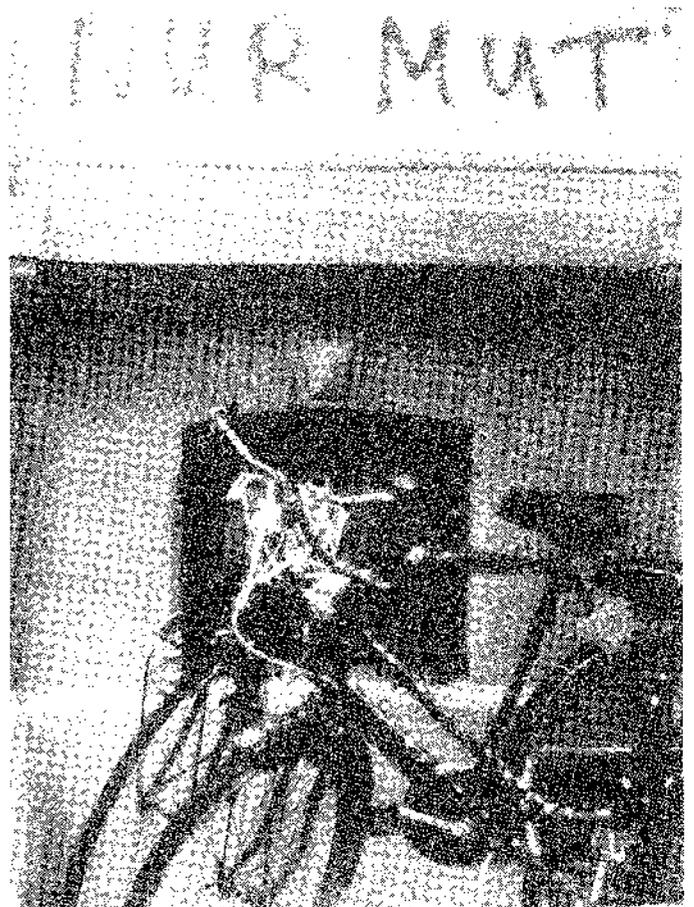
Wir müssen uns, glaube ich, bewußt sein, daß die ganzen Bemühungen zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit und zur Reform von wirtschaftlichen Strukturen nicht automatisch für Männer und Frauen gleichermaßen wirksam werden. Die Krise hat die Situation deutlicher werden lassen — die Frauen werden reale Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt hart erkämpfen müssen; der „partnerschaftliche Weg“ der letzten Jahre hat sich teilweise als Illusion erwiesen. Frauen werden die Zukunft ihrer Arbeit wieder verstärkt selber in die Hand nehmen müssen — die Voraussetzungen, auf die sie aufbauen können, sind, trotz allem, nicht wenige. Martha Verdorfer

Quellen:

Fernanda Mattodi-Tschager, Die Arbeitslosigkeit der Frau in Südtirol, Assessorat für Sozial- und Gesundheitswesen, Bozen 1983.

Entlassen! Und dann? Zentrum für kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien, Bozen 1983.

Einige Zahlen und Bemerkungen zu Beschäftigungslage in Südtirol, Schriftenreihe des WIFO Nr. 1, Bozen 1983.



Hausfrauenarbeit

Michaela Ralser

Ich selbst bin nicht Hausfrau und habe Angst, der entfremdeten Hausarbeit eine zweite Verfremdung, nämlich meinen Artikel aufzudrücken, in dem sich so manche Hausfrau vielleicht nicht wiederfinden mag. Trotzdem will ich dieses Thema nicht außer acht lassen, weil mich Hausfrauenschicksale gerade in meiner Arbeit im Frauenhaus (Autonomes Frauenhaus, Innsbruck, 42112), im Frauenzentrum oder in Gesprächen mit Hausfrauen sehr betroffen gemacht haben und machen.

Hausfrauentreffen – 6 Vormittage

„Regelmässige Treffen, um Frauen Gelegenheit zu geben, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Gemeinsame Gespräche sollen helfen, Möglichkeiten für die Lösung von Problemen zu suchen und Anregungen und Anstöße geben für Initiativen in und ausserhalb der Familie mit dem Ziel das Selbstbewusstsein der Frau zu stärken und ihr auch Sicherheit und Vertrauen in die eigene Persönlichkeit zu geben.“

Der Frauentreff ist eine Initiative, die letztes Frühjahr von der Uramia Meran gestartet wurde. Eine Selbsthilfegruppe für Hausfrauen also? ... die haben doch den ganzen lieben Tag nichts zu tun, können sich ihre Arbeitszeit selbst einteilen, stehen niemals unter Zeit- oder Vorgesetzendruck, werden vom Mann, dem Allein- oder Hauptverdiener erhalten und, und, und ... Und doch, haben es sich unter diesen „scheinbaren“ Vorteilen erdrückend viele Nachteile bequem gemacht.

Fangen wir also an, oder „ich schreib's mir von der Leber“:

Hausfrauenarbeit ist durch die kapitalistische Produktionsweise faktisch vom Prozeß der gesellschaftlich organisierten Produktion *abgeschnitten*. Hausarbeit ist Arbeit, ausschließlich in *Isolation*, die weder öffentliche Interessensvertretung (z.B. durch Gewerkschaften) erfährt, noch Solidarisierung unter den Betroffenen möglich macht.

Hausarbeit ist ewig nur *Voraussetzung* für das Funktionieren, sie definiert sich durch die Tätigkeit des abstrakten *Erhaltens* (im Gegensatz zu Produzieren): Wäsche ist zum Beschmutzen, Geschirr wird abgewaschen, um wieder schmutzig gemacht zu werden u. s. w. Hausarbeit ist Herstellen von Ordnungen, die dazu verurteilt sind, immer wieder zerstört zu werden. Ebenfalls ist *Kochen* eine Tätigkeit, deren *Funktionalität* oft zum Selbstzweck erhoben wird (oft einziger Gesprächsstoff am Familientisch, Rezeptboom, Werbung), weil sich das Bewußtsein weigert und dies mit Recht, sich an der unmittelbaren Zerstörung der Produkte zu orientieren.

Auch der *herrschende Glaube* an den Mutterinstinkt und die *bedingungslose Aufopferung* der Mutter für das Kind sind letztlich die Negation der Liebe, weil sie beide eine unabwendbare Dankesschuld beim Kind erzeugen und es somit als Unterdrückungsobjekt mißbrauchen. Die „nur“ Hausfrau lebt dann häufig ausschließlich über die Vermittlung der Inhalte, die ihre Kinder realisieren. Daraus resultiert leicht rigide Erziehungspraxis, Ordnungssinn und hohe Anforderung an das Kind, was seine Leistung in der Schule, in der Ausbildung, später sein Fortkommen am Arbeitsplatz, sein Aussehen, seine Kleidung, seine Statussymbole (Wohnung, Auto, Urlaub) betreffen. Somit definiert die Hausfrau und Mutter ihre *Leistung* nicht selbstbestimmt, sondern zum einen über die Anerkennung durch den Mann, zum anderen über das *Produkt ihrer*



Mühen (Erziehung), den „so oder so geratenen“ Jugendlichen, später Erwachsenen.

Und dabei leistet die Frau neben Kochen, Waschen, Putzen, Aufräumen noch manches mehr, sie ist zum großen Teil alleinverantwortlich für die Erziehung der Kinder und übernimmt zusätzlich noch eine enorme Menge gesellschaftlicher Dienstleistungen, die die kapitalistische Organisation in private Tätigkeit umwandelt. Sie dient nicht nur der physischen, sondern auch in ganz entscheidendem Maße der psychischen Reproduktion des Mannes für seine Arbeit und auch der Kinder für Schule und Ausbildung.

Hausfrau sein heißt also auch: Isolation, wenig Anerkennung trotz Arbeit ohne Anfang und Ende, heißt Arbeit, die immer wieder kaputt gemacht wird, verurteilt zur Selbstzerstörung. Lohn? ... häufig nicht einmal Anerkennung.

Bezahlung?, die gibt es nicht, Versicherung und Pension in Abhängigkeit von Manne, Haushaltsgeld? oft abgezählt oder es fehlt zur Gänze.

Die Sphäre des Privaten darf nicht der Veränderung entzogen werden. Man denkt, die Veränderung des Allgemeinen, des Öffentlichen werde die Veränderung des Privaten schon nach sich ziehen. Es geht aber *ebenso* um die Veränderung des *Kulturcharakters* und des *Selbstverständnisses* der Frau. „Mir der Abschaffung der Sklaverei ist noch keineswegs die Sklaventalität abgeschafft“.

WAS TUN?

–JEDE FRAU HAT EIN RECHT AUF BEZAHLTE ARBEIT UND SOLL DIESES AUCH NÜTZEN:

Zum einen eine schwer einlösbare Forderung unter Berücksichtigung der jetzigen wirtschaftlichen Krisensituation, zum anderen ist die Sklaverei des Fließbandes (trotz relativer finanzieller Unabhängigkeit) keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens.

Was ist zu tun?

–TEILZEITARBEIT, JOB-SHARING, HEIMARBEIT:

aber bitte, bitte nicht nur für die Frau, damit sie Hausarbeit

und Kindererziehung nun besser und weiterhin alleinverantwortlich durchführen kann.

—**HAUSFRAUENLOHN, EINE MÖGLICHE ALTERNATIVE:** Lohn für Hausarbeit, aber wirklicher LOHN, das heißt eine Summe, die ein kapitalistischer Staat nicht aufbringen kann. Die Qualität der Hausarbeit wird sich nicht wesentlich verändern, wenn sie bezahlt ist. Ein Käfig mit goldenen Gittern? Eine wichtige Aufgabe der Frauenbewegung ist die Aufhebung der Rollen, Lohn für Hausarbeit würde die Rollen m.E. verfestigen. (Mögliche Folgen: Erziehung wird Vorbereitung der jungen Frau auf Ehe, Hausarbeit und Kindererziehung; weniger Ausbildungsstätten und Berufsmöglichkeiten für Frauen.)

—**AUFWERTUNG DER HAUSFRAUENARBEIT IN RICHTUNG „NEUE MÜTTERLICHKEIT“:**

alternativ – biodynamisch – lila Lidschatten

Sicherlich eine qualitative Verbesserung der häuslichen Arbeit, dennoch besteht die Gefahr, daß Isolation, klassische Rollenverteilung und Alleinverantwortung für Haushalt und Kinder beibehalten werden.

—**NEUE/ALTE FORMEN DES ZUSAMMENLEBENS:**

Neue Lebensform – die Wohngemeinschaft: geteilte Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung.

Wir werden Mauern einreißen müssen in Anbetracht der modernen Architektur zur Zementierung der Klein- und Kleinstfamilie, am besten ohne Kind oder mit einem ganz, ganz kleinen, leisen ...

—**ARBEIT FÜR VATER UND MÜTTER UND VERGESELLSCHAFTETE ERZIEHUNG:**

Die Realität in Südtirol: es gibt kaum Kinderkrippen (besonders nicht auf dem Lande), es gibt gar keine Kindertagesstätten oder Ganztagschulen. Und noch etwas: Wie komme ich mit meinen Erziehungsansprüchen zurecht, inwieweit decken sie sich mit denen der Institutionen?

—**ODER: SOLL ALLES SO BLEIBEN WIE ES IST?**

Hausfrauenrealität in Südtirol

Michaela Ralsler

im Gespräch mit den Hauptamtlichen der Familienberatungsstelle in Meran, Klosterstr. 30

Globale Urteile, verallgemeinerte Aussagen oder auch nur eindeutige Tendenzen gebe es nur mit starken Einschränkungen, meint eine der Beraterinnen.

Daß jedoch Kindererziehung und Beziehungsarbeit nach wie vor fast ausschließlich Sache der Frau sind, beweist die sehr viel höhere Zahl der Frauen, die sich an die Beratungsstelle wenden und die beinahe Ausschließlichkeit des Besuchs von Erziehungsseminaren durch Frauen – besonders auf dem Lande.

Frauen sind, so eine der Beraterinnen, von den Problemen zum einen durch ihre psychische Konstitution (wohl auch ein Produkt der geschlechtsspezifischen Erziehung und Sozialisation!), zum anderen durch ihre geringere Möglichkeit des Kommunizierens, des Abreagierens und Verdrängens (im Gegensatz zum Mann) dauerhafter und somit stärker betroffen. „Manchmal plag ich mich den ganzen Tag mit einem Problem herum – beim Staubwischen hat man viel Zeit zum Nachdenken und er (der Mann) kommt abends nach Hause und hat den Vorfall schon vergessen.“

Hausarbeit und Isolation ist für viele Frauen eine untrennbare Einheit. „Mein eigener Bekanntenkreis ist klein und ich kenne kaum Frauen, mit denen ich über meine Familie und über mich reden kann.“

Mangelnde Anerkennung der Hausarbeit sowohl von Seiten des Mannes, als auch von Seiten der Kinder tut weh. „Ich koch den ganzen Tag und ihm (ihnen) paßt's dann wieder nicht.“

Probleme der Rollenverteilung jedoch werden von den meisten Frauen erst in einem zweiten Schritt, im Laufe eines Prozesses während der Beratung erlebbar, vordergründig belastend sind spezifische Probleme: ständiger Streit, Schwierigkeiten in der Sexualität, Probleme bei der Kindererziehung.

Die Rollenfixierung der Frau ausschließlich auf Hausfrau und

Mutter ist nur für jene belastend, die sich bereits gedanklich mit ihrer Geschlechtsrolle auseinandergesetzt haben. Dies, so eine Beraterin, gilt besonders für Hausfrauen, die vor ihrer Ehe im Beruf gestanden haben, deren Kinder im Grund- und Mittel-schulalter sind und die wieder in ihren Beruf zurückkehren möchten. Dieser Wunsch der Frau erzeugt nicht selten beim Ehemann Unsicherheit, Angst, ja Neid und wird auch so manches Mal abgeschlagen.

Erleben der Hausarbeit so oder so:

Das Erleben der Hausarbeit und die Geschichte der jungen Frau (Sozialschicht) hängen eng zusammen. Hat eine junge Frau vor der Ehe eine Berufsausbildung erworben oder angestrebt, hat sie einen Beruf ausgeübt und ihn ein Stück weit als „Berufung“ erlebt oder hat eine junge Frau vor der Ehe keine berufliche Qualifikation erworben und Arbeit allein zum Gelderwerb angenommen (in Südtirol war und ist dies auch heute noch mit Einschränkung in der gastgewerblichen Saisonarbeit sehr gut möglich) und diese eher als bedrückend und belastend erlebt, so geht sie auch mit ihrer Hausfrauenarbeit anders um. Erstere wird sie z.T. auch als nicht sonderlich befriedigend, isolierend und, außer sie bezieht ein Stück Selbstverwirklichung im „Muttersein“, auch als belastend erleben, letztere erlebt sie möglicherweise als Befreiung, als Erleichterung, als Möglichkeit für sich Freiräume zu schaffen, wenn auch nicht sonderlich selbstbestimmt. „Ja, Hausfrausein, das gehört halt einfach dazu.“

Was bleibt, so eine Beraterin, ist die finanzielle Abhängigkeit, die Knappheit des Haushaltsgeldes, die untragbare Situation.

Fortsetzung auf S. 14

Der Aufgabentreis der Hausfrau

Lange Zeit ist man der Meinung gewesen, wahre Hausfrauen seien nur jene, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend im Haushalt tätig sind. Solche Frauen jedoch halten nicht Schritt mit den neuzeitlichen hauswirtschaftlichen Bestrebungen und nehmen nicht teil an der Weiterentwicklung der Frau.

Die Hausfrau der früheren Zeit war mehr ein bedauernswertes Wesen, das vom frühen Morgen bis zum späten Abend im mühevollen Haushalt tätig war und dabei ihre Kräfte auftrieb. Sie hatte, müde und abgespant wie sie war, keinen Sinn für geistige Anregung.

Es gab viele Hausfrauen, die der Meinung waren, wenn sie ein gutes Essen auf den Tisch bringen, den Haushalt in Ordnung halten und ihre Kinder ordentlich pflegen, ihre Pflicht zu Genüge erfüllt zu haben. Sie dachten aber dabei nicht, daß sie ihrer Familie mehr war als eine gute Frau und Mutter im Heim, begeben in die Welt auch als selbständige Gefährtin und Kameradin.

Die Frau soll heute ihre Aufmerksamkeit und Interesse an dem Schaffen ihres Mannes haben. Sie soll nicht die Zeit in der Welt und für die Bekanntschaft mit anderen Frauen verschwenden und so das Gebiet ihrer Tätigkeit zu sehr einschränken. In der heutigen Zeit stehen der Frau alle Wege offen, sie ist nicht mehr behindert, gehoben. Die Frau soll sich nehmen wie dem anderen Geschlecht die Freizeit. Nicht in Kleinlicher Beschränkung und unvollständiger Befähigung soll sie Bestrebungen suchen, sondern in geistiger Anregung. Sie soll ihre Mutter und echte Hausfrau für ihren Kindern nicht nur Mutterin und Erzieherin, sondern auch eine Lehrerin sein und den Schritt halten mit der geistigen Erziehung in der Schule.

Die Hausfrauen sollen daran denken, daß nötig ist die Pflege ihres Geistes und des Körpers haben. Ein körperlicher Geist und ein geistiger Körper ist wichtig für die Hausfrau, um allen Anforderungen zu entsprechen.

Es ist bekannt, daß die Welt der Frau im Haus nicht in der Nähe eingeschätzt wird als sie es verdient. Die mühevollen Hausarbeiten, umfangreiche Gebiete und in anstrengender Arbeit mit vielen Arbeitsstunden des Tages. Der durchschnittliche Mensch braucht Ruhe und Entspannung, leidet die Hausfrau an. Sie soll daran denken, daß sie sich ihrer Familie heute gesund und kräftig erhalten soll.

Der Mann als Stütze der Familie sieht in seinem Beruf um die Mittel für einen gesicherten Haushalt in die Hände der Frau zu legen. Sie muß mit dem Wirtschaftsgeld sparsam umgehen, praktisch und maßvoll ausgeben, keine unnützen Ausgaben machen, sonst kommt sie in den Tagen, daß das Geld nicht ausreicht. Die Sparsamkeit ist jene Tugend, die der Frau die Möglichkeit gibt, ihr Haus schön und gemütlich zu gestalten, den häuslichen Frieden zu erhalten und immer ein paar Spargroschen zu haben, wenn es not tut. Sie soll durch unrichtige Einteilung oder durch den Verlust des häuslichen Glück verloren gehen. Ordnung, Pünktlichkeit und Erhaltung jeder Zufriedenheit und Glück in das Heim und die Zukunft bringen.

**...und eben noch Haushalt.
Ihren Händen merkt man's nicht an.**

daß *nur wenigen Frauen* das Gehalt ihres Mannes genau bekannt ist.

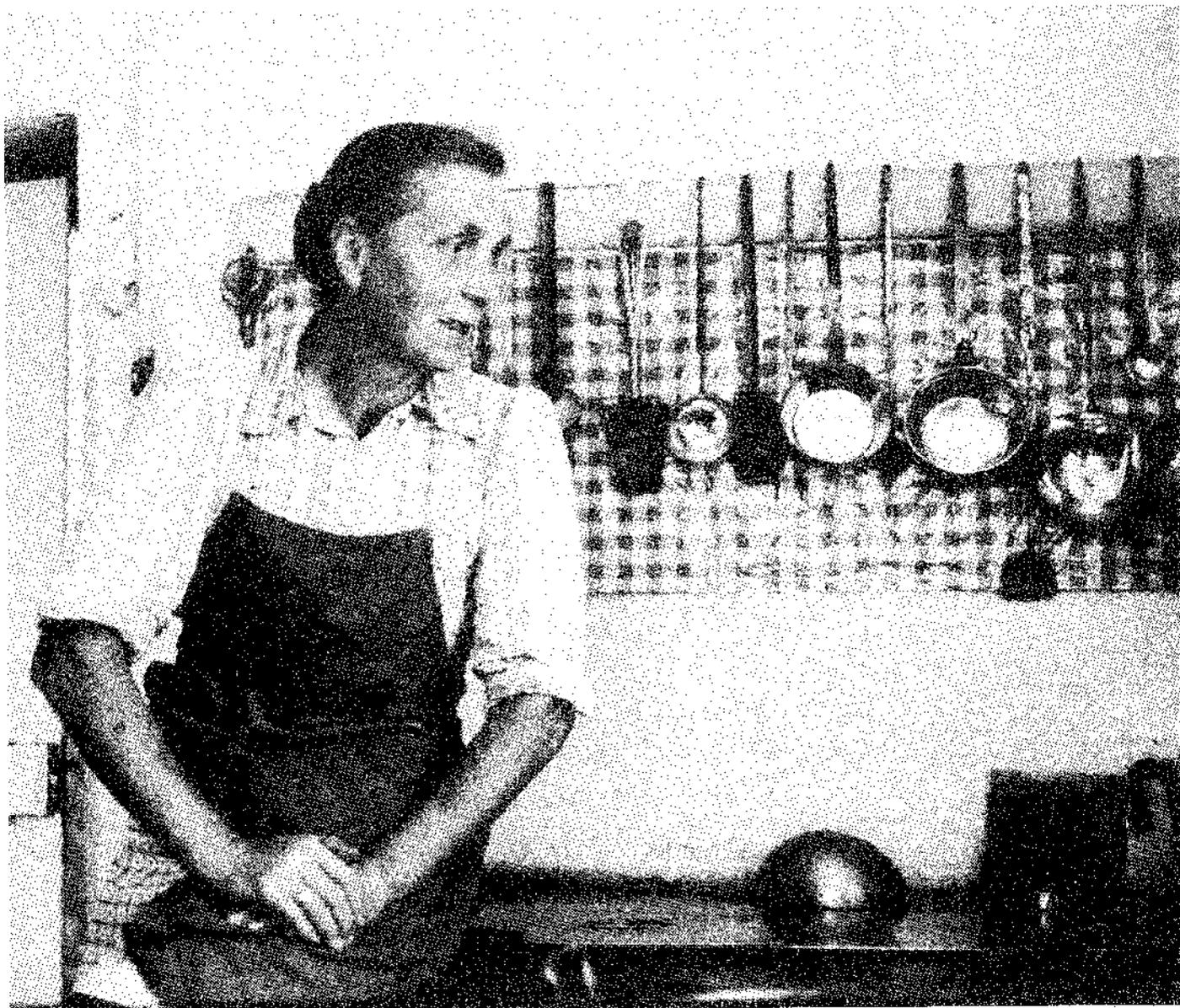
Hausarbeit — Zuarbeit und wieder Hausarbeit:

Eine Möglichkeit dieser finanziellen Abhängigkeit zu entgehen und auch einen Schritt in den außerfamiliären Bereich zu wagen, ist die in Südtirol sehr stark verbreitete Zuarbeit („zuerorbaten“) der Hausfrau, entweder als Zuehfrau (privat oder stundenweise in Büros und Betrieben) oder als Pflegemutter oder als Zimmervermieterin. Durch den „Zuverdienst“ (in manchen Familien unerlässlich) und die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen, ist diese Arbeit für manche Frau ein Schritt in Richtung mehr Unabhängigkeit, ein Problem aber auch, die Anerkennung dieser Arbeit als zeitintensive, anstren-

gende und auch geldbringende Arbeit von seiten des Mannes und der Kindern.

Abschließend meint eine der Beraterinnen, daß verschiedenartiges Erleben von und Umgehen mit Hausarbeit in ganz entscheidendem Maße vom Bewußtsein abhängig ist, wie die Frau in eine Ehe/Partnerschaft einsteigt. Dem Selbstverständnis der Frau, dem Zutauen auf ihre Fähigkeit entsprechend, reagiert sie nun auch als Hausfrau, Ehefrau und Mutter (ob letzteres nicht doch auch etwas mit der gesellschaftlichen Realität, mit Chancengleichheit, Erziehung, Sozialisation und Bildung zu tun hat?)

Ps: Die jeweiligen Anmerkungen zwischen den Klammern sind nicht den Gesprächsprotokollen entnommen, sondern von der Verfasserin des Artikels hinzugefügt.



Arbeit im Altersheim

Sabine Gruber

*Anna stand daneben oder ging vorbei oder sah darüber hinweg.
Anna war anders oder so ähnlich.*

Dieses Unwetter, das sich langsam über die Schwüle ausbreitet, sie erdrückt, und die feuchten, nassen Körper, dieser übel ziehende Schweiß hier im Zug, der sich vermischt mit Zigarettenrauch und ausgespienen Wörtern. Eine Frau fächert sich mit der Fahrkarte Luft zu und drückt ihr Kind auf den Sessel zurück, weil es ständig an der Tür rüttelt, die zum anderen Waggon führt und von woher Stimmen zu hören sind, ihre Lautstärke reguliert von der Breite der Türöffnung. Ich sitze da und blicke durch das schmierige Fenster. Vor der Bahnhofsbar steht eine Putzfrau und schneuzt sich. Ihre breiten Nasenflügel und das herabhängende Kinn erinnern mich an V., die nie spricht, die nur dasitzt, breitbeinig auf dem ledernen Sessel mit einer Windel zwischen den Beinen. V., die Neunundneunzigjährige, deren Haut sich anfühlt, wie zerknitterte Seide, aber sie reißt nicht.

Ich bin angekommen, seh die Zigarettenstummel auf den Fliesen und Bruchstücke der Stadt und Bruchstücke von Bruchstücken, die Erinnerung an Anna. Und wenn ich an sie denke, seh ich betonierte Poren und die hohen Absätze und wie sie geht auf diesen Straßen, die noch immer glatt und sauber durch die Stadt laufen.

Würde man/frau mich blind in dieses Haus führen, ich würde es erkennen: an den Geräuschen, an der Stille, an den schlurfenden Schritten, am Husteln, am Rauch von billigen Nazionale-Zigaretten, oder am aufdringlichen Uringestank, der sich überall ausbreitet. Ich stehe im Umkleideraum und vor mir ein Arbeitsabend, ungeschminkt und unpersönlich. Wenn hier nur nicht alles weiß wäre: die Kleiderschürzen, die Fliesen, die Waschbecken, die Wände, die Türen, die Bettbezüge, selbst die Haut sieht im Licht der Neonlampen wie gepudert aus.

Anna liebte ordinäre Blicke, die an der Ferse ansetzen und langsam nach oben wanderten.

Und dann die Hände ins heiße Putzwasser tauchen, die groben Bodentücher ausreiben, die Scheiße von den Fliesen reiben, weil sie überall klebt, nur nicht an den inneren Klowänden.

Die Situationen hier ändern sich nur wenig. Die Tage verschieben sich, rücken um wenige Zahlen weiter und die Zeiger ziehen runde Kreise auf vorgegebenen Ziffernblättern. Die Langeweile ist entsetzlich, sie leert Flaschen und Köpfe und streicht Gesichter glatt zu Abprallflächen.

Ich suche den Lappen und rühre mit der Hand im Spülwasser, in der hellbraunen Soße, so schön hellbraun, wie dieses übel riechende Etwas, das sich überall auszubreiten weiß, zwischen den Schenkeln, auf dem Rücken, auf dem Leintuch und den Fingern, mit denen G. immer wieder unter die Pyjamahose fährt. Die Reste der Scheiße sind noch Tage danach in Form von braunen Rändern unter den Fingernägeln zu erkennen.

Und Worte verliert hier niemand, als wollte man/frau die Sprache mit in den Tod nehmen. Werden dennoch zuweilen einzelne Silben verloren, werden sie von ehrwürdigen Hindern zurückerstattet. Gefunden wird beinahe alles, was außerhalb von Uniformen, Hausordnungen und Dienstanweisungen steht: Ansammlungen von Schlaftabletten werden sofort einkassiert, ebenfalls verbotene Weinflaschen und Zigaretten, gesammelte Gegenstände, wie Plastikfiguren, kaputte Puppen, eingegangene Pullover, löchrige Kindersocken oder zerrissene Hemden, die aus irgendwelchen Mülltonnen stammen, werden bei den fast täglichen Schubladendurchsuchungen einfach weggeschmissen.

Anna war fort. Lange schon sah sie nicht mehr die bogenförmigen Brustkästen der alten Frauen, wollte sie nicht sehen, die schmalen Oberlippen, die verdickten Augenlider, die Tränensäcke, die immer schwerer wurden und allmählich an den Wangen hinunterrutschten.

Meine Hände sind rot und aufgeweicht. Ich stelle mich ans Fenster während P. uriniert. Draußen fallen Finsternis und Regentropfen auf den Asphalt. Die Straßenlaterne wirft bleiches Licht herein und färbt die Fensterscheiben unregelmäßig wegen der eingetrockneten Regentropfen. Anna ist immer noch nicht gekommen. Seit ihrem letzten Besuch sind zwei Monate vergangen. G. wartet auf sie, wie auf eine greifbare Veränderung. Beim Hinausgehen seh ich noch die vom Urin gebräunten Fliesen unter den Männerklos. Ich bin müde.

Die Tür fliegt zu und die Kälte bleibt draußen. Die Unlust mit der ich fortfahre, fortfahre seit Tagen, fortfahre nach Innsbruck. Die Gedanken an die vielen runzeligen Gesichter und an die zerknitterten Schlummerpuppen verlieren mit der Fahrt an Farbe, wie Photos, verwaekelt, verschwommen, vom Zug aus aufgenommen.

Innsbruck ist feisch und es ist spät. Die Steinstiegen und das Zimmer riechen nach Sauberkeit, nach Bürste und Besen, wie im Altersheim. Da ich nicht schlafen kann, zähle ich an verschiedenen Häusern die beleuchteten Fenster. Die Bäume haben inzwischen eine Glatze, die mit jedem Tag größer wird. Auf dem harten Herbstboden liegen die ausgefallenen Haare, blonde Blätter, die nicht wieder kommen.

G. ist rot. Die Todesanzeige habe ich ausgeschnitten und in ein Buch gelegt. Ich kann sie nicht finden.

In tiefer Freude geben wir die Nachricht, daß mein lieber Vater, unser Onkel, Schwager und Pate

G.

im Alter von 72 Jahren nach schwerem Leiden von uns gegangen ist;

Wir begleiten unseren lieben Verstorbenen ...

In aufrichtiger Anteilnahme:

Die Tochter Anna

die Schwägerin ...

Ein besonderer Dank gilt den Ärzten und dem Pflegepersonal des Krankenhauses, sowie des Altersheimes von Untermais.

Prostitution in Südtirol

Marlene und Renate Munter

Versuch über etwas zu schreiben, was es „nicht gibt“.

1948 brachte die Abgeordnete Lina Merlin einen Gesetzesvorschlag ein, der zehn Jahre später in Kraft trat:

„Abolizione della regolamentazione della prostituzione nelle case chiuse e la lotta contro lo sfruttamento della prostituzione altrui.“

Trotzdem kann das Phänomen der Prostitution nicht gelockert werden. Über Prostitution, zudem noch über Prostitution in Südtirol, zu schreiben, erschien uns ein schwieriges Unterfangen. Es war fast unmöglich, an Information zu kommen, den damit zusammenhängenden Weg durch verschiedene Institutionen möchten wir kurz darstellen:

Zunächst sprachen wir mit einer Sozialassistentin, die im Bereich der Prostitution tätig war. Sie arbeitete beim CIDD (Comitato Italiano di Difesa morale e sociale della Donna), das mit der Zielsetzung, den Prostituierten die Rückkehr in ein „anständiges Leben“ zu erleichtern, gegründet wurde (1959) und 1961 als „Ente Morale“ vom Staat anerkannt und mitfinanziert wurde. Durch die Arbeitserfahrung beim CIDD wurde ihre Vorstellung über Prostitution zunehmend unklarer. Wo liegen die Grenzen zwischen Prostituierten und Nicht-Prostituierten? Prostitution ist ein Aspekt der Frauenrolle in unserer Gesellschaft, eine Rolle der Minderwertigkeit, der Unterwerfung ...

Wir hofften, vom CIDD Näheres zu erfahren, fanden aber verschlossene Türen vor. Worauf wir den Weg ins Landhaus einschlugen.

Dort wurden wir mit Verwunderung empfangen und von einer Stelle zur anderen verwiesen, da dafür niemand zuständig ist.

Das Sozialamt für Jugendfürsorge kommt nur insofern in Kontakt mit Prostituierten, als diese minderjährig sind oder Kinder haben. Wir erfahren, daß das CIDD vor einigen Jahren geschlossen wurde. Voraussichtlich wird es 1984 unter Anweisungen des Sozialassessorates wieder eröffnet werden. Es wurde uns geraten, auf der Quästur weitere Informationen einzuholen.

Dort verwies man uns zum Direktor der Fahndungsabteilung. Diese Abteilung wird nur mit jenen Prostituierten konfrontiert, die in kriminelle Vergehen verwickelt sind. Dabei handelt es sich meistens um junge, drogenabhängige Frauen. Den Zuhälter als solchen gibt es nicht mehr, da sich die Szene auf den Drogenhandel verlagert hat. Laut Gesetz gibt es Prostitution nicht mehr, daher geraten die Gesetzeshüter auch nicht in Berührung mit der „Beruf-Prostituierten“. Auch der Begriff „Prostitution“ sollte nicht mehr gebraucht werden.

Die bisher erhaltenen Informationen waren alles eher als befriedigend. Wir versuchten mit einer betroffenen Frau ins Gespräch zu kommen.

Gespräch mit einer „lucciola“

Das Gespräch fand in ihrem Atelier statt. Wir möchten ihre Aussagen unverfälscht wiedergeben und ihren Berufsjargon beibehalten.

Marlene e Renate: Abbiamo l'intenzione di scrivere un articolo per un giornale studentesco. Ci interessava sapere qualche cosa del suo lavoro. Ci racconta qualche cosa?

C. („lucciola“): Non so come spiegare ... il lavoro è difficile, un lavoro un po' umiliante però commercialmente è interessante, insomma il resto è un po' contraddittorio, delle volte va bene, delle volte va male ... poi ci sono delle disavventure. Nessuno ci rispetta, perché a un certo punto noi siamo donne prima di essere quello che siamo. Quindi bisognerebbe avere un po' più di rispetto, quando camminiamo per le strade ... non vogliamo essere chiamate prostitute o lucciola o questo o altro ... finché usano il termine lucciola è un termine abbastanza dolce. Però certi giornali, certi partiti usano il termine prostitute, purtroppo, che a noi non ci piace!

E quando una persona ci dice che siamo così deve prima guardare da dove incomincia la disavventura. Perché se da piccola sei stata abbandonata dalla madre e sei andata a finire in collegi di provincia — e quindi si sa il incegglio e il vizio che c'è dentro, peggio che fuori, perché lì dentro si diventa o lesbiche o si diventa prostitute. Io sono stata vent'anni in collegio e quando noi ragazze abbiamo avuto la prima menstruazione ci dicevano che era il padre eterno che ce la ha mandata e non ci spiegavano che eravamo diventate donne. A vent'anni facevo ancora il girotondo, a vent'anni poi non lo ho più fatto. Sono uscita dal collegio e ho trovato mio padrino che mi ha sverginate e quindi poi sono andata a chiedere lavoro. Facevo la bambinaia, hanno voluto una puericultrice con diploma e così mi hanno licenziata. La città è grande, io avevo fame ... ho incominciato a girare da un bar all'altro e lì ho incominciato a prostituirmi ... poi ho avuto il primo bambino.

Quando ho cercato di redimermi, di cambiare vita, tutti invece di darmi una mano a tirarmi sù mi hanno dato una mano per spingermi in giù. Se si cerca un lavoro e se poi le tue colleghe sanno che sei stata una lucciola, ti fanno fare i lavori più snervantanti e scadenti che sono in giro ... oppure i padroni ti vogliono, e se non vai a letto con loro ti mandano via e se vai a letto con loro, ti mandano via le padrone e così ti trovi sul marciapiede un'altra volta.

Se volessi cambiare adesso, sarebbe impossibile, oramai sono timbrata e disprezzata.

... ci sono certi partiti che ci difendono come il Partito Radicale che ci ha rinforzate sui nostri diritti. Quello che lo proponevo per Bolzano era che si facesse un sindacato che si battesse per i nostri diritti che si mobilitasse per una legge che regolasse il problema delle tasse e della pensione ... perché è giusto che a una certa età si abbia una pensione di vecchiaia ... perché c'è chi sa risparmiare e c'è chi invece spreca come io. Quando si è vecchi ci si ritrova nella fame e nella miseria di nuovo. Se mi capita una malattia e non posso lavorare è brutto, perché non ho nessun risparmio. Ogni mattina mi alzo con il pensiero: troverò o non troverò? Insomma così è la vita di Bolzano. Per quello che riguarda la via sono fortunata, perché siamo soltanto tre in questa via e quindi non diamo fastidio una all'altra. Se volessi andare in un altro campo — anche se sono da quarant'anni a Bolzano — mi tratterebbero come una nuova, mi manderebbero via ...

... io chiedo un po' più di rispetto come ce lo dà il Partito Radicale, che ci rispetta, che per lo meno ci difende ... difende la gente che soffre, come anche i drogati e incarcerati, e non come quelli che ci danno addosso.

Tutti si limitano a chiamarci prostituta senza chiedersi come lo siamo diventate.

... Sì, un po' più di rispetto ... anche quando si gira per la strada passa uno, ti offende ... incomincia a dirti certe frasi e questo è quell'altro. Se sono io che vado vicino all'uomo e gli dico: andiamo? — ha anche ragione, perché sono io che provo ... ma quando resto buona, buona su un angolino oppure a girare per la mia strada, tranquilla, sento dire „Hure“ ... sento dire, ti dò 5.000 Lire, magari anche se l'uomo sta insieme a donne, allora io gli rispondo: non sono come la tua donna che va per una pizza, io voglio almeno ... carte da mille. Io mi meraviglio che certi uomini insieme a donne offendono noi altre. Noi non diamo fastidio alla società, anzi aiutiamo la società. Magari un uomo andrebbe a violentare una ragazza se non trovasse noi ... o un uomo andrebbe con l'amante e l'amante poi vuole i regalini ... una pelliccia e questo e quell'altro e così porterebbe via i soldi ai figli e alla madre ... e tante famiglie sarebbero distrutte. A noi ci danno quella tariffa che vogliamo e poi è finita e chiusa. Noi non facciamo innamorare, non facciamo perdere la testa agli uomini. Invece quando siamo in giro noi, sembra che sà che cosa ... ecco questo voglio dire: dovrebbe esserci un po' più di rispetto nella vita.

Prima c'erano le case di tolleranza ed era molto meglio, p.e. per l'igiene. Adesso se gli uomini vanno in piazza Verdi non si lavano ... però se vengono con noi, noi abbiamo una casa, li laviamo, li mettiamo a posto, facciamo tutto. Invece fuori subentrano le malattie, la sporcizia ... mentre se vengono in una casa come la mia credo che vengono accolti bene e gentili e noi non li rubiamo i portafogli come succede qualche volta p.e. alla stazione.

La società non capisce, non vuole capire! Bisognerebbe chiedere una donna di vita: perché lo fai? Lo fai per bisogno? Ti diamo un'aiuto, se vuoi ritirarti. Ma logico, per una donna di una certa età è difficile cambiare vita.

Marlene: E com'è con l'assistenza sanitaria?

C.: Non ho niente. Io ho la diabete e ho tante malattie a causa del mio mestiere ... per il stare fuori al freddo. Dobbiamo essere noi coscienti di farci visitare dal medico, per conto nostro. Io lo faccio, però ci sono tante che se ne infischiano, si impegnano delle malattie e le traducono agli altri. Per noi non c'è né assistenza, né pensione, né niente.

Bisognerebbe fare un sindacato!

La prostituzione dovrebbe essere riconosciuta dallo stato come mestiere ... allora noi paghiamo le tasse in modo che abbiamo un'assistenza sanitaria e la pensione ... perché capite: non si può girare fino a sessant'anni!

Renate: Allora rimane soltanto la pensione minima?

C.: La pensione minima te la danno a sessant'anni. Se hai risparmiato, sei ancora abbastanza fortunata. Ma io faccio ogni anno un viaggio all'estero e quindi non ho risparmi. Ho paura di ritrovarmi fra qualche anno di nuovo nella miseria, per fortuna ho una casa ...

Oggi tantissime ragazze vanno a prostituirsi per procurare soldi e poi si buttano al buchetto insieme al loro uomo. Io non ho mai avuto magnazzi, non mi sono mai lasciata sfruttare e di conseguenza è già un passo in avanti.

Renate: In questura ci hanno parlato della „diffida“. Lei personalmente è stata vittima di questa regolamentazione?

C.: Non puoi restare in una città a fare il tuo mestiere ... ti mandano via e se ritorni un'altra volta ti diffidano e se ritorni ancora ti prendono e ti mettono in carcere. Magari devi aspettare un mese finché ti fanno un processo. Devi stare dentro per forza, anche se non hai commesso niente ... al processo il giudice ti assolve oppure ti manda in carcere per qualche mese. Tantissime donne di vita hanno questa esperienza sulle spalle. Bolzano rende abbastanza, anche se dipende dalla stagione ... l'estate è la miglior stagione ... il periodo prenatalizio è un po' duro per il nostro lavoro ... anche gennaio è un mese che non rende tanto, perché c'è la svendita.

Marlene: Come è il rapporto con la polizia qui a Bolzano?

C.: Noi siamo grandi amici. Da quando non esistono più le case chiuse la prostituzione è libera e non possono farci nulla. Però quando siamo in una città più grande vengono la sera, ci inter-



rogano, continuano a scocciarci, una volta una in questura poi l'altra e siamo più dentro che fuori. La nostra città è migliore, se non fai atti osceni o roba così, loro ti lasciano stare, anzi nella nostra via siamo dei grandi amici, quando passano ci salutano. C'erano alcuni vicini che si lamentavano per lo scomazzo notturno, perché noi andiamo avanti e indietro parlando — ebbene di notte può dare anche fastidio — hanno chiamato la polizia. Però la mia avvocatessa ha detto che la strada è libera e se non faccio atti osceni non c'è niente da fare ...

Vorrei dire agli studenti e alle studentesse: prima di dire quella è una lucciola, una prostituta, devono ragionare un po'. Chi le ha portate a questa fama? Se interrogate 100 donne che fanno questo mestiere ognuna delle cento ha avuto la sua storia.

Marlene: I suoi figli sono rimasti con Lei?

C.: Li ho messi in collegio ... hanno studiato ... sono diventati dei bravi ragazzi. Ho avuto quella fortuna, perché tantissimi figli con la madre così si drogano oppure fanno il mestiere della madre. Invece i miei — grazie a dio — non mi hanno seguita. Non mi vogliono bene e hanno sbagliato con me, ma nella società non hanno sbagliato. Nella società vengono rispettati e questo è un bene. Sarebbe bello se potessero volermi bene, se si potesse essere insieme. Ma loro non tollerano la mia vita! Io posso anche capire, loro si vergognano di me. Però sarebbe bello se mi scrivessero per natale o per la festa della mamma o se mi mandassero un mazzolino di fiori ...

Me la sono cavata bene, sono una tipa così ... me ne infischio di tutto ... le mie soddisfazioni me le prendo ugualmente ... anche se non sono stata aiutata da nessuno. Fra qualche giorno farò di nuovo un viaggio all'estero ...

Spero che siate soddisfatte del nostro incontro.

Dai, adesso andiamo a bere qualche cosa!



„Seit rund siebzig Jahren können in Österreich auch Frauen studieren. Zeit genug also, um den Mythos der Frau „als Gattin und Mutter“, die keine Sehnsucht nach Berufstätigkeit, keine Sehnsucht nach politischer Vertretung ... hat, sondern die nur strebt nach einem trauten Heim, einem „gebildeten Mann“ und einer „Schar glücklicher Kinder“ als historische Ideologie ad acta zu legen.“

(Frauen an Hochschulen
Broschüre der österreichischen Hochschülerschaft)

Die Universität als Arbeitswelt

Ramona Gruberi
Hildegard Knapp

Wir sind beide Studentinnen der Pädagogik und arbeiten nun das zweite Semester an einem Sonderprojekt zur Erhebung der derzeitigen Situation der lehrenden und lernenden Frauen an der Universität Innsbruck.

Der Anlaß für diese Untersuchung, an der noch 13 weitere Frauen mitarbeiten, war in erster Linie die eigene Betroffenheit. Außerdem gibt es kaum empirische Untersuchungen und keine theoretische Aufarbeitung dieses Problembereiches. Dieser Problembereich umfaßt die geschlechtsspezifische Verhaltensweisen im Studium; Schwierigkeiten von Studentinnen, die mit weiblicher Sozialisation an die Männerinstitution kommen; ihre Erfahrungen mit subtilen Diskriminierungen; ihre Auseinandersetzung mit Studienanforderungen und Berufserwartungen.

Wir arbeiten mit einer zweigleisigen Vorgangsweise, die

1. eine statistische Erhebung, mit der Ausarbeitung der bereits im Computer des universitären EDV-Zentrums gespeicherten Daten umfaßt und
2. 150 Tiefeninterviews von weiblichen und männlichen Lehrenden und Studierenden (bei Männern geht es um ihre Einschätzung des Frauenstudiums).

Wir möchten mit unserer Arbeit die Situation der Frauen ansatzweise besonders in folgenden Bereichen darstellen:

1. Studienmotivation:

Unterscheiden sich Frauen von Männern bezüglich ihrer Entscheidung zum Studium? Warum hören soviel mehr

Frauen als Männer vorzeitig damit auf?

Steigt die Frustration bei Frauen schneller und höher? Also: von der Lust zu studieren und was daraus wird ...

2. Soziales Umfeld:

Unterscheiden sich die Lebensformen von männlichen und weiblichen Studierenden? (Form zu wohnen, finanzielle Lage, Druck von außen). Inwiefern und in welchem Ausmaß unterscheidet sich die Lage der Mütter unter den Studentinnen von der der Väter unter den Studenten? Werden Studentinnen in Heimen anders behandelt als Studenten? usw.

3. Arbeitswelt Uni:

Unterscheiden sich Männer und Frauen in ihrer Vorliebe für bestimmte Arbeitsformen und Prüfungsformen? Werden Frauen in der Lehre eher auf praxisorientierte Lehrveranstaltungen festgelegt? Gibt es unterschiedliche Bearbeitungsformen von wissenschaftlichen Arbeiten? Wie verbreitet ist der Mythos vom weiblichen Fleiß, der die mangelnde Begabung ausgleichen soll? usw.

4. Frauenforschung:

Welche Arbeiten wurden seit 1970 in Innsbruck zum Thema „Weiblicher Lebenszusammenhang“ verfaßt? Welche Tendenzen zeigen diese Arbeiten? Wie sind die Bücher zu diesem Thema in den einzelnen Bibliotheken vertreten? usw.

5. Ideologien:

Wie stark sind diskriminierende Ideologien zum „Wesen der

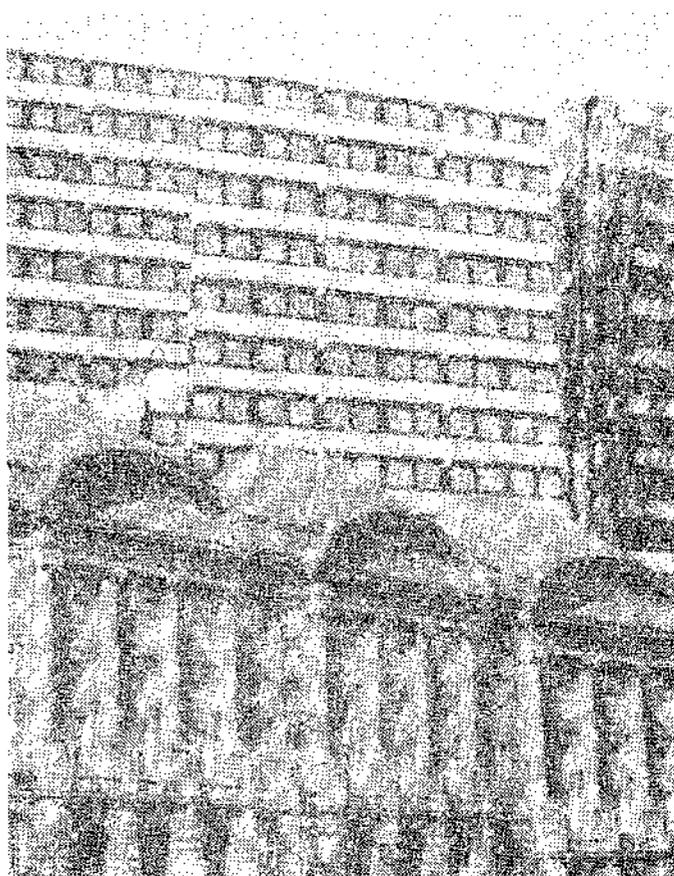
Frau" vertreten? Äußern sich Männer und Frauen unterschiedlich? in welche Richtung wird dadurch das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden beeinflusst? usw.

Das waren einige Fragen, die wir durch diese Untersuchung beantworten möchten. Wir rechnen damit für diese Untersuchung noch ein bis zwei Jahre zu benötigen.

Unser Projekt steht für ein Beispiel der Frauenforschung an der Universität Innsbruck. Aber wie sieht es allgemein mit der Situation der Frauen an der Uni aus? Um diese Frage zu beantworten, schauen wir uns 2 Tabellen über die Anzahl und Verteilung auf die einzelnen Fakultäten der weiblichen Lehrenden und Studierenden an.

STUDIERENDE NACH FAKULTÄTEN

| FAKULTÄTEN | Gesamt % | Frauen % | Männer % |
|--|----------|----------|----------|
| Theologie | 814 100 | 188 23 | 626 77 |
| Juridische | 1852 100 | 506 27 | 1346 73 |
| Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche | 3033 100 | 841 28 | 2192 72 |
| Medizin | 3911 100 | 1414 36 | 2497 64 |
| Geisteswissenschaftliche | 4480 100 | 2835 63 | 1645 37 |
| Naturwissenschaftliche | 3169 100 | 1363 43 | 1806 57 |
| Technik | 1263 100 | 145 11 | 1118 89 |
| Sonstige | 987 100 | 493 50 | 494 50 |



LEHRENDE NACH FAKULTÄT, TITEL UND GESCHLECHT AUFGEFILT (1983/84)

| FAKULTÄTEN | Gesamt Lehrende | | Professoren | | a.o.Professoren | | Honorar- und Gast-Prof. | | Dozenten | | Assistenten | | Lehrbeauftragte | |
|--|-----------------|-----|-------------|----|-----------------|----|-------------------------|---|----------|-----|-------------|---|-----------------|-----|
| | O | O | O | O | O | O | O | O | O | O | O | O | O | O |
| Theologische | 6 | 46 | - | 15 | - | 2 | - | 6 | - | 2 | 3 | - | 3 | 21 |
| Juridische | 16 | 91 | - | 18 | - | 4 | - | 9 | - | 13 | - | - | 16 | 47 |
| Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche | 11 | 93 | - | 14 | - | 1 | - | 5 | - | 7 | - | - | 11 | 66 |
| Medizin | 10 | 222 | - | 40 | 1 | 17 | - | - | 1 | 120 | - | - | 8 | 45 |
| Geisteswissenschaftliche | 96 | 206 | 1 | 28 | 2 | 13 | 1 | 6 | 7 | 21 | - | - | 85 | 138 |
| Naturwissenschaftliche | 16 | 232 | 1 | 26 | - | 24 | - | 9 | 4 | 47 | - | - | 11 | 116 |
| Technik | 3 | 92 | - | 22 | - | 6 | - | 3 | - | 4 | - | - | 3 | 55 |

Allgemein kann man sagen, daß der Anteil der weiblichen Lehrenden in Innsbruck bei etwa 16% liegt. Diese verteilen sich aber nicht gleichmäßig auf die einzelnen Fakultäten. Auf dem Weg nach oben in der Universitätshierarchie werden die Frauen immer weniger. So gibt es im Ober- und Mittelbau 2 ordentliche weibliche Professoren, 2 außerordentliche, 1 weiblichen Gastprofessor und 11 weibliche Dozenten. Relativ stark vertreten sind die Frauen im Unterbau.

Da erst die Habilitation zur selbständigen Ankündigung von Lehrveranstaltungen berechtigt, und wir vermuten, daß eher Professorinnen Fragen der Geschlechtsproblematik thematisieren, ist der geringe weibliche Anteil nicht gerade ermutigend. Universitätsassistentinnen müssen um einen Lehrauftrag zu frauenspezifischen Themen ansuchen. Die Entscheidung über die Genehmigung wird in einer männlich dominierten Lehrauftragskommission getroffen.

Im Vergleich zu den 16% weiblichen Lehrenden gibt es in Innsbruck an die 40% weibliche Studierende. Wie die Tabelle zeigt, verteilen sich diese aber sehr unterschiedlich auf die einzelnen

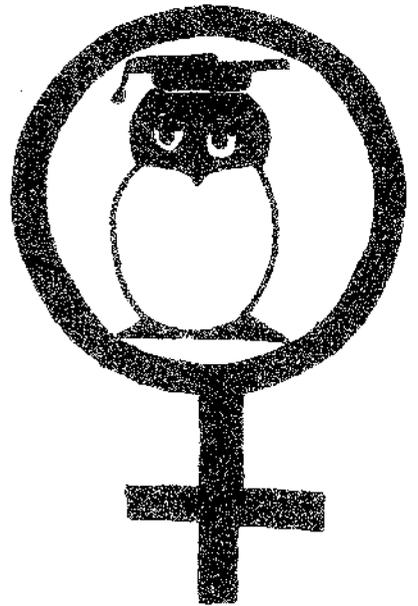
Fakultäten. Gerade die geisteswissenschaftliche Fakultät, die die meisten als „frauentypisch“ Studienrichtungen, wie etwa Pädagogik, Germanistik, Anglistik, Amerikanistik, Übersetzer- und Dolmetscherausbildung, Geschichte, Kunstgeschichte usw. umfaßt, weist einen Anteil von 63% weiblichen Studierenden auf.

Gerade auf der Pädagogik ist ein sehr hoher Frauenanteil zu verzeichnen. Eine große Schwierigkeit, die wir bis jetzt bei diesem Projekt zu bewältigen hatten, war folgende. Die Wissensvermittlung läuft hier nicht frontal ab, sondern das für die Untersuchung nötige Wissen wird in der Gruppe zusammen erarbeitet. Diese Art ist sicher produktiver, erfordert aber auch mehr Einsatz und Eigenverantwortung, Dinge, die wir im Laufe der Jahre eher verlernt haben. Wir warten zur Zeit noch auf die Genehmigung und somit Finanzierung unseres Projektes durch den Zentralausschuß der Österreichischen Hochschüler-schaft. Sollte unser Projekt genehmigt werden, versuchen wir ausführlicher zu berichten.

Carmen Unterholzner

Frauenstudien ~ Frauenforschung

an der Freien Universität Berlin (FUB)



Wie in der gesamten Bundesrepublik, so ist auch an der FUB der Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtstudienzahl kontinuierlich gewachsen. Diese Tatsache kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Frauen nach wie vor im gesamten Wissenschaftsbereich unterrepräsentiert sind. Die „Öffnung der Hochschulen“ für Frauen ist noch immer auf bestimmte Wissenschaftsbereiche beschränkt (wie z.B. auf die Lehrerausbildung, sowie auf Sozial- und Kulturwissenschaften), während die Frauen sich in den traditionell männlich dominierten Disziplinen, wie den technischen und naturwissenschaftlichen, bisher nicht durchsetzen konnten. Verbunden damit sind geringere Chancen in höher dotierte Stellen zu kommen und somit in Positionen mit weitreichenden Entscheidungskompetenzen zu gelangen.

Ein Vergleich zwischen den von Frauen bevorzugt gewählten Fächern zeigt, daß sich in den vergangenen zehn Jahren kaum grundlegende Veränderungen in der Fächerwahl vollzogen haben. Die geschlechtsspezifische Orientierung und die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau dürfte damit in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Maßnahmen allein zur Erhöhung des Anteils der Wissenschaftlerinnen genügen allerdings nicht, wenn es um den Abbau der Diskriminierung der Frauen an den Universitäten geht, da sie dennoch offen und subtil auf der Bewußtseins- und Handlungsebene geschieht, die wir tagtäglich im universitären Alltag erleben.

Die Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudium und Frauenforschung an der FUB

Um die Situation der Frauen im Bildungsbereich und speziell an den Hochschulen zu verbessern, arbeiteten einige Frauen anfangs 1978 eine Beschlusvorlage aus, die dem Kuratorium (bestehend aus Senatoren der Stadt Berlin, Parteimitgliedern, Professoren, Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie aus Studenten) übergeben wurde. Daraufhin faßte das Kuratorium den Beschluß, eine Planungsgruppe zu bilden, die innerhalb von zwei Jahren die notwendigen Erhebungen über die Möglichkeit zur Errichtung eines wissenschaftlichen Forschungs- und Studiumsschwerpunktes über Frauenfragen anstellen sollte. 1979 wurde diese Planungsgruppe, zu der zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und eine Sachbearbeiterin zählten, gebildet, mit der konkreten Aufgabe, zusammen mit Wissenschaftlerinnen, den zuständigen Verwaltungsstellen und den Berliner Universitäten die inhaltliche und organisatorische Konzeption einer solchen Einrichtung zu entwickeln.

Eines stand für die Planungsgruppe von vornherein fest: um möglichst frei von den institutionalisierten Zwängen männlich dominierter Gremien zu sein, sollte die Einrichtung ein zentrales Frauenforschungsinstitut sein, da dies der Entwicklung neuer Forschungsfragen und -methoden am ehesten Rechnung tragen kann. Ebenso klar waren auch die Forderungen, die eine solche Einrichtung erfüllen sollte: frauen- bzw. geschlechtsspezifische Fragestellungen sollten zum selbstverständlichen und integralen Bestandteil jeglicher Lehre und Forschung werden, der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen erhöht werden. Sie sollte ebenso Kontakt- und Servicestelle für Studentinnen, Dozentinnen sowie anderer wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Zentrale für Informationen sein. Die Materialsammlung von Büchern, Gesetzestexten und Pressemeldungen und das Erstellen von Bibliographien und Dokumentationen von frauenspezifischen Veröffentlichungen und Forschungsprojekten war ein weiterer Programmpunkt. Die Vermittlung von Kontakten, sowie die Organisation von Arbeitstreffen und Seminare sollte ebenso zu ihren Tätigkeitsfeldern gehören. Die wesentlichste Aufgabe bildete aber die Unterstützung und Initiierung von Aktivitäten mit frauenspezifischen Inhalten in Forschung, Lehre und Weiterbildung, sowie die Besetzung von Stellen mit Wissenschaftlerinnen, aber auch Kooperation mit außeruniversitären Frauengruppen, Verbänden und Institutionen.

Nach zweijähriger Bestandsaufnahme wurde im Juni 1980 die erste Beschlusvorlage zur Erhöhung des Anteils von Wissenschaftlerinnen und zur Förderung von Frauenstudium und Frauenforschung beim Akademischen Senat eingereicht. (Dieses Gremium ist das höchste der Universität, von den 23 Mitgliedern der Universität sind vier weiblichen Geschlechts.)

In der Beschlusvorlage wurde ganz konkret für den Bereich der Forschung gefordert, daß bei der Auswahl von Forschungsprojekten und bei der Vergabe von Finanzmitteln, Projekte mit frauenspezifischen Problemstellungen verstärkt bevorzugt werden. Für den Bereich Lehre und Studium forderten sie die Bildung einer Kommission, die die Studienpläne und Prüfungsordnungen daraufhin untersucht, inwieweit frauenspezifische Fragestellungen, dem jeweiligen Fach entsprechend, berücksichtigt werden oder bei negativem Ergebnis überarbeitet werden müssen. Bei Stellenausschreibungen sollten ausdrücklich Männer und Frauen zur Bewerbung aufgefordert und die Stellen bevorzugt mit Wissenschaftlerinnen besetzt werden. Falls keine Bewerberin aufgenommen wird, forderten die Frauen von den jeweiligen Fachbereichen eine schriftliche Erklärung. Weiters verlangten sie die Errichtung einer Dienstleistungseinrichtung, die entsprechende Aktivitäten der Fachbe-

reiche unterstützt, disziplinübergreifende Veranstaltungen koordiniert, sowie die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit leistet

„Die Bevorzugung der Frauen widerspricht dem Grundgesetz“

Die Haltung der meisten Teilnehmer im Akademischen Senat war scharf ablehnend. Das Hauptargument, das sie gegen die Beschlussvorlage vorbrachten, war das zu geringe Potential weiblicher, habilitierter Wissenschaftlerinnen, wodurch die Forderung unrealistisch sei. Außerdem widerspräche die Bevorzugung des weiblichen Geschlechts dem Grundgesetz: dem Passus, daß niemand aufgrund seines Geschlechtes benachteiligt werden dürfe – ein wohl lächerliches Argument in Anbetracht der realen Ungleichheit bzw. nichterfolgten Gleichbehandlung der Frau. Der Forderung, alle Studieneinrichtungen müßten geschlechts- bzw. frauenspezifische Aspekte berücksichtigen, setzte man entgegen, daß dies wohl bei den sogenannten „neutralen“ Disziplinen nicht möglich wäre.

Diese nahezu hysterischen Reaktionen im Akademischen Senat veranlaßten die Planungsgruppe zu radikaleren Forderungen. Die Hälfte aller Forschungsmittel pro Haushaltsjahr sollten Frauen zur Verfügung gestellt werden und für Projekte über Probleme und Interessen von Frauen verwendet werden. Gremien sollten umbesetzt werden, damit Frauen verstärkt in die akademische Selbstverwaltung einbezogen werden. Die Hälfte des wissenschaftlichen Personals sollte mit Frauen besetzt werden. Da eine solche Parität kurzfristig nur durch Entlassung männlicher Wissenschaftler oder durch enormen Stellenzuwachs herzustellen wäre, forderten sie langfristig, daß die freiwerdenden und neu dazukommenden Stellen ausschließlich mit Frauen besetzt werden. Solange die Parität nicht hergestellt sei und das Frauenstudium sowie die Frauenforschung nicht selbstverständlicher Bestandteil jeder Lehre

und Forschung geworden sei, solange müsse diese Einrichtung bestehen.

Dieser Entwurf wurde erneut mit Vorwürfen wie „Atomisierung der Wissenschaft, deren Reduzierung und Chetrouisierung, Verminderung ihrer Qualität“ belastet, und die Forderungen als „maßlos und totalitär“ bezeichnet und zurückgewiesen. Doch letztendlich zahlte sich die Hartnäckigkeit der Frauen aus: die nächste Beschlussvorlage, welche geringfügige Änderungen beinhaltete, wurde angenommen.

Die Zentraleinrichtung erblickte nach einer schweren Geburt das Licht der Welt.

Der „lange Marsch durch die Institutionen“ scheint hiermit sein Ende genommen zu haben. Da der Beschluß aber nur für fünf Jahre gilt, soll die Zentraleinrichtung 1985 bezüglich ihrer Effektivität und ihrer Notwendigkeit überprüft werden und notfalls ihre Aufgaben modifizieren. Doch die Frauen der Zentraleinrichtung scheinen bereits jetzt dafür gerüstet zu sein, denn in der Zwischenzeit hat sie sich als ernstzunehmende Einrichtung bewährt, die nicht mehr einfach von der FUB wegzudenken wäre. Blickt frau auf die Aktivitäten der letzten vier Jahre zurück, zeigt sich eine stolze Bilanz: Vortragsreihen (z.B. „Gesundheitsforschung für Frauen“, „Frauen und Arbeit“ ...), wodurch wissenschaftliche Arbeiten von Frauen verstärkt in die öffentliche Diskussion eindringen sollen, differenzierte, quantitative Daten über Frauen an der Uni wurden erarbeitet und laufend erneuert, um Entwicklungstendenzen schnell erkennen zu können, eine möglichst aktuelle Bestandsaufnahme aller Abschlußarbeiten mit frauenspezifischen oder feministischen Fragestellungen wurden erstellt. Die Zentraleinrichtung informiert außerdem regelmäßig über Vortragsreihen und Symposien andernorts zum selben Thema; letztlich gilt sie als Anlaufstelle für Studentinnen, die Schwierigkeiten mit ihrem Studium haben und mit anderen Frauen ihre Unierfahrung austauschen wollen.



Bedeutung der Emanzipation der Frau in sozialmedizinischer Hinsicht

(Originaltext)

Dieser Beitrag ist eine Gruppenarbeit der 3. Klasse der Diplom-Krankenpflegeschule Bruneck, die im Rahmen des Faches Sozialmedizin erstellt wurde. Bei dieser Klasse handelt es sich mit einer Ausnahme um eine reine Mädchenklasse.

Es erscheint uns sehr positiv, daß Emanzipation vereinzelt auch in Südtirols Schulen zum Thema gemacht wird. Die Veröffentlichung dieser Arbeit soll ein Ansporn für Schüler und Lehrer sein, in diese Richtung initiativ zu werden.

Die Sozialmedizin beschäftigt sich mit den Wechselwirkungen zwischen Gesundheit und Gesellschaft bzw. mit dem gesellschaftlichen Einfluß auf Krankheitsentstehung, den Krankheitsverlauf und die Krankheitsanfälligkeit. Da die Emanzipation zu einer gesellschaftlichen Veränderung führt, muß sich die Sozialmedizin mit dem Einfluß dieser Veränderungen auf die Entstehung von Krankheiten beschäftigen. Emanzipation bedeutet nicht nur Berufstätigkeit der Frau, sondern auch Selbstverwirklichung. Auf eine genaue Definition möchten wir aber verzichten.

Das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit ist ein Menschenrecht, ein Grundbedürfnis, das die Frau durch die Emanzipation erstrebt. Minderwertigkeitsgefühle, die durch die Unterdrückung der Frau entstanden sind, werden durch die Steigerung des Selbstbewußtseins überwunden. Die Frau ist sich ihrer Persönlichkeit bewußt geworden. Sie läßt sich nicht mehr einschränken, beansprucht mehr Freiheit, hat größere Möglichkeit ihren Interessen und Wünschen nachzugehen und die Vorstellung von ihrem Leben zu verwirklichen; sie wird selbständiger. Die Frau strebt die Anerkennung ihres Hausfrauenberufes an oder übt einen Beruf wie der Mann aus. Ist die Frau auch berufstätig, soll sich der Mann an der Hausarbeit beteiligen.

Durch ihren Beruf wird die Frau in finanzieller Hinsicht vom Mann unabhängiger; sie kann nach Wunsch Hobbies nachgehen oder persönliche Ausgaben tätigen. Sie trägt zum Familienunterhalt bei und erhält dadurch Befriedigung, da sie sich als leistungsfähig und gleichwertig erkennt. Die Frau kann auch ihr Leben ohne Partner meistern oder bei dessen Arbeitslosigkeit oder Tod die Familie versorgen.

Der Beruf bietet der Frau auch eine bessere Kommunikationsmöglichkeit und sie kann sich einen Freundeskreis schaffen.

Durch die Emanzipation wird angestrebt, daß sowohl die berufstätige Frau als auch die Frau, die keinen zusätzlichen Beruf zur Hausarbeit hat, von der Gesellschaft als Persönlichkeit akzeptiert wird. Der Frau wird durch die Gleichberechtigung Mitspracherecht in öffentlichen und politischen Fragen gewährleistet; somit kann sie sich aktiv an der Gestaltung der Umwelt beteiligen.

Neben den positiven Auswirkungen der Emanzipation muß die Frau auch Nachteile in Kauf nehmen.



Die Frau wird oft durch einen zusätzlichen Beruf oft überlastet; sie hat für sich nicht allzuviel Zeit und ist gestreßt, gereizt und nervös. Durch die psychische Überlastung kommt es zu einer starken Zunahme von psychosomatischen Erkrankungen (z. B. Gastritis). Die Frau übernimmt oft, ob sie berufstätig ist oder nicht, Verhaltensweisen des Mannes, da sie ihm nicht unterlegen sein will. Zum Beispiel haben der Alkohol und Nikotinabusus der Frau durch die Emanzipation zugenommen – Nikotin und Alkohol wirken sich negativ auf die Gesundheit der Frau aus. Durch das Rauchen treten bei der Frau statistisch gesehen vermehrt Erkrankungen der Atemungsorgane wie Entzündungen (chronische Bronchitis) und Krebs auf. Nikotin gilt als Risikofaktor für die Entstehung von arteriosklerotischen Veränderungen. In den letzten Jahrzehnten ist es zu einer sprunghaften Zunahme von Herz-Kreislaufkrankungen (Bluthochdruck, Schlaganfall, Herzinfarkt, Durchblutungsstörungen, Gehirnschlag) bei Frauen gekommen.

Durch den Eintritt in die Gesellschaft hat die Frau viel mehr Kontakt mit anderen Menschen, sie nimmt an Festen teil und auch sie genießt den Alkohol, um Anerkennung zu erreichen. Alkoholmißbrauch kann auch bei ihr zu psychischer und körperlicher Abhängigkeit führen. Psychische Folgeerscheinungen zeigen sich dann in Konzentrations- und Denkstörungen, körperliche in einer Zunahme von Lebererkrankungen und Bauchspeicheldrüsenentzündungen.

Eine Zunahme der Selbstmorde bei Frauen wurde in letzter Zeit auch festgestellt. Gründe dafür können der Streß durch die berufliche Überlastung und Eheprobleme sein, die durch ungenügendes Verständnis von seiten des Ehepartners auftreten. Die Frau ist den Problemen vielfach nicht gewachsen.

Die Auswirkung auf die nicht berufstätige Frau ist geringer, sie wird aber auch vielfach rauchen und trinken, um dem Mann in der Gesellschaft gleichgestellt zu sein. Für sie wäre es aber sehr wichtig, daß das Sozialprestige der Hausfrau steigen würde.

Auch die Familie erleidet durch die Emanzipation oft Schaden. Besonders jene Familien sind betroffen, in denen die Frau berufstätig ist. Wenn nicht eine günstige Teilung der Hausarbeit und bei der Versorgung der Kinder vorhanden ist, kann es zu

mer Vernachlässigung der Kinder kommen. Der Beruf füllt die Frau manchmal ganz aus, nimmt ihre ganze Zeit in Anspruch und sie kommt oft müde und nervös nach der Arbeit nach Hause. Nun muß sie noch die Hausarbeit verrichten. Für die Probleme ihrer Kinder und des Partners hat sie vielfach wenig Zeit, und so kann es zu ernsthaften Konflikten kommen. Diese können aber auch auftreten, wenn der Partner zu wenig Verständnis für die Verwicklung der Frau zeigt und immer noch das patriarchale System vor Augen hat.

Kinder fühlen sich oft alleingelassen, nicht verstanden und suchen andere Bezugspersonen. Es besteht auch leichter die Gefahr, daß sie verschiedenen Suchtmitteln (Alkohol, Rauschgift) verfallen und sich eine Scheinwelt aufbauen, um Probleme vergessen zu können.

Auch für die Entstehung von psychischen Störungen bei Kindern können gestörte Beziehungen in der Familie verantwortlich sein. Auch eine nicht berufstätige Frau kann ihre Familie vernachlässigen, wenn sie sich vorwiegend außerhalb der Familie beschäftigt, z.B. mit ihren Hobbies, wenn sie sich viel der Politik und Freunden widmet.

Vorteile, die die Berufstätigkeit der Frau für die Familie mit sich bringt, sind, daß sich die Familie finanziell mehr leisten kann. Die emanzipierte Frau kann auch oft mehr Verständnis

für die Kinder aufbringen, da sie weltoffen ist. Kinder lernen meist früh, selbständig zu werden, wenn ihre Mütter berufstätig sind, da sie auf sich allein gestellt sind.

Für ein gutes Gelingen eines harmonischen Familienlebens ist gegenseitiges Verständnis der Partner von größter Bedeutung. Durch Arbeitsteilung in der Familie wird die berufstätige Frau entlastet, und sie kann somit mehr Zeit dem Partner und den Kindern widmen.

Bei Berufstätigkeit kann eine Halbtagsbeschäftigung oder eine Arbeit für nur einige Tage in der Woche eine Lösung zur Verminderung der Überlastung bieten. Bei entsprechender Berufsausbildung kommt auch eine Heimarbeit in Frage.

Für die Frau und die Familie ist es wichtig, daß neben den Vorteilen, die die Emanzipation mit sich bringt, die Nachteile nicht vergessen werden und daß die Frauen und die ganze Gesellschaft Lösungsmöglichkeiten suchen, um ein harmonisches Familienleben trotz Emanzipation der Frau und oft Berufstätigkeit der Frau zu gewährleisten. Die Emanzipation ist noch keinesweges verwirklicht und wir müssen fortschreiten, um die Selbsterwählung der Frau zu ermöglichen. Die Gesellschaft muß sich noch weiter verändern und sich mehr nach den menschlichen Grundbedürfnissen ausrichten, zu denen die Möglichkeit nach Selbsterwählung gehört.

Zum Beispiel:

Eine Frau in der Sozialarbeit

Sabine Abram

Bevor ich über meine Erfahrungen im Beruf schreibe, erscheint es mir wichtig, etwas über meine Sozialisation zu sagen.

Meine Erziehung in der Familie hat sich von der meiner älteren Brüder beträchtlich unterschieden. Ich war das einzige Mädchen und zugleich die jüngste unter den Geschwistern. Dies trug mir die Rolle des lieben, braven, etwas verwöhnten und gescheiterten Kindes ein.

In der Volksschule wurde die weibliche Rollenerziehung in einer reinen Mädchenklasse weiter fortgesetzt. Während einige Mitschülerinnen schon mit 11 Jahren in die Haushaltungsschule, und einige andere in die Handelsvorbereitung kamen, gingen die „besseren“ Schülerinnen aufs Gymnasium.

Nach der Latein-Mittelschule wurde noch einmal streng selektiert, und dann kamen wir in eine mit Jungen und Mädchen gemischte Klasse. Hier waren die Gegensätze zwischen den Geschlechtern entweder nicht mehr so groß oder gefestigt genug, sodaß die Trennung im Unterricht nicht mehr notwendig war. Der Geist der humanistischen Bildung war jedenfalls männlich ausgerichtet und wir Mädchen mußten eben zusehen, ob wir ihm folgen konnten.

Meine persönliche Motivation, Psychologie zu studieren, war im Gegensatz dazu weiblich gefärbt. Ich war interessiert an meiner eigenen psychischen Entwicklung und an allem, was mit Kindererziehung zusammenhängt.

Sicher ist auch für viele männliche Studenten die eigene Entwicklung der Persönlichkeit Ausgangspunkt für das Psychologiestudium. Für uns Frauen dürfte es jedoch im allgemeinen

schwieriger sein, diese subjektive Betroffenheit zu einer echten Professionalität weiterzuentwickeln. Warum, das möchte ich im folgenden aufzeigen.

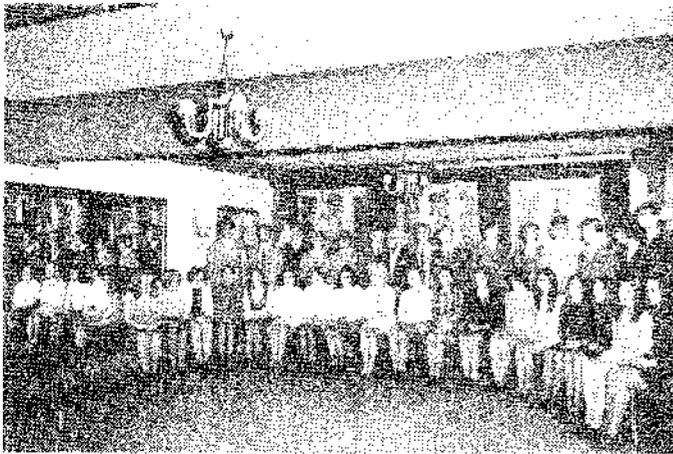
Die Universität ist von Männern beherrscht. Selbst in einem Fach wie diesem sind die Lehrenden fast ausschließlich Männer. Die wissenschaftlichen Theorien, die Anwendungskonzepte und die Fachliteratur stammen mit geringen Ausnahmen sämtlich von Männern.

Damit in Zusammenhang steht ein vorwiegend rational ausgerichtetes Studium, wo das kreative und emotionale Lernen, sowie die praktische Anwendung des Gelernten sträflich zu kurz kommen.

Auf der psychologischen Fakultät, die ich vor 8 Jahren verließ, war die Frauenfrage weder in Forschung noch Lehre thematisiert worden. Dies erscheint mir umso schlimmer, als uns die Uni auf anderen Gebieten einigermaßen am Laufenden hielt.

Ich fürchte, daß sich heute an dieser Haltung der Universität nichts Wesentliches geändert hat. Daß aber die Auseinandersetzung mit feministischen Theorien und Forschungsergebnissen unbedingt zum Psychologiestudium gehört, ist für mich keine Frage mehr.

Der Psychologe hat in seiner Tätigkeit als Schulpsychologe, Familientherapeut oder psychiatrischer Berater, sowie in der Berufsfindung immer wieder mit Frauen zu tun. Dies trifft sowohl direkt bei weiblichen Patientinnen, als auch indirekt



bei männlichen Patienten und Ratsuchenden zu, wenn die Mutter oder Lebensgefährtin ins Problem hineinspielt.

In Schule und Unterricht sind die Frauen als Erzieherinnen und Lehrpersonen ebenfalls stark vertreten. Deshalb hat dort der Psychologe wiederum hauptsächlich mit Frauen zu tun.

Mit steigender Schulstufe und steigender Position in der Hierarchie der Schulverwaltung, nimmt die Anzahl der Frauen im Verhältnis zu den Männern jedoch rapide ab. Interessanterweise wird in diesen Ebenen psychologische Hilfe, zumal wenn sie von einer Frau kommt, nicht mehr beansprucht.

Die tägliche Erziehungsarbeit leisten hauptsächlich die Frauen und deshalb spüren sie auch stärker die Probleme im sozialen Zusammenleben. Väter und Lehrer bekommt man als Fachfrau nur selten zu sehen, auch weil sie weniger bereit sind, sich an eine Frau als Beraterin zu wenden.

Mütter und Hausfrauen haben ihrerseits auch manchmal Schwierigkeiten, sich mit einer „emanzipierten“ Fachfrau zu konfrontieren und dieser kann es genauso schwerfallen, sich in die Rolle eine Hausfrau hineinzuversetzen. Deshalb braucht es eben ein fundiertes Wissen über die Denk- und Handlungsweisen von Frauen, die eigenen Reaktionen miteingeschlossen.

Die Bearbeitung dieser Problematik hat nicht nur zu neuen Erkenntnissen, sondern auch zu neuen Projekten in der Sozialarbeit geführt.

Der Beruf

Der Aufbau psycho-sozialer Dienste hat in Südtirol im Vergleich zu Friuli oder Nordtirol sehr spät eingesetzt. Psychische Krankheiten, sozial abweichendes Verhalten und Behinderung wurden vielfach den Familien ohne jegliche Hilfe angelastet. Daneben gab es kirchliche Einrichtungen und Einrichtungen außerhalb Südtirols, wo unsere Patienten mehr aufbewahrt als behandelt wurden.

Erst in den siebziger Jahren sind nach und nach öffentliche Strukturen entstanden. Dies geschah meist dort, wo vorher Privatvereine aktiv waren und wo vonseiten der Betroffenen ein starker Druck ausging.

Mein Arbeitsplatz ist in einer dieser sozialen Einrichtungen. Sie hat sich aus einer privaten und einer halböffentlichen Körperschaft entwickelt und ist jetzt dem Gesundheitsdienst, den sogenannten Sanitätseinheiten, eingegliedert worden.

Als Psychologin bin ich zusammen mit anderen Fachleuten in einem bestimmten geographischen Gebiet für die Behandlung und Rehabilitation jener Menschen, die eine Behinderung haben, zuständig.

Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt in der Beratung der Familien, der Schule und der interdisziplinären Zusammenarbeit im Team.

Daneben tauchen immer wieder neue Aufgabengebiete auf.

Ein weiterer Schwerpunkt ist nach wie vor die Sensibilisierung der Bildungsinstitutionen und der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Behinderten-Integration.

Das ist ein schwieriges Unterfangen. Die großen nationalen Reformbewegungen der letzten zehn Jahre, wie die Einbeziehung der Pflichtschule mit ihrer gesetzlichen Verankerung der Integration und die Gesundheitsreform, haben bisher in Südtirol kaum eingeschlagen. Die italienische Gesetzgebung wird zum Teil rein äußerlich angewandt, zum Teil im Namen der politischen Autonomie boykottiert. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit, die gerade die Autonomie bietet, halbherzige soziale Reformen besser abzuschern.

Dennoch stellen diese nationalen Gesetze einen Anhaltspunkt dar, um auch bei uns soziale Probleme anzugehen und eine Bewußtseinsänderung einzuleiten.

Die notwendige Information der Bevölkerung unterliegt jedoch einer starken Kontrolle vonseiten der Obrigkeiten und der herrschenden Medien.

Wer hier etwas erreichen will, braucht strategisches Denken und taktisches Vorgehen. Durchsetzungsvermögen und offensives Handeln sind notwendig. In meiner vorwiegend weiblichen Rollenerziehung waren diese Fähigkeiten nicht im Programm. Ich war mehr auf alternative Arbeits- und Kommunikationsformen ausgerichtet. Meine Leitvorstellungen waren kooperatives Handeln, absolute Ehrlichkeit, Betroffenheit.

Aber was nützte es mir, wenn ich mit traditionellen Größen wie Autorität, Macht und Konkurrenz nicht zurechtkam und meine Ziele und Bemühungen auf der Strecke blieben?

Also mußte ich wohl oder übel lernen, mich zu wehren.

Ich durfte auch nicht davor zurückschrecken, mich in bestimmten Situationen männlicher Tricks zu bedienen.

Neben diesem persönlichen Programm in Richtung größere Selbstbehauptung haben mir vor allem beruflich-private Kontakte geholfen zu überleben. Dazu zählte ich Erfahrungen mit Arbeitskollegen und Betroffenen deutscher und italienischer Muttersprache, sowie Kontakte nach Österreich und Deutschland.

Ohne sie wäre es mir unmöglich durchzuhalten und der Arroganz und der Dummheit, die mir immer wieder begegnen, die Stirne zu bieten.

Familie und Zukunft

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt in meinen Erfahrungen mit dem Beruf ist die Tatsache, daß ich nicht den vollen Stundenplan, sondern nur 30 Wochenstunden arbeite. Wir hatten die Teilzeitarbeit bei reduziertem Gehalt noch im alten Betrieb durchgesetzt und gesetzlich verankert bekommen. Mit dem Übergang unseres Dienstes an die Sanitätseinheit wollte man uns dieses erworbene Recht wieder nehmen, und wir wissen nicht, wie die Angelegenheit für uns ausgehen wird.

Das hängt über mir wie eine Art Damoklesschwert, denn nur in dieser Dreiviertel-Beschäftigung kann ich Beruf und Familie miteinander verbinden. Hausarbeit und Kind werden dabei von meinem Partner genauso mitgetragen. Bei einer 40-Stunden-Woche ginge die Rechnung allerdings nicht mehr auf.

Mich für einen vollen Stundenplan oder das Hausfrauendasein entscheiden zu müssen, wäre gleichermaßen unbefriedigend.

Dabei muß ich mich zu den privilegierten Frauen rechnen, die einen Arbeitsplatz haben, der bei Schwangerschaft und Geburt eines Kindes die vergleichsweise besten Bestimmungen aufweist.

Die Mehrheit der Frauen in Europa ist von so einer Regelung weit entfernt. Wenn wir erst über unsere industrialisierte Welt hinausblicken, dann merken unsere Probleme fast pervers an. Armut, Hunger und Krieg quälen Millionen Frauen.

Während wir hier allmählich beginnen, uns um unsere eigene und unserer Kinder Zukunft berechnende Sorgen zu machen, haben andere Millionen Menschen in diesem Augenblick schon keine Zukunft mehr.

via Rasella-Str.

Die Südtiroler Polizeiregimenter 1943 – 1945 und das Attentat in der via Rasella

I. VORBEMERKUNG

Der 23. März 1944: Das Attentat in der Via Rasella in Rom forderte 33 Todesopfer, alles Südtiroler und Mitglieder des Polizeiregimentes Bozen, III. Bataillon. Die deutsche Vergeltung für dieses von italienischen Partisanen durchgeführte Attentat kam prompt: Für jeden toten Polizisten wurden 10 Geiseln erschossen; die Fosse Ardeatine wurden zum Massengrab. 40 Jahre sind seit diesem Geschehen verlossen und noch heute erregt man Ärgernis, wenn man es wagt, über die nahe Vergangenheit zu forschen, Hintergründe zu hinterfragen, Aussagen kritisch zu beleuchten. Noch immer (oder immer mehr?) versucht man sich gerade auch in Südtirol hinter der lapidaren Feststellung zu verschanzen „Es ist alles vorbei, lassen wir die Vergangenheit ruhen“.

40 Jahre danach: Inmitten der Heldenfeiern, der Beweihräucherung der Vorgänge in Jahre 1809, steht für uns ein Ereignis, das brisante Fragen aufwirft: Die Rekrutierung älterer Südtiroler in den Jahren 1943–1945, das Attentat in der Via Rasella, Fragen zum Partisanenkampf, Legitimität von Geiseler-schießungen, die Rolle der Kirche usw.

II. DIE SÜDTIROLER POLIZEIREGIMENTER 1943–45

Die Landung der Alliierten auf Sizilien (10.7.43), der Sturz Mussolinis (25.7.43) und die deutscherseits damit verbundenen Befürchtungen eines italienischen Führungswechsels führten zu einer verstärkten deutschen Militärpräsenz in Italien. Als Italien am 8.9.43 tatsächlich einen Waffenstillstand mit den Alliierten einging, gelang es der deutschen Wehrmacht, innerhalb von 36 Stunden, das gesamte Land in die eigene Gewalt zu bringen. Aus Rücksicht auf Mussolini, der am 15.9.43 wieder die „Leitung“ der faschistischen Partei übernommen hatte, wurde aus den Provinzen Bozen, Trient und Belluno die Operationszone „Alpenvorland“ gebildet, die zwar nominell zu Italien gehörte, aber einem von Hitler ernannten „Obersten Kommissar“ (Franz Hofer) unterstand. Die Bewohner Südtirols, zu einem Großteil infolge der Option deutsche Staatsbürger, wurden nun in die braune Maschinerie eingegliedert. Zuerst wurden aus politischen Erwägungen heraus nur Optanten zur Kriegsdienstleistung herangezogen; am 1.10.43 wurde die Errichtung der Südtiroler Polizeiregimenter anbefohlen. Das zunächst aufgestellte Regiment wurde Polizeiregiment (Pol. Rgt.) „Südtirol“, 4 Wochen später Pol. Rgt. „Bozen“ genannt und wurde fast zur Gänze von Optanten gebildet. Die Aufrufe zur freiwilligen Stellung waren vorher allerdings von der Bevölkerung weitgehend ignoriert worden, so daß schließlich zwangsrekrutiert wurde; diese Zwangsrekrutierung wurde von den offiziellen Stellen jedoch als freiwillige Stellung deklariert.

Um des in Südtirol noch brachliegenden „Menschenmaterials“ habhaft zu werden, und vor allem um auch die Dableiber – widerrechtlich – zum Kriegsdienst zu zwingen, wurde am 6.11.1943 vom „Obersten Kommissar“ Hofer eine entsprechende Verordnung erlassen. Unter den Optanten rief diese Verordnung Genugtuung hervor (Text der Verordnung und die Reaktionen siehe nebenstehend).

Ab diesem Zeitpunkt war die Stellung zum Kriegsdienst nun auch offiziell nicht mehr freiwillig; es entfiel somit die noch bei der Bildung des Pol. Rgt. „Bozen“ festgestellte Zwangsfreiwilligkeit.

Ab 6.1.1944 wurden durch eine neue Verordnung des „Ober-

Verordnung des obersten Kommissars der Operationszone Alpenvorland (6.11.1943)

Verordnung

Über die Ableistung des Kriegsdienstes in der Operationszone Alpenvorland (Provinzen Bozen, Trient und Belluno).

- § 1: Alle männlichen Angehörigen der Jahrgänge 1924 und 1925 sind zur Ableistung des Kriegsdienstes verpflichtet.
- § 2: Als Kriegsdienst gemäß § 1 gilt die Dienstleistung bei:
der Organisation Todt (OT),
dem Sicherungs- und Ordnungsdienst in der Prov. Bozen (SOD),
dem Sicherungsvorband Trient (CST) und ähnlichen Sicherungsverbänden,
der Polizei,
der Waffen-SS und
der Wehrmacht
oder den Verbänden der neuen italienischen Wehrmacht.
- § 3: Die Kriegsdienstpflichtigen haben die Möglichkeit, bei ihrer Einberufung zu erklären, bei welchem der unter § 2 aufgeführten Verbände sie ihrer Dienstpflicht genügen wollen. Soweit die organisatorische Möglichkeit dies zuläßt, wird dieser Erklärung Rechnung getragen werden.
- § 4: Die näheren Durchführungsbestimmungen werden von mir gesondert erlassen.

Bozen, den 6. November 1943

Der Oberste Kommissar
Franz Hofer

Am 6. Jänner 1944 wurde durch neuerliche Verordnung die Dienstpflicht auf alle männlichen Angehörigen der Jahrgänge 1894 bis 1926 ausgedehnt.

Reaktionen auf die Verordnung

Die Reaktionen auf diese Verordnung kennzeichnet wohl am besten der Lagebericht vom 26. November 1943 des Befehlshabers im Sicherheitsgebiet Alpenvorland:

„Die Verordnung des Obersten Kommissars vom 6. November 1943, nach der die Heranziehung zum Kriegsdienst ohne Unterschied der Volksgruppenzugehörigkeit erfolgen soll, hat vor allem unter den deutschen Optanten große Befriedigung hervorgerufen. Es wird dadurch die Mißstimmung beseitigt, die sich durch die Meinung ergeben hatte, daß nur Optanten zum Kriegsdienst herangezogen werden, während die 'Dableiber' (die volksdeutschen Optanten für Italien) und auch die italienische Bevölkerung nicht erfaßt würden.“

sten Kommissars' auch alle männlichen italienischen Staatsangehörigen der Jahrgänge 1894 - 1926 eingezogen. In der Folge wurden drei weitere Südtiroler Pol. Rgt. gebildet:

Im Mai 1944 entstand das Pol. Rgt. „Alpenvorland“, im Oktober 1944 die Pol. Rgte. „Brixen“ und „Schlanders“. Die Pol. Rgte., deren höhere Dienstgrade reichsdeutscher Herkunft waren, sollten eigentlich Polizeiaufgaben wahrnehmen, wurden aber bald der deutschen Praxis entsprechend zur „Bandenkämpfung“ in Oberitalien eingesetzt. Besonders das Pol. Rgt. Bozen, das zum Großteil aus Östanten bestand, war in den Einsatzorten in den Provinzen Belluno und Udine ziemlich beschäftigt. In den anderen Rgt. war der Anteil an Dableibern zunehmend höher; diese nahmen z.T. bald Kontakte zu den Partisanen auf, das zuletzt aufgestellte Rgt. Brixen verweigerte sogar die Eidesleistung und wurde noch im März 1945 straiweise an die Ostfront verlegt.

Ein Wort noch zur Umbenennung der Pol. Rgt. in „SS-Pol. Rgte.“. Mit dem Erlass vom 24.2.1943 erhielten alle Pol. Rgte. in Anbetracht „ihres tapferen Einsatzes“ die Bezeichnung „SS-Pol.Rgt.“. Die Benennung der Südtiroler Pol. Rgte. ist als rein formaler Akt anzusehen, der weder die Identität der Truppen noch die Identität der ihnen zumeist unter Zwang angehörenden Polizisten veränderte.

III. DAS ATTENTAT IN DER VIA RASELLA IN ROM AM 23. MÄRZ 1944

Am 6.1.1944 wurde das III. Bataillon (Btl.) des Pol. Rgt. Bozen von Bozen nach Gossensaß verlegt, vom 12. bis 19.2. erfolgte mittels Autobussen der Abtransport nach Rom. Bereits am 22.1.1944 waren die Alliierten im Rücken der Deutschen in Nettuno gelandet, die Schlacht von Monte Cassino strebte ihrem Höhepunkt zu. In dieser Lage war Rom mittels Führerbefehl zur „Offenen Stadt“ erklärt worden, um sie vor Zerstörungen zu bewahren bzw. um internationale Verwicklungen durch eine ungewollte Einbeziehung des Vatikans in die Kampfhandlungen zu vermeiden. Lediglich Einheiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung sollten in der Stadt verbleiben; eine solche Aufgabe hatte das Pol.Rgt. zu erfüllen.

Inzwischen war es zur Gründung des „Comitato di Liberazione Nazionale“ (CLN) unter der Leitung des Politikers aus vorfaschistischer Zeit Bonomi gekommen. Der Militärausschuß des CLN bestand aus Giorgio Amendola für die Kommunistische Partei, Sandro Pertini für die Sozialistische Partei und Riccardo Bauer für den liberaldemokratischen „Partito d'Azione“. Von den Guerillatruppen „Gruppi Azione Partigiana“ (GAP) war anlässlich der Feier des 25. Jahrestages der „Fasci di Combattimento“ am 25.3.1944 eine größere Aktion geplant, dabei kam man auch auf die 11. Kompanie des Pol.Rgts. BZ zu sprechen. Es wurde nun der Plan entwickelt, in der Via Rasella einen Handkarren der Straßenfeger mit Dynamit zu deponieren und dieses beim Durchmarsch der 11. Kompanie zu zünden.

Der 23. März sollte der letzte Ausbildungstag der 11. Kompanie sein; für den nächsten Tag war bereits ihre Ablösung geplant. Es war schon durchgesehen, daß etwas in der Luft lag, daher wurden die Wachen von den Kasernen bereits am 22. März verstärkt, und der Marsch zum Übungsplatz wurde mit gelandeten Gewehren unternommen. Da das abschließende Übungsschießen etwas länger dauerte, verzögerte sich der Rückmarsch um zwei Stunden, die Kompanie traf erst um 15.35 Uhr in der Via Rasella ein. Dort explodierte dann um 15.45 Uhr die Dynamitladung, die unter der 156 Mann starken Kolonne ein schreckliches Blutbad anrichtete: 32 Tote (ein Verwundeter starb später, somit 33 Tote) und zahlreiche Verletzte lagen am Boden. Anfänglich wurde ein Luftangriff vermutet, daher begann eine wilde Schießerei, erst dann wurde die Straße abgeriegelt, aber die Partisanen waren bereits entflohen. In kurzen Abständen trafen nun hohe faschistische Würdenträger, darunter der Polizeipräfekt Caruso und Innenminister Buffarini-Guidi sowie der deutsche Konsul Möllhau-

Kommunistischer Terroranschlag
32 Südtiroler Polizeisoldaten in Rom aus dem Hintergrund
gemeuchelt.

BZ Bozen, am 27. März 1944 -- Wie 23. März dieses Jahres wurde in Rom von kommunistischen Partisanen aus dem Hinterhalt ein heftiger Anschlag gegen deutsche Polizeieinheiten ausgeführt. Gegen eine Kompanie einer bei der in Rom liegenden Polizeieinheit aus Südtirol, die nach Rom durch die Straßen der Stadt in ihrer Uniformen zweckmäßigste, wurde ein Sprengstoffattentat verübt, dem 32 aus Südtirol stammende Angehörige der Deutschen Polizei zum Opfer fielen.

Die Helmer der Gefallenen in der Empörung über diese von Hitler und seinen ungeliebten Parteigängern angeordnete Ermordung begriffen, wie das gesamte deutsche Volk, das ihren tapferen Söhnen, den den Ringen von Seid oder Stahle die Doler liebte, in ihrer stolzen Haltung betroffen, die aus dem Mord erschöpfte, den Tod der Kameraden als eine heilige Verpflichtung zu nehmen, den Kampf, in dem sie das Leben gaben, nur mit einem völligen Siege über die Feinde nach ein Diktum und eine besseren vaterländischen Gedanke zu beenden. In diesem Sinne haben wir heute voll Mithrasfüß an der Stelle der Angehörigen aus Südtirol, die in Rom getöteten Kameraden, die dort ihre der Helmer auf dem heiligen Gefechtsfeld ruhen. Wir hoffen die Götter und großen die Lohn, denn: Sieben ebensinnig unvoll war, wie der Tod nicht, die in Kampf auf Mithrasfüß der Seil aus Helmer ihr Leben geben.

sen, der deutsche Stadtkommandant General Mältzer, SS-Standartenführer Eugen Dollmann und SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler am Tatort ein.

IV. DIE VERGELTUNG

Mältzer reagierte völlig hysterisch, ließ die Bewohner der umliegenden Häuser auf die Straße treiben, wollte zahllos erschossen lassen und verlangte, das gesamte Viertel zu sprengen. Kappler übernahm dann nach seinem Eintreffen sofort die Leitung aller weiteren Maßnahmen.

Hitler, über das OKW benachrichtigt, ordnete die Erschießung von 40 - 50 Italienern je Gefallenen sowie die Sprengung des Viertels an. General Mackensen, Oberbefehlshaber der 14. Armee, schlug einen Schlüssel 10 zu 1 vor und forderte, nur todeswürdige Kandidaten auszuwählen. Generalfeldmarschall Kesselring, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe SÜD-WEST, schloß sich dem an, verlangte aber, daß der Befehl binnen 24 Stunden vollstreckt werde. In der Nacht machte sich Kappler daran, die Liste der zu erschießenden Geiseln zu erstellen. Es gab aber viel zu wenige „todeswürdige Kandidaten“, also mußte er auf Juden und Kommunisten zurückgreifen. Damit wurde eine Zahl von 269 Geiseln erreicht, es fehlten also immerhin noch 60. Diese wurden dann einfach zahllos aus den übrigen nicht politischen Gefangenen des Gefängnisses Regina Coeli ausgewählt, so überhastet, daß man fünf Leute zufiel mitnahm, und die dann ebenfalls erschoss. Mittlerweile wurde die Frage besprochen, wer eigentlich die Geiseler-schießung durchzuführen hätte. Als betroffene Einheit wäre diese Aufgabe eigentlich der 11. Kompanie des Pol. Rgt. zugefallen. Doch der Btl.-Chef Major Dobrick lehnte dies mit dem Hinweis ab, daß es sich um Männer älterer Jahrgänge mit starker christlicher Weltanschauung handelte, die einer solchen Aufgabe nicht standhalten könnten. Die Männer selbst wurden nicht befragt, wohl aber soll der Hauptmann der außerhalb Roms stationierten 9. Kompanie Freiwillige für die Erschießung gesucht, aber nicht gefunden haben. Da alle Seiten die Verantwortung abzuwälzen versuchten, beschloß Kappler, die Aktion durch die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte des Sicherheitsdienstes (SD), insgesamt 12 Offiziere, 60 Unteroffiziere und ein SS-Mann, durchzuführen. Nachdem Kappler den geeigneten Standort für die Erschießungen gefunden hatte, nämlich die zahlreichen Tuffsteinhöhlen außerhalb Roms, begann der Abtransport der Geiseln. Um ca. 14.00 Uhr des 24.3.1944, also fast genau 24 Stunden nach dem Attentat, begann das Massaker in der Fosse Ardeatine. Die Opfer wurden einzeln durch Genickschuß getötet, die ganze Aktion dauerte bis 20 Uhr. Anschließend



Am 28. März 1944 sind in Bogen folgende Wehrsoldaten einem von Kommunisten herbeigeführt aus dem Hinterland ausgeübten Anschlag zum Opfer gefallen.

| Nr. | Nr. | geb. | Nr. | Nr. | geb. |
|-----|-----|------------|-----|-----|------------|
| 1 | 2 | 31. 4. 02 | 1 | 2 | 31. 12. 18 |
| 2 | 3 | 8. 1. 14 | 3 | 4 | 8. 3. 12 |
| 3 | 4 | 8. 8. 08 | 5 | 6 | 27. 9. 18 |
| 4 | 5 | 8. 6. 13 | 7 | 8 | 14. 12. 08 |
| 5 | 6 | 12. 7. 01 | 9 | 10 | 8. 6. 10 |
| 6 | 7 | 12. 11. 12 | 11 | 12 | 21. 12. 07 |
| 7 | 8 | 17. 11. 04 | 13 | 14 | 3. 6. 04 |
| 8 | 9 | 19. 12. 12 | 15 | 16 | 13. 3. 08 |
| 9 | 10 | 18. 10. 13 | 17 | 18 | 4. 7. 11 |
| 10 | 11 | 28. 1. 15 | 19 | 20 | 11. 7. 08 |
| 11 | 12 | 2. 6. 12 | 21 | 22 | 11. 5. 11 |
| 12 | 13 | 15. 11. 07 | 23 | 24 | 26. 9. 18 |
| 13 | 14 | 29. 8. 04 | 25 | 26 | 10. 9. 02 |
| 14 | 15 | 1. 5. 17 | 27 | 28 | 19. 1. 14 |
| 15 | 16 | 30. 4. 06 | 29 | 30 | 23. 4. 11 |
| 16 | 17 | 13. 8. 10 | 31 | 32 | 13. 11. 07 |

Hoch Ihre Kameraden haben für 3 1/2 Jhr. und noch mehr Ihr Opfer (für eine Dreifachlösung)

Franz Hofer

Oberster Kommandeur

für die Operationszone Alpenvorland

Bogen, am 28. März 1944.

wurde der Höhleneingang von Pionieren gesprengt und versucht, die Spuren zu verwischen. Hier liegt wohl eine der größten Paradoxien im Verhalten der deutschen Besatzer vor: Einerseits verlangt man eine möglichst auffällige, großangelegte Repräsentation, zum anderen versucht man, diese zu verdecken, um den Haß und die Verzweiflung der Bevölkerung nicht noch weiter anzuhetzen.

V. DISKUSSIONEN UND WERTUNGEN

Der Partisanenkampf

Seit den grausamen Vergeltungsmaßnahmen der Besatzer ist die Diskussion um die moralische Legitimität des Attentats nie ganz verstummt. Dabei geht es vor allem um grundsätzliche Erwägungen über Partisanentätigkeiten in besetzten Gebieten, wie sie während des II. Weltkrieges in zahlreichen Ländern Europas, in Polen, Holland, Norwegen, Frankreich, Tschechoslowakei, Griechenland, Jugoslawien, Rußland usw. gang und gäbe waren. Vom Rechtsstandpunkt aus ist das Problem durchaus nicht eindeutig und auch heute, nach den Erfahrungen der zahlreichen „Befreiungskämpfe“ in der Dritten Welt, immer noch nicht endgültig geklärt. Vom Standpunkt der überannten und vergewaltigten Völker aus lassen sich jedoch klare Schlüsse ziehen.

Nicht außer Acht gelassen werden darf der militärische Aspekt des Partisanenkampfes. In Italien band er 6 bis 8 der insgesamt 26 deutschen Divisionen und daneben den Großteil der faschistischen Einheiten. Ein Viertel bzw. Drittel der Deutschen Wehrmacht in Italien fehlte also an der Front, ganz zu schwe-

gen von den Partisanenbewegungen in Rußland und Jugoslawien, die ganz andere Ausmaße angenommen hatten und noch viel größere Truppenverbände im Hinterland „festnagelten“

Legitimität von Geislerschließungen

Die zweite Frage gilt der Legitimität der Geislerschließungen als Reaktion auf „terroristische Anschläge“. Laut „Haager Landkriegsordnung“ aus dem Jahre 1907 sind Geiselnahme und Hinrichtungen von Geiseln erlaubt. SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler wurde daher 1948 von einem italienischen Militärgericht N. U. R. wegen der Hinrichtung der überlebenden 5 Geiseln zu lebenslanger Haft verurteilt. Fünf Jahre später berichtete der Kassationsgerichtshof in Rom das Urteil und erklärte, daß sich Kapplers Aktion keineswegs durch internationale Konventionen rechtfertigen lasse. Die „Haager Landkriegsordnung“ sieht nämlich ausdrücklich vor, daß sie auf Zivilisten und Unbeteiligte nicht angewandt werden darf (HLKO, Art. 50). Kappler wurde daher wegen Mordes in 335 Fällen zu lebenslanger Haft verurteilt.

Auch die Frage der militärischen Notwendigkeit des Attentats wurde und wird immer wieder aufgeworfen. Damals war Krieg, in Rom herrschten unglaubliche Zustände, die Deutschen führten sich auf wie in einer eroberten Stadt, und die Freiheitskämpfer fühlten sich verpflichtet, den Feind zu treffen, wo immer sich die Möglichkeit dazu bot. Eine deutsche Kompanie, die täglich in voller Ausrüstung und mit Gesang durch die angeblich „offene Stadt“ Rom marschierte, mußte geradezu als Herausforderung empfunden werden, und auf eben diese Herausforderung haben die Partisanen reagiert.

Dichiarazione del Comando dei Gruppi d'Azione Patriottica

1) Contro il nemico che occupa il nostro suolo, saccheggia i nostri beni, provoca la distruzione delle nostre città e delle nostre contrade, affama i nostri bambini, razza i nostri lavoratori, tortura, uccide, massacrà: uno solo è il dovere di tutti gli italiani: colpito, senza esitazione, in ogni momento, dove si trovi, negli uomini e nelle cose. A questo dovere si sono consacrati i Gruppi di Azione Patriottica.

2) Tutte le azioni dei G.A.P. sono dei veri e propri atti di guerra che colpiscono esclusivamente obiettivi militari tedeschi e fascisti, contribuendo a risparmiare così altri bombardamenti aerei sulla capitale, distruzioni e vittime.

3) L'attacco del 23 marzo contro la colonna della Polizia tedesca, che sfilava in pieno assetto di guerra per le strade di Roma, è stato compiuto da due gruppi di G.A.P. usando la tattica della guerriglia partigiana: sorpresa, rapidità, audacia.

4) I tedeschi, sconfitti nel combattimento di via Rasella, hanno sfogato il loro odio per gli italiani e la loro ira impotente uccidendo donne e bambini e fucilando 320 innocenti. Nessun componente dei G.A.P. è caduto nelle loro mani né in quelle della Polizia italiana.

I 320 italiani, massacrati dalle mitragliatrici tedesche, sfigurati e gettati nella fossa comune, gridano vendetta. E sarà spietata e terribile! Lo giuriamo!

5) In risposta all'odierno comunicato bugiardo ed intimidatorio del Comando tedesco, il Comando dei G.A.P. dichiara che le azioni di guerriglia partigiana e patriottica in Roma non cesseranno fino alla totale evacuazione della Capitale da parte dei tedeschi.

6) Le azioni dei G.A.P. saranno sviluppate fino all'insurrezione armata nazionale per la cacciata dei tedeschi dall'Italia, la distruzione del fascismo, la conquista dell'Indipendenza e la Libertà!

Roma 26 marzo 1944.

Il Comando dei Gruppi d'Azione
Patriottica - (G. A. P.)

Oft werden auch Überlegungen laut, wenn sich die Partisanen gestellt hätten, wäre es nie soweit gekommen. Davon begann die römische Öffentlichkeit sehr bald zu sprechen, denn am 25. März, also 2 Tage nach dem Attentat, konnte im „Osservatore Romano“ folgendes gelesen werden: „32 Opfer auf der einen Seite; auf der anderen 320 (sic!) Personen für die flüchtigen Schuldigen geopfert“. Dazu läßt sich zum einen feststellen, daß von seiten der Partisanen nicht mit einer solchen Reaktion gerechnet wurde, denn es war schon zu mehreren Anschlägen auf deutsche Einrichtungen oder Truppenglieder gekommen, ohne daß die Deutschen auch nur annähernd so reagiert hätten. Die üblichen deutschen oder faschistischen Repressionsmaßnahmen (Verschleppung, Folter, Erschießung) waren ohnedies bereits von einer bis dahin in Rom unbekannteren Härte und Grausamkeit. Zum anderen erfuhr die Öffentlichkeit erst am 25. März durch die Presse vom Attentat und der anschließenden Geislerschießung; denn erst am 24. März um 22.55 Uhr verbreitete die halbamtliche Nachrichtenagentur „Stefani“ die Nachrichten an die Medien. Da war nie die Rede von pausenlosen Rundfunkaufrufen zur freiwilligen Stellung – wie heutige Journalisten und Leserbriefschreiber wissen wollen – die Geiseln waren zu diesem Zeitpunkt bereits tot und eine Stellung der Attentäter hätte nur eine sinnlose Gefährdung der gesamten Widerstandskolonie ergeben.

Verhalten der Kirche

Weiters: Hitzige Diskussionen ergeben sich darüber, ob nicht vielleicht eine entschiedene Einflussnahme des Vatikans die schlimmsten Auswirkungen verhindern hätte können. Dies erscheint uns eher unwahrscheinlich, wenngleich nicht unmöglich! Gegen dieses Argument sprechen vor allem die deutschen Haß- und Rachegefühle, sowie die rasende Eile, mit der SD-Chef Kappler die Auswahl der Geiseln und deren Ermordung vorantrieb. 22 Stunden nach dem Attentat begann bereits das Massaker (ca. 14.00 Uhr) und um 20.00 Uhr war es beendet. Robert Katz, ein amerikanischer Autor, behauptet in seinem Buch „Tod in Rom“ (1967) gewagt, die Massenhinrichtung hätte nicht stattgefunden, wenn Papst Pius XII. bereit gewesen wäre, für die 32 Attentatsopfer eine hl. Messe zu lesen. Das Buch wurde 1973 unter dem Titel „Das Massaker“ (ital. „La rappresaglia“) mit Richard Burton und Marcello Mastroianni in den Hauptrollen verfilmt, Katz und der Produzent Carlo Ponti landeten kurz darauf vor Gericht: Durch die Aussage, der Papst habe von der Geislerschießung gewußt aber nichts getan, um sie zu verhindern, wurde ihnen „Verleumdung des Papstes“ zur Last gelegt. Nach neunjähriger Prozedurdauer wurde R. Katz vor kurzem endgültig zu 13 Monaten Haft bedingt verurteilt. Über das Verhalten des Papstes in der Zeit während und nach dem II. Weltkrieg wird auch in Zukunft gestritten werden: Erst im Februar 1984 meldete der „Spiegel“, unter dem Hinweis auf das endgültige Urteil gegen Katz, daß in den USA neues Belastungsmaterial gegen Pius XII. aufgetaucht sei. Demzufolge habe der Vatikan nach dem II. Weltkrieg flüchtigen Nazis gehoffen, ihnen die Einreise in Staaten fern der Gerichte Europas erleichtert und ermöglicht.

Politische Dimensionen

Soweit einige historische Aspekte; gleichzeitig haben aber die Ereignisse in der Via Rasella und in den Fosse Ardeatine bis heute eine politische Dimension bewahrt, die immer wieder an die Oberfläche tritt. Für einen Teil der Interessierten handelt es sich um ein tragisches Ereignis des gesamteuropäischen Freiheitskampfes gegen den nationalsozialistischen Aggressor. Vor diesem Hintergrund reiht sich der Vergeltungsschlag in den Fosse Ardeatine ein in die lange Liste der Massaker von Oradour, Lidice, Novi Sad, Babi Yar und, und, und ..., deren historische Bedeutung und Tragweite von niemandem mehr in Zweifel gezogen wird, außer von der extremsten Rechten, den

Alt- und Neonazis mit ihrer Hauspostille „Deutsche National- und Soldatenzeitung“, um es einmal klar zu sagen.

Dieser Teil der Interessierten kann natürlich für solche Dinge wie Partisanenkampf usw. keinerlei Verständnis aufbringen, denn gerade Partisanen haben mitverhindert, daß jenes tausendjährige Herrenvolk Europa nach seinem Ebenbild und Gleichnis zivilisierter durfte.

Die meisten unserer heimischen Publizisten setzen diesbezüglich die Ereignisse vom März 1944 sehr eindeutig. Da ist dann die Rede vom „... feigen Attentat ... das wahnwitzige Fanatiker ohne jede Notwendigkeit angerichtet hatten ... meuchlings ermordete Südtiroler Polizisten ...“ (Friedl Volgger, Volksbote vom 26.3.1981, S. 3). In regelmäßigen Abständen beschäftigt man sich mit dem Attentat in der Via Rasella, insbesondere dann, wenn es gilt, Jahrestage zu feiern. Zum 20. Jahrestag erschien in den „Dolomiten“ der Artikel „Der Anschlag in der Via Rasella – Vergeltung in den Ardeatinischen Höhlen“ von Graf Anton Bossi Fedrigotti. Dieser versucht das Geschehene zu rekonstruieren, verfällt allerdings, bei einigen guten Ansätzen, in den Stil eines Kriminalromanschreibers, wenn er z.B. schreibt: „... Stahlhelme blinkten, das Graugrün der Polizeiuniformen quoll als dicke, wie aus Guß geformte Masse in die Straßenschlucht. Wieder erfüllte der Soldatengesang die enge Gasse. Er klang hart in den Ohren der Römer, ja müßigend und barbarisch. Dazu hämmerten die Stiefel gegen das Pflaster. Eins ... zwei ... eins ... zwei knarnten sie der Via Quattro Fontane zu, längst staubbedeckt und ächzend ...“ Und dann die Explosion: „... Was jetzt folgte, war der Ausbruch der Apokalypse! In das Aufdröhnen einer furchtbaren Explosion gellten die Aufschreie getroffener Kinder und Frauen ...“ Die Schilderung will dem Leser die damalige Gegenwärtigkeit des Schreibers vermitteln, jede Einzelheit wird zur Tatsache gemacht, ein Wenn und Aber gibt es nicht.

Ein Kapitel für sich bilden die Leserbriefe, die in den letzten Jahren in der Tageszeitung „Dolomiten“ erschienen sind. Unterscheiden muß man hier zwischen Leserbriefschreibern, die zur damaligen Zeit selbst in Rom waren (z.B. Otto Vinatzer und Bossi Fedrigotti), und deren Meinungen und Aussagen respektiert werden müssen, und solchen, die mir oft geradezu lächerlichen Argumenten alle deutschen Beteiligten pauschal von jeder Schuld freisprechen. Auf der anderen Seite kontieren viele (nicht alle!) italienischen Schreiber, die alle deutschsprachigen Südtiroler zu bösen Buben machen. So schreibt man von „Südtiroler-SS-Schergen“, von „freiwilligen Südtiroler SS-Leuten in Rom“ usw. Aussagen, die der historischen Analyse nicht standhalten. Demgegenüber kann man z.B. in einem Leserbrief in den „Dolomiten“ Nr. 77/1979 lesen: „... Die zwei Attentäter bekamen statt einer Strafe hohe Auszeichnungen und Renten. Sie haben zweifellos von den „Roten Brigaden“, die auch damals schon existierten, den Befehl zur Tat erhalten ... Die Tat wurde wohl auch begangen, um die Deutschen für Jahrzehnte oder Jahrhunderte verlicunden und schmähnen zu können ...“

Oder: „... Auch daß man von diesem Attentat Abstand genommen hätte, wenn man gewußt hätte, daß die meisten der Soldaten Südtiroler waren, ist nicht so ohne weiteres abzukaufen, denn der Geist von Tolomei, der auch in den italienischen Geschichtsbüchern waltet, läßt andres alium ...“ (Leserbrief, Dolomiten, Nr. 77/1979).

Gleiche Töne schlägt die Berichterstattung über die Verleihung einer Tapferkeitsauszeichnung an den „Attentäter“ Rosario Bentivegna im Jänner 1982 an. Ausgehend vom Tatbestand, daß diesem eine 1950 zugestandene, dann aus politischen Gründen nicht verliehene silberne Tapferkeitsmedaille endlich ausgehändigt wurde, überbot man sich in moralisierenden Kommentaren, ohne auch nur annähernd den wahren Sachverhalt darzulegen. Damit hatte man den Welschen allgemein und den welschen Kommunisten im besonderen wieder einmal eines ausgewischt.

Ohne näher auf die geschichtlichen Tatsachen einzugehen, übernahmen und übernehmen Nationalisten, leider vor allem

auch deutschsprachige, Positionen, deren polemischer und offener verleuzender Ton die oft schon gespannte Atmosphäre in Südtirol anheizt und die Versuche, das Zusammenleben von drei Volksgruppen in Südtirol auf eine normale Ebene zu bringen, stören.

Besondere Brisanz erlangte die Thematik vor kurzem, genau am 20. Februar 1984, im Kai-Gespräch „Am runden Tisch“. Der stellvertretende Landeskommandant der Südtiroler Schützen und SVP Landtagsabgeordnete Dr. Bruno Hosp vertrat die Ansicht, bei den Tiroler Freiheitskämpfern anno 1809 handle es sich nicht um Partisanen, obwohl sie die gleiche Kampfweise angewandt hätten; denn im österreichischen Besatzergreifungspatent (18. April 1809) und im Schönbrunner Friedensvertrag (14.10.1809) wird eigens auf die Tiroler (Insurgenten) eingegangen. Dies sei gleichbedeutend mit einer Art nachträglicher Legitimierung. Das gelte, laut Dr. Hosp, für die Partisanen der Via Rasella nicht, eine Mär, die untenstehende Abbildung ganz offensichtlich lägen straf!

Reinhold Staffler
Christoph von Hartungen

VALUTAZIONE GIURIDICA dell' attentato di Via Rasella

Una sentenza emanata dal Tribunale civile di Roma il 9 giugno 1950, l'azione dei rappresagliamenti del 23 marzo 1944 contro la compagnia delle SS tedesche in marcia per via Rasella venne giudicata «un legittimo atto di guerra» inquadrato nella lotta condotta dalle forze della Resistenza contro l'Invasore.

Per tanto «né gli organizzatori né gli esecutori possono essere considerati responsabili del massacro commesso dal commando tedesco sotto il nome di rappresaglia».

Questa sentenza venne confermata dalla Corte d'Appello e definitivamente sanzionata dalla sentenza della Corte di Cassazione emanata il 19 luglio 1953 in quanto «ogni attacco contro i tedeschi era una risposta agli appelli del governo legittimo ... e quindi costituiva un atto di guerra riferibile a quello stesso governo».

Das Dokument auf S. 26 entstammt dem Bozner Tagblatt, 28. März 1944, S. 3, jenes auf S. 27 derselben Zeitung, S. 4.

Die Erklärung des GAP-Commandos auf S. 28 ist dem Buch von Rosario Bentivegna: Achtung Banditen! Roma 1944, Mailand 1983, entnommen.

Das obenstehende Dokument „Valutazione giuridica“ stammt aus der Zeitschrift HISTORIA, Nr. 207/1975, S. 46.

ANMERKUNG:

* Kap. 3 und 4 wurden, leicht gekürzt, aus der Arbeit von Ch. Hartungen, R. Staffler, W. Hanni, K. Menapace in SCHLERN, 10/1981, S. 494-516 übernommen.

Ein Fetisch, der in die Vergangenheit weist

Gerhard Mummelter

Ein Referat zur „geistigen Einheit“ und Verschiedenheit

Nicht, weil wir auch unseren Beitrag zu den Erinnerungen an eine ehemalige geografische Einheit leisten wollen – sozusagen den offiziellen Aufrufen folgend, sondern weil wir diesen Text als Diskussionsbeitrag jenseits aller Trauerfeierlichkeiten für interessant halten, wird er hier gedruckt. Gerhard Mummelters Referat, gehalten auf der Zeitschriftentagung in Briken, unter dem Titel „Literarische und geistige Einheit Tirols“, die am 28./29. Jänner auf Einladung der Cusanus-Akademie stattfand, wirft Fragen auf, die sonst im Zusammenhang mit den Festlichkeiten kaum zur Sprache kommen. In diesem Sinn ist er auch ein Ausdruck dieser Tagung, der das Thema „Einheit“ höchstens als Rahmen diente, und in erster Linie ein Informationsaustausch zwischen Kulturinteressierten in Nord- und Südtirol und aller drei Sprachgruppen war.

Das Thema „Die geistige und literarische Einheit Tirols“ behandle ich mit einem gewissen Unbehagen. Die Fragestellung wird uns von einem Gedenkjahr aufoktroziert, das wir nicht erfunden haben und das im Grunde keinen Anlaß zum Feiern bietet. Doch da in diesem Lande das Feiern gang und gäbe ist und das Zelebrieren der Vergangenheit als geeigneter Weg verstanden wird, um auf die Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft zu reagieren, mag es angebracht sein, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen.

Um es mit Norbert C. Kaser auszudrücken: wir sprechen über etwas, das es gar nicht gibt. Denn worin besteht denn diese pantomimische, so lautstark angepriesene Einheit Tirols? Was ist unter diesem Schlagwort überhaupt zu verstehen? Handelt es sich um eine Paralleltät einer kulturellen Entwicklung, ist es die Identifikation mit einer anderen kulturpolitischen Realität? Ist es ganz einfach eine eingebildete geistige Affinität, der eine politische Nostalgie zugrundehegt? Ist es die Projektion politischer Einheitsvorstellungen in den kulturellen Bereich oder etwa die Ansicht, eine gemeinsame ideologische Grundlage stelle bereits eine geistige Errungenschaft dar? Wie verschwommen derartige Begriffe sind, läßt sich er-messen, wenn man dieselbe Fragestellung auf andere Gebiete überträgt. Gibt es eine geistige Einheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich? Läßt sich eine literarische Einheit zwischen Österreich und der Schweiz finden? Es ist klar, daß auf derartige Fragen hunderte verschiedener Antworten möglich sind je nachdem ob man das Thema historisch, kulturgeografisch, heimatkundlich, sprachwissenschaftlich, kunsthistorisch, politisch, religiös oder geisteswissenschaftlich behandelt und je nach Epoche, der man es zuordnet. Die Väter dieses ersprießlichen Gedenkjahres wollen die Frage allerdings rhetorisch verstanden wissen. Eine Verneinung steht nicht zur Diskussion. Und darauf sind wir bereits beim Kern des Problems angelangt, nämlich bei der politischen Funktion des Gedenkjahres. Wenn bei uns von den Werten des Tirolertums und von 1809 die Rede geht, dann heißt das allemal Abwehrkampf. Abwehrkampf gegen alles, was sich nicht bodenständig gebärdet, gegen die Gefährdung der Einheit und der Muttersprache, gegen Unterwanderung durch Andersgesinnte und Anderssprachige. Ich zitiere aus den

„Dolomiten“: „Besinnung auf das, was es zu schützen gilt, auf die Werte, die wir für die kommenden Generationen unseres Volkes erhalten wollen, die in unserer Haltung, ja in unserem ganzen Leben zum Ausdruck kommen sollen. Wer das nicht mit vollzucht, der gehört nicht zu uns. Die großen Gestalten unserer Geschichte sind uns darum immer wieder Vorbild.“

Der Begriff der Einheit, der Sammelpartei, des Zusammenhaltens, das Verteufeln, Ausschließen und Totschweigen Andersdenkender hat in Tirol Tradition. Und nun tut offensichtlich eine Rückbesinnung auf diese Werte des Tirolertums not. Wie das zu funktionieren hat, wird unter anderem in einem Aufruf der SVP-Jonged erläutert, italienische Begriffe sollen von den Speisekarten der Südtiroler Gasthöfe verschwinden, Tirolisches Denken und Handeln soll im Vordergrund stehen. Die Einheit Tirols soll sichtbar gemacht und gelebt werden. Diese kollektive Aufwallung des Tirolertums hat uns gerade noch gefehlt. Ein vom Kulturverlust und vom Massentourismus geprägtes Selbstwertgefühl soll mit der Tünche geistiger Einheit versehen werden.

Wir haben fürwahr viel zu feiern: der Prozeß der kulturellen Verarmung geht weiter, Ausverkauf und Zerstörung der Landschaft halten unvermindert an, die Jugendkriminalität ist unter der deutschsprachigen Landbevölkerung Südtirols um gut 100 Prozent gestiegen, die Spannungen zwischen den Sprachgruppen wachsen, die Zahl der Rauschgifttrotten braucht Vergleiche mit hochindustrialisierten Gebieten nicht zu scheuen. All diese Probleme werden nun mit einem gesamttirolischen Kraftakt in den Hintergrund gedrängt, um einmal mehr anhand des Mythos von 1809 aufzuzogen, daß die Tiroler Mordsburschen sind und sich jederzeit zu helfen wissen. Die Risse im Geschichtsverständnis der Südtiroler müssen gekittet werden. Und weil wir gerade von Geschichtsverständnis sprechen:

Die Schizophrenie der Trennung

Ich hab aus der Vergangenheit einiges gelernt. Ich bin in einer zweisprachigen Stadt aufgewachsen, deren italienischer Teil

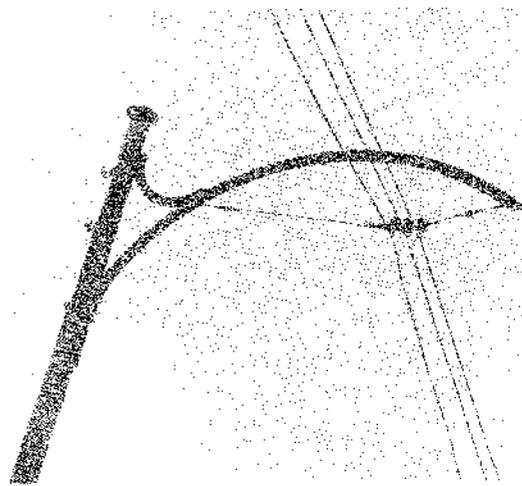
von den Südtirolern als Shanghai bezeichnet wurde. Ich lernte die Italiener als feindliche Besatzungsmacht kennen. Zur Zeit der Sprengstoffanschläge saß mein Vater im Gefängnis. Die unmenschlichen Forderungen der Häftlinge steigerten meine Abneigung gegen die Italiener. Erst viele Jahre später begriff ich, wie absurd diese Einteilung in gute Südtiroler und böse Italiener war. Ich begriff den schizophrenen Aspekt dieser ethnischen Auseinandersetzung und die Geisteshaltung jener, die sich auf Europa beriefen, aber nicht instande waren, Europa vor der eigenen Haustüre zu realisieren, die Montanität all jener, die den Schutz der Minderheit forderten, aber die Minderheiten im eigenen Lager mit Füßen traten. Ich begann, die Widersprüche der Südtiroler Geschichtsauslegung zu begreifen. Gewiß, ich benötigte einige Zeit, um zu verstehen, warum all jene, die Gegner der Faschisten waren, auch gegen die Partisanen wuteten. Doch ich begriff schließlich, daß Südtirol der einzige Landstrich Europas war, in dem die Nazis gleichzeitig militante Antifaschisten waren. Und ich brauchte einige Zeit, bis ich begriff, warum die Südtiroler ständig über ihre Unterdrückung durch den Faschismus redeten, aber über das Naziregime beharrlich schwiegen, das Hunderte Südtiroler in die Konzentrationslager brachte und einen ungleich höheren Tribut an Menschenleben forderte. Es sind erst vier Jahrzehnte vergangen, seit sich Optanten und Nichtoptanten südlich des Brenners eine erbitterte Auseinandersetzung lieferten. Über all das heute den Teppich der geistigen Einheit Tirols breiten zu wollen, ist nicht nur lächerlich, sondern auch Ausdruck intellektueller Hilflosigkeit.

Denn eine geistige Einheit hat es in den letzten Jahrzehnten weder in Südtirol noch in Nordtirol gegeben. Der Gegensatz etwa zwischen dem liberalen Bürgertum der Städte und den Bauern wurde zwar durch die Gründung der Sammlungspartei übertüncht, aber nicht aufgehoben. Es war eben notwendig, sich über kulturelle und ideologische Gegensätze hinweg gegen einen Staat zusammenzuschließen, dessen Autonomieverständnis gleich null war.

Ich weiß nicht so recht, was meine Generation mit dem Bundesland Tirol verbindet. Ich habe zwei Jahre in Österreich studiert, aber Innsbruck nur selten besucht. Ich fahre oft nach Österreich, meistens nach Wien, wo ich mich sehr wohl fühle, seltener nach Graz und Klagenfurt, öfters ins Burgenland, dessen Landschaft mich fasziniert. Ich beschäftige mich viel mit österreichischer Literatur und bin mit vielen Autoren befreundet, doch hat das Ganze mit Tirol kaum etwas zu tun. Ich habe sehr liebe Freunde in Innsbruck, doch sind sie gewiß nicht deshalb meine Freunde, weil sie Tiroler sind. Wir fühlen nie den Drang, Verbündete über Grenzen hinweg zu leihen. Mein Verhältnis zu Osttirol ist etwas intensiver, weil es dort eine menschlichere Dimension gibt und die Landschaft unzerstört ist.

Zu etwas bekennen, was es für mich nicht gibt

Wir sollen uns – so heißt es in einem der zahllosen Aufrufe – zur Einheit Tirols bekennen. Wie ich mich zu etwas bekennen soll, das für mich gar nicht existiert, weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß es wenige Gebiete in Europa gibt, in denen ein derart geprägter Bekennerkomplex herrscht. Sich bekennen, sich opfern, sich zugehörig fühlen, sich einsetzen für, Vorkämpfer sein für, marschieren für, sich einordnen ... dieser Jargon begleitet uns seit Jahren. Doch weder meine Freunde nördlich des Brenners noch ich benötigen Fahnen, Aufmärsche, Trachten, Uniformen oder blaue Schürzen, um unsere Identität kundzutun. Heimatbewußte Südtiroler tragen neuerdings ein Steirergewand, obwohl es so etwas bei uns früher nie gegeben hat. Dieser Drang, sich auch im äußeren Erscheinungsbild zur



Volksgruppe zu bekennen, indem man sich von der Mitmenschen abhebt, geht mir Gottseidank ab. Ich muß mir nicht täglich vorsagen, daß ich ein guter Tiroler bin, um zu wissen, woher ich stamme. Meine Identität ist nicht so angekratzt, daß sie täglich aufpoliert werden muß, schon gar nicht durch rassistische Sprüche.

Die Probleme des Zusammenlebens mit den Südtirolern italienischer Muttersprache – und als solche bezeichne ich alle, die hier geboren sind, sich hier wohlfühlen und denen die Zukunft dieses Landes am Herzen liegt – beschäftigt mich wesentlich mehr als die Beziehungen zwischen den Landtagen Nord- und Südtirols, die wegen der ausgiebigen Festessen relativ kostenintensiv sind. Seien wir doch ehrlich: die große Liebe zwischen den Tirolern nördlich und südlich des Brenners ist ein Phantasiegebilde. Die häufigsten Berührungspunkte sind Skipisten und Törggellelokale. Dort findet – beschäftigt mich wesentlich mehr als die Beziehungen zwischen den Landtagen Nord- und Südtirols, die wegen der ausgiebigen Festessen relativ kostenintensiv sind. Seien wir doch ehrlich: die große Liebe zwischen den Tirolern nördlich und südlich des Brenners ist ein Phantasiegebilde. Die häufigsten Berührungspunkte sind Skipisten und Törggellelokale. Dort findet – meistens das Gegenteil von Verbündeter statt. Auch der Kulturaustausch hält sich dort sichtlich in Grenzen. Und wenn der Südtiroler heimkommt und der Wasserhahn tropft, ruft er den Hydrauliker, während der Nordtiroler nach einem Installateur sucht. Gewiß, wir haben nur eine Landesuniversität, die Leuten wie Eugen Thurnher jahrelang dazu diente, das kulturelle Leben der südlichen Landeshälfte nachhaltig zu befruchten. Die hartnäckige Weigerung der verantwortlichen Politiker, in Südtirol eine universitäre Einrichtung zu schaffen, ist ein Beispiel politischer Kurzsichtigkeit, dessen Folgen nicht ausbleiben werden. Die Furcht vor der geistigen Auseinandersetzung, die Angst – wenn man auf die höheren kulturellen Ansprüchen war noch nie ein guter Berater. Ein kulturell unbewältigtes und nicht hinterfragtes Autonomiemodell, in dem auf Eigendynamik und Kreativität ängstlich oder gereizt reagiert wird, vertritt die Unsicherheit jener, die dieses Gedenkjahr benötigen.

Solange soziale und kulturelle Belange hinter der ethnischen und nationalen Frage zurückstehen müssen, solange werden wir skeptisch bleiben über die Zukunft dieses Landes. Die Einheit Tirols bringt uns da nicht weiter. Sie ist eine Art Fetisch, der in die Vergangenheit weist. Sie löst keines der Probleme, die heute anstehen.

Gewiß, die so denken, sind eine Minderheit. Vorläufig wenigstens. Doch wenn zwei Ehepartner, die sich in Jahrzehnten der Trennung auseinandergeliebt haben, plötzlich ihre Liebe füreinander entdecken und ihre Gemeinsamkeiten in schwärmerischen Tönen anpreisen, müssen sie sich das skeptische Lächeln der Nachbarn gefallen lassen.

ERIKA WEBHOFER:

Die »Dolomiten«

von Werner Menapace

„In Südtirol herrscht vielfach ein latentes Unbehagen gegenüber Struktur und Informationstätigkeit der Presse. Insbesondere die Monopolstellung der „Dolomiten“ erregt vielerorts Anstoß, die Angriffe kommen nicht nur von links. So wird der Zeitung bisweilen vorgeworfen, daß sie ihre Monopolstellung mißbrauche.

Die Vorwürfe, die den „Dolomiten“ gemacht wurden und werden, dienen selten einer sachlichen Auseinandersetzung. Das Blatt selbst hat es nicht nötig, sich mit ihnen in konstruktiver Weise zu befassen: Die Kritik versinkt entweder im allgemeinen Schweigen oder wird von der Zeitung entschieden zurückgewiesen: die Kritiker müssen damit rechnen, von der Zeitung scharf angegriffen oder 'abgestempelt' zu werden.“ (Wobei die Auseinandersetzung zumeist nicht auf einer inhaltlich-argumentativen Ebene stattfindet, sondern vorzugsweise auf dem Wege von persönlicher Diskreditierung, Disqualifizierung und Beschimpfung des Gegners.)

„Zur Kritik andererseits ist zu sagen, daß sie oft zu allgemein formuliert und zu wenig fundiert ist, sich an Einzelereignisse hängt und den großen Zusammenhang der „Dolomiten“-Berichterstattung mit all ihren Hintergründen aus den Augen verliert.“

Ausgehend von dieser in der Einleitung zu ihrer Untersuchung angesprochenen Problematik, die sie jedoch nur am Rande interessiert, umreißt die Autorin sodann die eigentliche Aufgabenstellung:

„In meiner Dissertation habe ich mir die Aufgabe gestellt, in den „Dolomiten“ nach Indizien für einen Konservatismus zu suchen und konservative Denkmuster aufzudecken und zu beschreiben. Es bestand dabei von Anfang an die Hoffnung, über die Zeitung hinaus zu Erkenntnissen zu gelangen, die verallgemeinert und auf andere Bereiche – ich denke an die offizielle Politik und an die Ausrichtung verschiedenster Institutionen in Südtirol – angewendet werden können.“

Die umfangreiche und sorgfältige Arbeit, die sich auf den „Dolomiten“-Jahrgang 1980 bezieht, gliedert sich in zwei größere Abschnitte. In einem ersten, allgemeinen Teil werden notwendige Vor- und Hintergrundinformationen geboten: sechs einleitende Kapitel befassen sich mit der bereits vorhandenen Literatur zum Thema, mit der Entwicklungsgeschichte des „Athesia“-Verlages und der „Dolomiten“ sowie mit der aktuellen Situation der Zeitung, mit den Massenmedien und deren Wirkung, der in der Arbeit angewandten Methode, dem Begriff 'Kultur' sowie mit der Ein- und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes.

Es folgt die eigentliche Untersuchung, die aus vier Analysen besteht.

In der ersten („Quantitäten und Schwerpunkte“) werden die von der Zeitung gesetzten Schwerpunkte dargestellt. Die Analyse listet die 'kulturellen' Artikel der Zeitung statistisch und tabellarisch auf und kommt hierbei zum Schluß, daß „immer wieder dieselben Themen zum Zug kommen“, wobei die Schwerpunkte in den Bereichen Religion, Geschichte, Brauchtum, Naturwissenschaft/Umweltschutz und Musik (ernste und Volksmusik) liegen.

Aus dieser Untersuchung geht hervor, daß die Zeitung „Dolomiten“ „einen ziemlich eng gefaßten und traditionellen Kulturbegriff verbreitet“ und einem ausgesprochenen Provinzialis-

mus frönt, der sich in einer überstarken Konzentration auf Südtirol bzw. in einer allzu einschigen Orientierung am deutschsprachigen Kulturraum äußert. Folgerung: „Die 'Dolomiten' fördern durch Auslassung und Vermeidung die erbische Trennung in Südtirol, womit sie durchaus den Zielen der Kulturpolitik – nämlich entschieden gegen ein 'Konzept der Vermischung' einzutreten – dienen“.

Die zweite Analyse („Der Konservatismus der 'Literarischen Beilage'“) untersucht eingehend und ausführlich die im Jahr 1980 in den „Dolomiten“ erschienenen 'Literarischen Beilagen' (23). Daraus ergibt sich „ein ziemlich eindeutiges Muster konservativen Denkens. Der Konservatismus besteht vor allem in der einseitigen Einschätzung verschiedener Probleme“ sowie in der „Abwehrhaltung gegenüber Ideologie, Tendenz und Politisierung“. (Der Konservative versteht einerseits die eigene Position niemals als 'ideologisch', -- er beruft sich auf 'allgemein gültige Wahrheiten' und sucht diesen eigenen Wahrheitsanspruch gegenüber den 'falschen Ideologen' zu legitimieren -- andererseits setzt er Ideologie durchweg mit 'links' oder kommunistisch gleich.)

Es kann und soll hier nicht auf Einzelheiten dieser Analyse eingegangen werden; interessant ist vor allem die Schlußfolgerung der Autorin: „Die 'Literarische Beilage' züchtet ein Südtiroler Reservat, was die ohnehin gegebene Getto-Situation der deutschsprachigen Bewohner des Landes nur verstärken kann. Unter dem Vorwand des Qualitätsanspruches werden die 'bösen' Einflüsse aus dem Norden abgewehrt. Die Geschlossenheit konservativer Denkweise und die systematische -- wenn auch sicherlich nicht immer reflektierte -- Vermittlung konservativer Wertvorstellungen hat nicht nur mangelnde bzw. einseitige Information zur Folge, die Geste des erhobenen Zeigefingers unterstellt dem Südtiroler Leser auch fehlendes Urteilsvermögen in der Entscheidung zwischen 'gut' und 'schlecht', zwischen 'links' und 'rechts'.“

In der dritten Analyse („Menschliche Qualitäten“) werden Gedenk- und Jubiläumsartikel auf das in ihnen enthaltene bzw. zum Ausdruck kommende Welt- und Menschenbild hin überprüft und ausgewertet, wobei sich folgendes Bild ergibt: die Haupttendenz des in den „Dolomiten“ vertretenen Menschenbildes ist eindeutig: „Dieses Menschenbild ist weitgehend von konservativen Werten bestimmt, wobei die religiöse Komponente durch die christliche Weltanschauung im Vordergrund steht“. Das relativ geschlossene Menschenbild der „Dolomiten“ mit seinen Tugend-Vorstellungen und seinem ausgeprägten Moral-System „entspricht eher kleinbürgerlichen Ideologien“. „Die Kleinbürgerlichkeit zeigt sich im geschlossenen Moralkodex -- wie er tendenziell in den „Dolomiten“ aufzufinden ist -- selbst: Ein Moralkodex nämlich garantiert Ordnung und Regelmäßigkeit, wer gegen ihn verstößt, wird ausgeschlossen“.

Die vierte Analyse („Einzeluntersuchungen und Berücksichtigung von Argumentationsweisen“) besteht aus drei exemplarischen Einzelstudien und geht stärker als die vorangehenden ins Detail. In einer Studie über die „Funktion des Brauchtums“ wird die Berichterstattung der „Dolomiten“ anhand der Artikel zu Musikkapellen-, Schützen- und Trachtenwesen untersucht. Es erweist sich, daß diese Berichterstattung gekennzeichnet ist durch eine durchwegs positive Bejahung des Brauchtums, durch „das Fehlen von Kritik und durch weit-

gehende Vermeidung von Konflikten". Sie entspricht durch die uneingeschränkte Bejahung konservativer Werte wie Erbe, Tradition und Heimat in hohem Maße einer konservativen Ideologie.

In den beiden weiteren Studien wird der Versuch unternommen, „unter Einbeziehung der Kontext-Artikel die Argumentationsweise in zwei Beiträgen zum Thema Literatur nachzuvollziehen und ideologische Elemente im Detail sichtbar zu machen.“ Da ist zum einen die Lyrik-Betrachtung, die ebenfalls „konservative Denkmuster vermittelt“, „mit dem Konservatismus verbundene Begriff verwendet“ und „in ihrer Begrifflichkeit, ihrem Literaturverständnis und in der Bewertung literarischer Tradition in Richtung Konservatismus geht.“

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Affäre um die Aufführung des Brecht-Stückes „Die Rundköpfe und die Spitzköpfe“ durch das Südtiroler Kulturzentrum bzw. der „Dolomiten“-Berichterstattung“ darüber, wird sodann an der Vorgangsweise der Zeitung massiv Kritik geübt: einseitige, tendenziöse Berichterstattung, Nachrichtenpolitik, Vermischung von Nachricht und Meinung, polemischer Stil, Diskreditierung/Diffamierung des Gegners, Verfälschung, Manipulation werden ihr vorgeworfen

Auch hier kann auf Details, die im einzelnen am konkreteren Beispiel die starke ideologische Fixierung der „Dolomiten“ belegen, verzichtet werden. Festzuhalten bleiben die Ergebnisse und Interpretationen der Autorin bezüglich der Haltung der „Dolomiten“ in dieser Angelegenheit und den damit zusammenhängenden kulturpolitischen Fragen: „Sowohl der Antikommunismus als auch die Forderung nach einer politikfreien Kunst und Kultur sind ideologisch dem Konservatismus zuzuordnen“. (Die eigene Position wird – wie bereits gesagt – einerseits vom Konservatismus nie als ideologisch begriffen, Ideologie andererseits stets pauschal mit links, materialistisch, marxistisch, sozialistisch, kommunistisch gleichgesetzt.) „Die Kultur wird als selbständiges Wertreich vor der Zivilisation abgelöst; Kultur als bessere, wertvollere Welt soll mit dem alltäglichen materiellen Dasein nichts zu tun haben, in ihr realisiert das Individuum die Freiheit, die ihm im materiellen Leben ver-

wehrt bleibt. Dieser Kulturbegriff dient der Legitimierung des Gegebenen und der Befriedigung des Einzelnen mit seinen 'äußeren' Lebensumständen: „Daß es eine höhere Welt, ein höheres Gut als das materielle Dasein gibt, verdeckt die Wahrheit, daß ein besseres materielles Dasein geschaffen werden kann, in dem (...) Glück wirklich geworden ist“ (Marcuse).“

„Schmutzige' Politik und Kultur erscheinen als zwei unvereinbare Dinge. Wo Kunst politische Aussagen trifft, wird sie abgelehnt bzw. nicht als wirklich Kunst betrachtet.“

Trotz einiger „Brüche in der Logik des Aufbaus“ und „ohne den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen“ präsentiert die Autorin als Gesamtergebnis ihrer höchst interessanten und aufschlußreichen Arbeit eine fundierte, strichhaltige und relativ geschlossene Darstellung des ideologischen Hintergrundes sowie der dementsprechenden Ausrichtung des „Tagblattes der Südtiroler“. (Vermischung von Nachricht und Meinung; Harmonie und Konfliktscheu; Betonung religiöser Themen, mangelnde Rezeption der Moderne; traditioneller Kulturbegriff; Betonung des Volkstums; Provinzialismus; Antikommunismus.)

‘Sine ira et studio’, jedoch mit viel persönlichem Engagement, Sachkenntnis und Akribie werden konservative Denkmuster, Inhalte, Methoden und Strategien erfaßt und beschrieben, werden Mechanismen, Strukturen und Zusammenhänge durchschaubar gemacht, werden Züge und Tendenzen einer Weltanschauung herausgearbeitet, mit deren Hilfe die Zeitung ihre Leser und damit den Großteil der Bevölkerung sozusagen 'sicher im Griff' hat.

Darüberhinaus – und das scheint den besonderen Wert dieser Arbeit über den unmittelbaren 'Anlaß' hinaus auszumachen – wird aber auch ganz allgemein offenbar, wie Beherrschung und Steuerung durch Pressemonopol konkret funktionieren kann, wie durch gezielte 'Berichterstattung' Machtpositionen auf- und ausgebaut und erhalten werden können, wie 'Manipulation durch Sprache' mit Hilfe einer Zeitung zu einem bestimmten und entscheidenden Einflußfaktor in einem (politischen) System werden kann.



NACH DEM GROSSEN AH-EFFEKT:

aus den tiefen der gruben erhebt der kanaler
seine fäuste gen himmel und greift zu den

STURZFLÜGEN

die in diesem unserem land und in dieser zeit unter
widrigen umständen schon manchen veranlaßt ha-
ben, die zeitung vom verkaufsstand weg präventiv
zu kaufen, um die jugend nicht zu gefährden.

SO NICHT! sagt der kanaler und schiebt sich die
zeitschrift in die tasche, -- noch bevor er zur
thermosflasche und zum brötchen greift:

MANDO, es isch zeit zi neindon!
(= halbmittag ist's!)

GUT LESEN!

Starker Eindruck

skolast sprach mit dem österreichischen Minister für Unterricht und Kunst, Dr. Helmuth Zilk

Skolast: Herr Minister, Österreich läßt sich die kulturelle Förderung Südtirols einiges kosten - 1983 kamen allein aus den Mitteln des BMfUuK 25 Millionen Schilling -, welche kulturpolitischen Vorstellungen und Erwartungen knüpfen Sie, Herr Minister, an diese großzügige Unterstützung, welche Vorstellungen von Kultur haben Sie als Sozialist?

Minister Zilk: Wir können hier keine langen Abhandlungen über Kulturphilosophie führen, sonst kommen wir zum Thema selbst nicht. Ich meine, daß wir die Aufgabe haben in unserer Kulturpolitik allen Menschen die Chance zu geben, sich mit allen Lebensbereichen, mit der Umwelt, mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen und zwar in allen möglichen Dimensionen. Also Kultur kann nicht vordergründig die Frage des Teilnehmens an einer Opernaufführung sein, sondern das ist eine Frage, die viel weiter liegt und die viel früher beginnt. Die beginnt von uns aus schon mit der Frage der Chancengleichheit in der Schulbildung. Es sind hierzu bereits viele Vorleistungen sowohl in materieller Hinsicht (Gebührenbefreiung, Freifahrten, Gratisschulbücher) als auch in ideellem Sinn erbracht worden; z.B. indem wir darum werben, daß die angebotenen Möglichkeiten auch genutzt werden. Dies ist ein wichtiger zweiter Schritt, denn die Bevölkerungsschichten, die jahrhundert hindurch nicht zur Teilhabe an den geistigen Gütern erzogen worden sind, kommen gar nicht auf die Idee, Bildungswege und Bildungschancen auszunützen. Hier anzusetzen ist ein entscheidender Punkt.

Bezüglich Südtirol ist es für uns entscheidend, daß wir möglichst vielen Studierenden aus Südtirol versuchen sollten, eine zweite Heimat zu sein, auf daß sie hierher kommen, um zu studieren und sich zuhause fühlen. „Nicht daheim und doch zuhause“ ist dieser alte Wiener Kaffeehauspruch, und ich würde mir wünschen, daß er auch für die Südtiroler Studierenden zuträfe. Mich hat auch sehr beeindruckt, daß die Tendenz, in Österreich zu studieren, sehr stark zugenommen hat; das gilt für ganz Österreich und insbesondere für Innsbruck, das ja in der Nähe liegt, aber als ehemaliger Kulturstädtrat von Wien und auch als Unterrichtsminister darf ich schon sagen, daß mir auch daran liegt, daß auch möglichst viele Südtiroler nach Wien kommen. Ich meine, daß die historischen Beziehungen zwischen Südtirol und Wien sehr eng sind, daß man aber erst in den letzten Jahren mehr darauf zurückgreift. Wenn man mit offenen Augen durch Wien geht, kann man vom Marmor des alten Reichsratsgebäudes über die Büsen im Burgtheater auf Schritt und Tritt Zeugnisse der alten kulturellen und geistigen Beziehungen zwischen Wien und Südtirol finden. Das Wien nach dem Fallen der Stadtmauern, also die Entwicklung der Reichshaupt- und Residenzstadt wäre ja z.B. ohne die große Laaser Kunstschule überhaupt nicht denkbar, das wäre nicht das Wien von heute. Hier sollte man anknüpfen und sagen: Thema Nr. 1 ist, daß man möglichst vielen Südtirolern die Möglichkeit geben sollte, hier zu studieren und eine Zeit ihres Lebens hier zu verbringen. Ich schreibe nicht aus, daß zur Förderung des anderen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden, die den Austausch im herkömmlichen Sinn pflegen; darunter verstehe ich auch den Austausch von Folklore.

Skolast: Wenn wir den Begriff Südtirol regional und nicht ethnisch fassen, was uns sinnvoller erscheint, dann schließt Österreich durch das Gleichstellungsgesetz einen Teil der Südtiroler,

nämlich die italienischsprachigen, von der Möglichkeit, hier zu studieren, aus. Hielten Sie es nicht für sinnvoll, diese Barrikade abzubauen, damit unsere italienischsprachigen Landsleute Kontakte zum deutschen Kulturfeld bekommen und sich dann in Südtirol leichter zurechtfinden?

Minister: Ich bin das erste Mal mit dieser Frage konfrontiert und ich gebe offen zu, daß ich mich damit eigentlich bisher nicht beschäftigt habe, aber ich muß sagen, daß mir die Argumentation außerordentlich einleuchtet und man sollte von Ihrer Seite aus ein ernstes Gespräch mit den zuständigen Bundesminister Dr. Fischer führen. Natürlich ist unser derzeitiger Blick ein bißchen traditioneller Problematik verbunden, es soll ja im Sinne der ganzen Südtirolverträge die Volksgruppe gefördert und unterstützt werden. Aber mir leuchtet Ihre Überlegung ein und ich meine, unsere Beziehung zu Südtirol sollte nicht eine Retrospektive sein, sondern an das Hier und Jetzt anschließen, und nicht nur an die Geschichte. Das Ganze ist selbstverständlich auch eine realpolitische Überlegung.

Skolast: In Italien steht die Reform der Oberschulen und der Lehrerausbildung bevor. Österreichische Universitäten würden mit ihrem derzeitigen Studienangebot diesen Anforderungen nicht mehr genügen. In Südtirol haben sich hierzu zwei Meinungen gebildet. 1. Innsbruck soll als Landesuniversität für ganz Tirol die zukünftigen italienischen Ausbildungspläne mitberücksichtigen. 2. Es sollten, weil eine Uni auch soziokulturell nach außen wirkt, in Bozen gewisse universitäre Strukturen errichtet werden. Wie stehen Sie, Herr Minister, dazu?

Minister: Auf jeden Fall würde ich mich nicht damit zufriedengeben zu sagen, na ja, wenn es nicht geht, dann lassen wir's eben; man muß nach Auswegen suchen. Wenn ich Südtiroler Student wäre, würde ich sehr darauf drängen, in Bozen universitäre Einrichtungen zu schaffen, die eine Lehrerausbildung garantieren können. Ich glaube, daß dies auch eine Frage der geistigen, der intellektuellen Autonomie ist, von der man bisher noch sehr wenig gesprochen hat. Von völkischer und politischer Autonomie wird viel gesprochen, aber ich glaube, daß man viel mehr so etwas wie eine intellektuelle Autonomie forcieren sollte. Bozen scheint mir ein interessanter Standpunkt, weil ja auch eine fruchtbringende Wechselwirkung mit anderen Universitäten entstehen würde; das schließt ja nicht aus, daß man dann Teilstudien in Innsbruck, Wien oder anderswo macht, nur jener Teil, der ausschließlich auf die Berufswahl ausgerichtet ist, wird eben dort absolviert, wo man dann auch arbeiten wird.

Skolast: Der größte Teil der Förderungsmittel aus Ihrem Ressort fließt, was Südtirol betrifft, in den Hochschulbereich (Stipendien, SH, FKZ, ...). Es werden aber auch Projekte und Aktivitäten in Südtirol unterstützt. Bringen Sie in diese Förderung auch sozialistische Vorstellungen Ihrerseits ein?

Minister: Ich muß Ihnen sagen, daß ich Ihnen dieses Interview schon allein wegen der Sympathie nicht verweigern wollte, aber ich muß offen gestehen, ich habe mich zu wenig damit beschäftigt. Es gab viele brennende Probleme und man kann nicht alles gleichzeitig beginnen. Ich habe mir für heuer vorgenommen, mich damit zu beschäftigen, das genau zu studieren und auch mit Partnern darüber nachzudenken; Personen aus Südtirol, mit der Landesregierung selbstverständlich, aber auch mit den

potenziellen Benützern solcher Handreichungen. Damit meine ich Organisationen und sicherlich im besonderen die Südtiroler Studierenden, die in dieser Angelegenheit ja sehr engagiert sind. Ich habe die Absicht, das alles zu durchlüften und zu sehen, ob der Weg, den wir gehen, der richtige ist. Im Moment habe ich gar nicht den Überblick, aber ich weiß, daß es neben dem „Mit Dank zur Kenntnis nehmen“ eine Reihe von echter Kritik gibt an der Form, wie wir das machen.

Frage: Werden Sie auch Bewegungen wie z.B. „das andere Tirol“ anhören?

Minister: Wir sind dazu da, daß wir uns alles anhören und mit allen Südtiroler Gruppen Kontakt halten. Damit ist noch überhaupt nicht präjudiziert, wie wir uns verhalten werden. Das entscheidende Kriterium unserer Unterstützung kann nicht das der „Allgemeinheit“ sein, denn es gibt ja verschiedene Allgemeinheiten. Wenn ein großer Teil der Volksgruppe dahinter steht, kann man schon von einer gewissen Allgemeinheit sprechen, aber ich schließe nicht aus, daß auch Aktionier und Aktivitäten kleinerer Allgemeinheiten im Auge zu behalten sind. Ich wehr mich dagegen, daß man das ins Parteipolitische

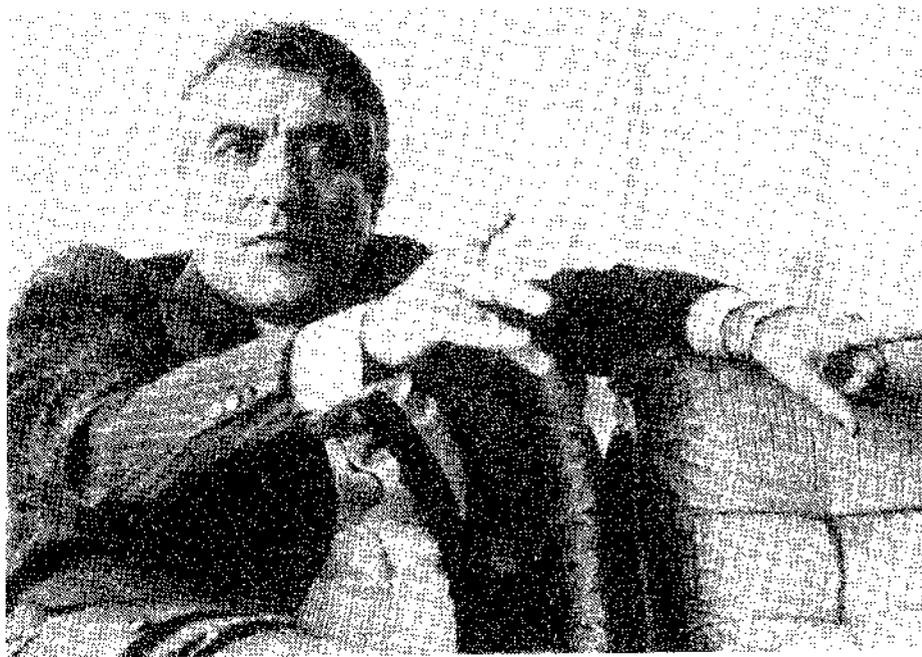
pen einzuladen, oder das Defizit abzudecken, gäbe es keine Räumlichkeiten?

Skolast: Warum also werden solche Projekte wie Kulturhaus am Maria Heim Weg, das offenkundig ein SVP-Zentrum werden soll, von Österreich gefördert?

Minister: Also das kann ich nicht beantworten, weil es nicht in meiner Zeit geschehen ist.

Skolast: Wie stehen Sie zur SH, die von seiten der SVP und vor allem von deren Kulturlandesrat heftig angefeindet, von Österreich aber großzügig unterstützt wird?

Minister: Ich weiß von der SH als Organisation zu wenig, ich kann nur sagen, wie ich zu den Südtiroler Studierenden stehe. Ich habe in den letzten Jahren bei zahlreichen Gelegenheiten sehr oft Kontakte mit Südtiroler Studierenden aller Richtungen gehabt und habe jedesmal einen außerordentlich starken Eindruck mitgenommen. Jedes Gespräch mit Südtiroler Studierenden hat mir, ohne andere Studierende zurücksetzen zu wollen, den Eindruck gemacht, daß es sich um außerordentlich



zieht, da wollen wir uns wirklich heraushalten, aber daß man da pluralistisch denkt, das entspricht unserer innerösterreichischen Kulturpolitik.

Skolast: Sie wissen, daß in Südtirol zur Zeit aufgrund bestimmter Mehrheitsverhältnisse, die es einmal gibt, ein Pluralismus nicht gewährleistet ist ...

Minister: Das kann ich nicht sagen. Ich war einige Male in Südtirol und hatte sehr viel Kontakt mit verschiedensten Gruppen, die sich sehr deutlich artikulierten und die durchaus existent sind.

Skolast: Es ist ein besonderes Problem der Jugend in Südtirol, daß es keine offenen Kulturzentren gibt, sondern nur solche, die entweder von der Kirche oder von der Partei in mehr oder minder offener Form geführt werden ...

Minister: ... ja, ja, das verstehe ich.

Skolast: ... das führt dazu, daß ein beträchtlicher Teil der Jugend einfach ausgeschlossen ist, daß für bestimmte Veranstaltungen keine Säle zur Verfügung stehen ...

Minister: ... das heißt, selbst wenn ihr Geld hättet, um Grup-

bewußte Menschen handelt, daß sie wirklich studieren wollen und daß es unter ihnen einen interessanten Zusammenhalt gibt. Ich kann nur sagen, daß ich von den Studierenden, mit denen ich besonders als Stadtrat zu tun hatte, den Eindruck kultureller Aufgeschlossenheit und Kreativität mitgenommen habe. Das ist ja auch der Grund, warum die Stadt Wien, wenn auch mit bescheidenen Mitteln, versucht hat, zu helfen.

Skolast: Wir freuen uns, daß Sie über die SH informiert sind und für die Anliegen der Südtiroler Studierende ein offenes Ohr haben ...

Minister: ... aber ich werde mich mehr informieren. Ich kann Ihnen sagen, daß ich mich grundlegend informieren werde über die Zusammenarbeit und die ganze Breite der Förderung. So sehr ich das von der Stadt Wien weiß, dort habe ich das ja jahrelang gemacht, so wenig kann ich das als Minister sagen, weil ich im Moment den Überblick nicht habe.

Skolast: Herr Minister, wir danken für das Gespräch.

Das Interview wurde am 23.2.1984 von Norbert Dall'O und Oswald Kuppelwieser geführt.

David Casagrande

Die Basken

Die Basken hatten es noch nie gern, daß man ihre Städte zerstört. Nachdem die Raufbolde Karls des Großen (Pamplona) dem Erdboden gleichgemacht hatten, riefen die Basken als Vergeltung die Nachhut des fränkischen Heeres auf. So geschah im Jahre des Herrn 778, bei dieser Schlacht wurde übrigens dem Rasenden Roland das Lebenslicht ausgeblasen, die Angreifer waren, allen Sagen zum Trotz, Basken und nicht Mohren; tut mir leid, einem Helden was von seinem Ruhm wegnehmen zu müssen, aber wahrscheinlich hat er auch gar nicht mehr Horn geblasen, vielleicht nicht einmal mehr gepfiffen.

Hier beginnt jedenfalls die offizielle Chronik eines mehr als tausendjährigen Widerstandes gegen Fremdherrschaft, Zeugnis des Freiheitswillens und der kulturellen Zähigkeit des baskischen Volkes.

Das Baskenland, richtiger Euskal Herria oder Euskadi, liegt im Nordosten der iberischen Halbinsel und im Westen Frankreichs, um den Golf von Vizcaya (Gascogne). Es besteht aus insgesamt sieben Provinzen: Navarra, Vizcaya, Guipuzcoa, Alava (Spanien), Soule, Baja Navarra und Laburdi (Frankreich). Der Weltöffentlichkeit sind die Basken vor allem der Aktivitäten von ETA – Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit) wegen ein Begriff geworden, offiziell ein Haufen maskierter Banditen, Terroristen, die sich die Zeit damit vertreiben, Polizisten über den Styx zu befördern. Über die Beweggründe dieser Gewaltaktionen und die Geschichte der Basken wird kaum etwas bekannt, die Terrormethoden, Folter usw., seitens der spanischen Behörden – nicht nur unter Franco – die die freie Entwicklung baskischer Kultur und Identität verhindern, werden wohlweislich verschwiegen, obwohl beispielsweise Amnesty International umfangreiche Dossiers über Folterungen in spanischen Gefängnissen besitzt und auch teilweise veröffentlicht hat.

Der größte Teil der baskischen Bevölkerung jedenfalls hat mit dem spanischen Staat wenig im Sinn. Der König hatte dem spanischen Staat und allen seinen Völkern Reformen versprochen, das Mittel: die neue Verfassung. In Euskadi fiel der Vorschlag für eine neue Verfassung haushoch durch, zwischen Wahlboykott und „nein“ zeigten sich 61% der Basken nicht gerade begeistert, nur 35% stimmten „ja“. Die spanische Regierung wurde verdächtigt, die alten Strukturen in eine neue Gesetzgebung integrieren zu wollen, mit derselben zentralistischen Ausrichtung wie früher. Als König Juan Carlos ein paar Jahre später, vom 3. zum 5. Februar 1981 dem baskischen Parlament in Gernika einen Besuch abstattete, stimmten die Abgeordneten von Herri Batasuna während seiner Rede „Eusko Gudariak“ (die baskischen Soldaten) an, wenig später unterstützt durch die Abgeordneten von LAIA. Dieser Mißfallenskundgebung waren schon Demonstrationen mit Straßenkämpfen vorausgegangen, Streiks und Verhaftungen. Im Gebiet Pasajes-Reñeria wurde der König für „unwürdig, den baskischen Boden zu betreten“ erklärt, in Erkio-Itoso „persona non grata“.

Der Besuch des Monarchen wurde auch deshalb als Provokation verstanden, weil Gernika für das Volk symbolische Bedeu-

Hier, bei Gelegenheit, schaffen wir es, in den Finger zu beißen, den sie uns in den Mund stecken. Das ist der Vorteil, wenn man den Körper am Boden hat, auf dem eigenen Boden, den man kennt, und der in diesen Situationen die Nation immer sehr wirkungsvoll verteidigt hat.

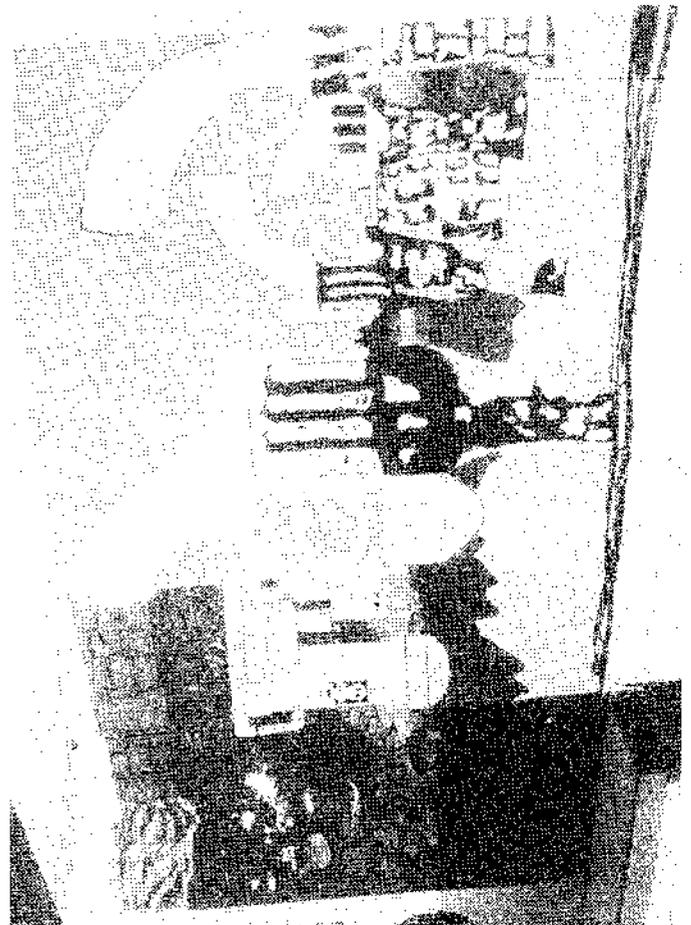
Miguel De Castells Arteche

tung besitzt. Hierher kamen die kastilianischen Könige, um einen Eid auf die „fueros vascos“ (baskischen Gesetze) zu leisten. Hier wurde 1937 der letzte Widerstand von den Nazi-Flugstaffeln im Dienste Francos zusammengebombt. Die Presse wertete die Reise als vollen Erfolg und erwähnte nur am Rande „leichte Zwischenfälle“.

Freunde und Helfer

Nirgendwo in Europa sieht man so viele Uniformen wie in Euskadi. Obwohl Spanien schon den höchsten Anteil an Polizisten im europäischen Vergleich aufweist (1 Polizist je 186 Einwohner, europäisches Mittel: 1 Polizist je 500), Guardia Civil noch gar nicht mitgezählt, mußte 1981 zusätzlich Militär in die baskischen Provinzen geschickt werden, um der Verfassung zu ihrer Ordnung zu verhelfen.

Das gefürchtetste Werkzeug der staatlichen Repression wurde die M.U.C. (früher M.U.A.) – Mando Unico de Lucha Contraterrorista, eine undurchsichtige Organisation mit kaum defi-



nierten Aufgabenbereichen und Kompetenzen, wie sogar El Pais am 25.3.1981 bemerkt hatte. Hauptverantwortlicher für diese Institution: Manuel Ballesteros, er war Chef des Nachrichtendienstes gewesen, als letzterer den ETA-Militanten Joseba Arregui zu Tode gefoltert hatte.

Die Folter, im Hexenhammer noch „legitimes Mittel zur Wahrheitsfindung“, hat sich in Spanien von den Zeiten der Inquisition bis zum heutigen Tag erstaunlich lebendig erhalten.

Wie schon eingangs erwähnt, Amnesty International hat 1979 ein umfangreiches Dossier über Gefangenenmißhandlungen in spanischen Gefängnissen veröffentlicht, ein großer Teil desselben bezieht sich auf politische Häftlinge aus den baskischen Provinzen. Jüngeren Zeugenaussagen zufolge hat sich auch in den letzten paar Jahren an der Situation im allgemeinen nicht viel geändert.

Nachstehend einige der bekanntesten Foltermethoden, üblicherweise in Kasernen der Guardia Civil und auf Kommissariaten der Policia Nacional recht hemmungslos angewandt.

La coligadura

Der Gefangene wird an den Knöcheln aufgehängt, meist in drehende Bewegung versetzt und in die Magengegend, Rippen, Nieren, Geschlechtssteile usw. geschlagen.

La barra

Dem Häftling werden die Handgelenke an die Fußgelenke gefesselt, anschließend wird er an einem Balken zwischen zwei Tischen mit dem Kopf nach unten aufgehängt und auf die Fußsohlen geschlagen.

El quirofano

Der Gefangene wird auf dem Rücken liegend auf einen Tisch gelegt, daß der Oberkörper von den Hüften aufwärts frei in der Luft über den Tischrand ragt. Ein Folterer setzt sich dem Häftling auf die Beine, damit er nicht hinunterfällt, dann wird dieser mit Knüppeln auf die Fußsohlen, Geschlechtssteile und Hals geschlagen.

Elektroschocks, Schläge mit Sandsäcken und Telefonbüchern sowie psychologische Folter sind an der Tagesordnung.

Den Druck auf die Bevölkerung vervollständigen die Nacht und Nebel-Aktionen der Incontrollados, rechte Schlägerkommandos, oft aus Guardia Civil und Polizeiangehörigen bestehend, die allein zwischen 1977 und 1981 37 Tote, 156 Verletzte, 205 Angriffe auf Menschen ohne schwere Folgen und 253 Attentate mit Sachschäden auf ihr Konto buchten.

Die Regierung des Generalissimus Franco hatte 1945 ein Verfassungsgesetz erlassen, das sogenannte Fueros de los Españoles, das Spaniergesetz, demzufolge Verhaftungen ohne Rechtsbeistand bis höchstens 72 Stunden dauern durften. Die Verfassung von 1978 behielt diese Verfügung im großen und ganzen bei, allerdings können „vorläufige Festnahmen“ jetzt bis auf 10 Tage ausgedehnt werden, ohne Möglichkeit, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen, vorausgesetzt, der Untersuchungsrichter wird innerhalb von drei Tagen nach der Festnahme verständigt. Im Normalfall unterschreibt der Untersuchungsrichter die Verlängerung, ohne sich über die Haftbedingungen und den Gesundheitszustand des Festgenommenen zu vergewissern.

Flüchtlinge

Nach der Niederlage im Bürgerkrieg 1936 flüchteten 200.000 Basken aus Spanien in die in Frankreich gelegenen baskischen Provinzen. Ein Teil davon blieb da, die anderen wanderten nach Mittel- und Südamerika aus. Inzwischen ist die Zahl der Flüchtlinge noch um einige Tausend gewachsen, vorwiegend Separatisten und ihre Angehörigen, denen ihrer politischen Tätigkeit wegen in Spanien die Verhaftung drohte.

Frankreich steht dem Flüchtlingsproblem einigermaßen verlegen gegenüber. Die französischen Basken machten ja eigentlich nie Probleme, sie hatten sich schon lange in die blühende Fremdenverkehrswirtschaft der Gascogne eingegliedert, waren nie ähnlichen Verfolgungen und Repressionen ausgesetzt gewesen wie ihre Volksgenossen in Spanien und hatten folglich auch keine entsprechenden Widerstandsmechanismen ent-



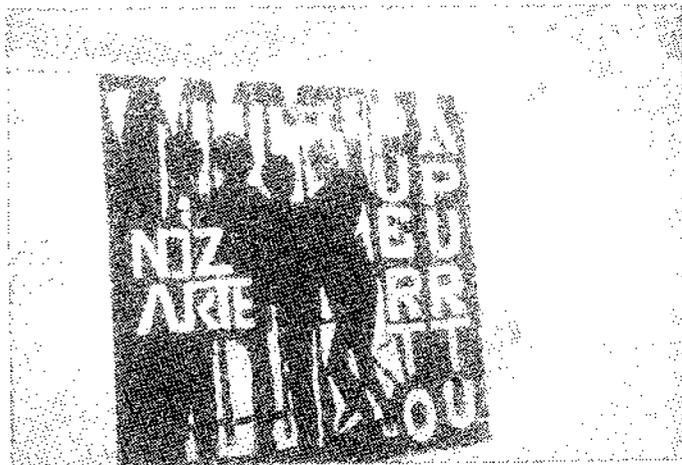
wickelt, oder doch nur sehr spärlich. Im allgemeinen hatten die französischen Regierungen die Flüchtlinge in Ruhe gelassen, solange diese ihrerseits nicht für Aufsehen sorgten. Seit aber bewaffnete Aktionen im Zusammenhang mit der Baskenfrage auch auf französischem Boden immer häufiger wurden (auch von der spanischen Regierung geschickte Terrorkommandos, die Anschläge auf Basken verübten), griffen die Franzosen härter durch. 1981 wartete eine ganze Reihe baskischer Flüchtlinge in französischen Gefängnissen auf Bescheid über ihre von Spanien beantragte Auslieferung. Nach erlichen Monaten und vielen Hungerstreiks befaßte sich die Regierung schließlich wieder mit ihren Problemen: sie wurden nicht ausgeliefert und durften sich in Frankreich frei bewegen. Allerdings wurde ihnen der geforderte Status politischer Flüchtlinge nicht zuerkant.

Sprache und Kultur

Die baskische Sprache (euskara — einigen Sprachwissenschaftlern zufolge die älteste lebende in Europa) war eines der Hauptangriffsziele der spanischen Faschisten gewesen. Ihr Gebrauch wurde verboten, Zeitungen durften nur mehr in spanisch erscheinen, woanders sollen ja ähnliche Geschichten passiert sein.

Euskara geriet dann auch weitgehend in Vergessenheit.

1975 wurde AEK (Alabratze Euskaldunze Koordinakunde) gegründet, eine Organisation, die sich die Aufgabe gestellt hatte, das Euskara batua, das einheitliche Baskisch, wieder unter die Leute zu bringen. Obwohl die baskische Lokalregierung finanzielle Unterstützung zugesagt hatte, mußten die Leute anfangs viel Geld in Privatschulen für die Wiedererlernung ihrer Sprache ausgeben. Die Forderung nach Verstaatlichung der



Schulen seitens des AEK stieß auf den Widerstand des PNV, innerhalb der Lokalregierung. Angesichts des wachsenden Zulaufs für die AEK-Sprachkurse, sah sich die baskische Regierung wenig später doch gezwungen, eine ähnliche Struktur ins Leben zu rufen, das HABE; die beiden Organisationen liefern sich noch heute erbitterte Konkurrenzkämpfe. Selbstverständlich erhält HABE für etwa sechstausend Schüler bedeutend höhere Beiträge als AEK mit zwanzigtausend.

Bewaffneter Widerstand

Aus der Jugendorganisation des Partido Nacionalista Vasco entstand 1953 die Gruppe Ekin (tun). Ihrer radikalen Positionen wegen wurden sie von der Mutterpartei schärfstens kritisiert und als „kommunistische Schmuggler“ verschrien. Am 31. 7. 1959 änderte Ekin seinen Namen in ETA ab, Euskadi Ta Askatasuna, Baskenland und Freiheit. Ziel: ein freier Baskenstaat innerhalb Europa und freie Menschen in Euskadi. 1962 findet die erste Versammlung statt, ETA vertritt eine Linie, die man ungefähr mit „klassenübergreifendem Nationalismus“ umschreiben könnte. Die dritte Versammlung, 1964 erklärt ETA als „antikapitalistisch“. Auf der vierten, 1965, wird zum erstenmal der Begriff „Sozialismus“ verwendet. Im Dezember 1966 wird der erste Teil der fünften Versammlung abgehalten. Verschiedene politische Haltungen innerhalb der Organisation führen zur Spaltung in ETA barri (Jugend) und MC (Kommunistische Bewegung), ein Teil verläßt die Organisation mit Txillardegui und gründet später ESB (baskische sozialistische Vereinigung), die dritte Gruppe ist die der Brüder Etxebarrieta, mit marxistisch-revolutionärer Ausrichtung.

Der zweite Teil der Versammlung wird 1967 durchgeführt und bestätigt die Spaltung.

Die sechste Versammlung im Jahre 1970 zeitigte eine weitere Spaltung. Eine Gruppe, die Radikalen, wurde hinausgeworfen, aber gerade diese Gruppe führte den bewaffneten Kampf unter dem Namen ETA fort, die anderen gründeten 1976 die trotzkistische Organisation Lega Comunista Rivoluzionaria.

1976, nach dem Tod Francos, entstehen die KAS, Sozialistische patriotische Komitees, eine Art Koordinierungsstruktur der verschiedenen revolutionären Gruppierungen in Euskadi, an der HASI, LAIA, LAB, LAK und ETA (PM) teilnahmen. ETA (M) entscheidet sich dafür, diese Gruppen von außerhalb zu unterstützen. ETA war inzwischen in zwei strategische Einheiten getrennt worden: ETA (PM) = politico-militär, hat sich dann entschlossen, den bewaffneten Kampf aufzugeben, und ETA (M), die weitermachen will.

Die baskischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die Annahme der von Spanien gewährten Gnadenautonomie, die Identitätsfindung und kulturelle Entwicklung oder überhaupt der Fortbestand der baskischen Volksgruppe, all das wird noch länger, obs gefällt oder nicht, in engem Zusammenhang mit den Gewaltaktionen der Separatistenorganisationen gesehen werden müssen. Eine Befriedung der baskischen Provinzen wird erst dann möglich sein, wenn die spanische Regierung sich in offener und demokratischer Weise (das heißt zum wenigsten: ohne Heer, Polizei, Folter und Inkontrollados) mit der Frage der Minderheiten auf spanischem Gebiet auseinandersetzt.

Wer mehr über die Baskenfrage erfahren will, kann Radio Tandem in Bozen anrufen (Tel. 44084) und nach Giaco fragen. Auf der SH-Bude liegt außerdem ein Büchlein auf: EUSKADI NO SE RINDE — controinformazione sui Paesi Baschi, L. 4.000.

Andere Quellen: Egin, linke baskische Tageszeitung; Punto y Hora, Monatszeitschrift; Informe de una Misión de Amnesty Internacional a España 1979;

Dossier: Repression en Euskadi, Nr. 4 - 5, Herri Batasuna.



Politische Gruppierungen und Parteien

Herri Batasuna (Volkseinheit): ein Wahlverband, der 1978 von vier Parteien gegründet wurde: ANV (Accion Nacionalista Vasca), 1930 aus einer Spaltung des PNV hervorgegangen; ESB (Euskal Sozialista Bilzarrak Baskische Sozialistische Konvergenz), wurde 1976 von einigen ETA-Militanten gegründet; LAIA (Langile Aberzale Iraultzailecn Alderia — Partei der revolutionären patriotischen Arbeiter), 1973/74 aus einer Polemik der Arbeiterfront von ETA mit den bewaffneten Einheiten derselben hervorgegangen; und HASI (Herrike Alderdi Sozialista Iraultzeilea baskische sozialistische revolutionäre Partei), früher HEAS, gegründet 1975, trat ursprünglich für die Einsetzung eines Autonomiestatuts für alle sieben baskischen Provinzen ein. Die gewählten Kandidaten dieser Gruppierung nehmen nicht am Parlament teil, weder am spanischen, noch am baskischen (Stimmenanteil: 11%)

EE — Euskadiko Ezkerra (Baskische Linke): 1977 gegründeter Wahlverband bestehend aus: EJA (Euskal Iraultzarake Alderia — Partei für die baskische Revolution), EPK (Baskische Kommunistische Partei), 5% Stimmenanteil.

PNV — Partido Nacionalista Vasco: 1898 von Sabino Arana gegründet, hat für das Autonomiestatut gestimmt. Verfügt über 20,7% der Stimmen.

LAB — Langile Albertzale Btzodeak (Organisation der Arbeitermassen): 1974 aus der Krise der Arbeiterfront von ETA mit dem Ziel hervorgegangen, der Arbeiterbewegung revolutionären Auftrieb zu geben.

LKI — Lega Comunista Rivoluzionaria: Baskische Sektion der Vierten Internationale.

EMK — Baskische Kommunistische Bewegung

KAS — Sozialistische Patriotische Komitees

ORT — Revolutionäre Arbeiterorganisation

PSOE — Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens

AP — Volkspartei, 12,9%

UCD — Unione Centro Democratica

Albert Strobl

Mißstände in der Hochschulfürsorge des Landes

(Mindeststudienenerfolg für Landesstipendium 1984/85 auf 15 Wochenstunden erhöht)

Für die Südtiroler Studierenden in Österreich — ich beziehe mich der Kürze halber nur auf die Zustände in diesem Bereich — haben sich im Studienjahr 1983/84 im Stipendienwesen des Landes gar einige Mißstände gezeigt, die einerseits darauf hinweisen, wie weit es mit dem Willen des Landes zu einer studentenfreundlichen Handhabung des Stipendienwesens her ist, und die andererseits befürchten lassen, daß im Bereich Studienstipendien, ähnlich anderen sozialen Bereichen, finanziell geklemmt wird.

Die Südtiroler Hochschülerschaft hat in einer Eingabe an das Amt für Schulfürsorge im Zelger-Assessorat am 28.9.83 einige Punkte kritisiert und einige Maßnahmen zum Teil vorgeschlagen, zum Teil gefordert. Das Antwortschreiben, datiert mit 14.11.83 kam in der Woche nach der Landtagswahlen ins Waltherhaus ... — aber das ist sicher ein Zufall. Wenn es auch traurig stimmt und kein gutes Licht auf die Landesverwaltung wirft, wenn die höchste Verwaltungsebene samt Assessor zwei Monate für einen einfachen und dazu noch inhaltschwachen Antwortbrief benötigen.

Zu den Inhalten! Seither sind noch Kritikpunkte dazugekommen.

Zelgers und Plitzners Antwortschreiben

1. Die SH hat in der Eingabe kritisiert, daß die **Vorverlegung des Einreichetermines** auf den 26. 9. 83 ohne frühzeitige Information der Studierenden erst Ende Juli/Anfang August bekannt wurde, zu einem Zeitpunkt, als eine breite Informationsarbeit durch die SH an den Hochschulorten nicht mehr sinnvoll war und als es keine Möglichkeit mehr gab, einen Studienenerfolg bis zum 26.9. zu erzielen. In den Jahren vorher konnten die Studierenden auch im Herbst ausgestellte Zeugnisse und abgelegte Prüfungen als Studienenerfolg vorlegen.

Antwort:

Der Vorwurf von Seiten der Südtiroler Hochschülerschaft, dass die Verwaltung die Vorverlegung des Einreichetermins aus heiterem Himmel und ohne jede Vorinformation getroffen hätte, ist entschieden zurückzuweisen. Sowohl die Ausschreibung des Wettbewerbes als auch der entsprechende Einreichetermin sind im Zeitraum vom Juli 1983 bis zum 26. September 1983 wiederholt in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen bekanntgegeben worden. Niemals in den Jahren vorher wurde soviel Information über die einzelnen Medien in bezug auf die Gewährung von Studienbeihilfen gegeben.

Bei dieser Gelegenheit wird aber auch daran erinnert, dass es letztendlich auch Aufgabe der Studenten ist, sich darüber zu informieren, wann um eine Studienbeihilfe angesucht werden kann. Es kann sicherlich nicht Aufgabe dieser Verwaltung sein, jeden Studenten einzeln zu bitten, doch rechtzeitig um eine Studienbeihilfe anzusuchen.

Der Vorwurf einer mangelhaften Information wird allein schon von der Tatsache zurückgewiesen, dass im laufenden Studienjahr über 880 Studenten, das sind um ca. 30 Studenten mehr als im Studienjahr 1982/83, rechtzeitig um eine Studienbeihilfe angesucht haben. Niemals in den vorausgegangenen Jahren haben bei der Südtiroler Landesverwaltung rechtzeitig mehr

Studenten, welche an ausländischen Universitäten eingeschrieben sind, um eine Studienbeihilfe angesucht.

Man betrachte den freundlichen Ton! Und die Logik: Die Tatsache, daß heuer 30 Studierende mehr als 1982/83 angesucht haben, dient als Beweis für die gute Informationsarbeit des Landes. Gehen die Herren dort davon aus, daß die Zahl der Studierenden konstant bleibt? Das ist ja lustig, vorläufig noch. Das läßt aber ein anderes, größeres Problem voraussehen.

Dabei ist — ganz nebenbei festgestellt — nicht zu vergessen, was die SH in Sachen Information über den vorverlegten Abgabetermin unternommen hat. Die SH hat veranlaßt, daß im Rundschreiben des Südtiroler Kulturinstitutes an die Studienanfänger und an die SKI-Stipendienbezieher des Vorjahres auf den Einreichetermin des Landes hingewiesen wurde. (Das Amt für Schulfürsorge hätte dies sicher nicht als seine Aufgabe angesehen.) Weiters hat die SH die Informationen an die Hochschulgruppen gesandt und — auch wichtig — an die BMW-Fabrik in München weitergeleitet, wo viele Studenten im Sommer arbeiteten — u.a.m.

2. Bewertung des Studienenerfolges

Die SH hat auf das Problem hingewiesen, daß die Vorverlegung der Zeitspanne des Jahres, aus welcher ein Studienenerfolg vorgelegt werden kann, vielen Studierenden Schwierigkeiten bringt (z.B. Fahrt im Sommer nach Wien und Rennereien, um dort noch zu einer Bestätigung zu kommen) und einigen die Teilnahme am Wettbewerb unmöglich macht, weil sie sich darauf verlassen haben, daß sie eine Prüfung auch Anfang Oktober machen können. — Ich kann mich an solche Fälle erinnern. Mit einem Medizinstudenten war ich in dieser Angelegenheit bei Dr. Plitzner, der nach langen Ausreden und Rechtfertigungen zum Schluß kam: „Das ist ein Fall für das Südtiroler Kulturinstitut.“

Antwort auf die Eingabe:

Für die Bewertung des Studienenerfolges konnte auch in den vergangenen Jahren niemals das akademische Jahr als Bemessungsgrundlage herangezogen werden, da dadurch eine Reihe von Studenten wegen mangelnden Studienenerfolges hätten ausgeschlossen werden müssen.

Um eben diese Schwierigkeiten zu überbrücken, wurde bereits in den vergangenen Jahren nicht das akademische Jahr sondern der Zeitraum Einreichetermin aus dem Jahre vorher bis zum Einreichetermin des laufenden Jahres (entspricht in der Regel einem Jahr) — für die Bewertung des Studienenerfolges herangezogen.

Auch für das laufende Jahr wurde dieses Prinzip angewandt und zwar konnte der Studienenerfolg für den Zeitraum von 26. 09. 1982 bis 26. 09. 1983 vorverlegt werden.

3. WICHTIG:

In diesem Antwortschreiben macht das Land die SH darauf aufmerksam, „daß für das kommende Studienjahr 1984/85 von der Südtiroler Landesverwaltung für die Gewährung von

Studienbeihilfen an Studenten, welche an ausländischen Universitäten eingeschrieben sind, ein Mindeststudienanfang von 15 (an Stelle der bisher 10-Wochenstunden) verlangt wird."

4. Die SH hat, um Härtefälle vermeiden zu können, eine Neuausschreibung des Wettbewerbes (außerordentlicher Wettbewerb) für Studenten im Ausland oder, wenn das nicht möglich sein sollte, eine Wiedereröffnung des Einreichetermines der Gesuche gefordert. So könnten verspätet eingereichte, überhaupt versäumte und nicht eingereichte, da wegen mangelnden Studienanfangs nutzlose Gesuche nachgereicht werden.

Antwort:

Die Wiedereröffnung des Einreichetermins hat keine gerechtfertigte Grundlage. Wie bereits oben erwähnt, haben im laufenden Studienjahr 1983/84 um mindestens 30 Studenten mehr um eine Studienbeihilfe angesucht. Allein dieser Umstand widerlegt die Behauptung, dass viele Studenten nicht rechtzeitig ansuchen konnten. Die Wiedereröffnung des Einreichetermins würde zudem eine Verzögerung bei der Bearbeitung der rechtzeitig eingereichten Ansuchen um mindestens 2 bis 3 Monate zur Folge haben. Indirekt würden daher alle jene Studenten gestraft, welche sich bemüht haben, rechtzeitig um eine Studienbeihilfe anzusuchen. Weiters kann davon ausgegangen werden, dass wegen der hohen Anzahl der Gesuchsteller die ausgeschriebenen Studienbeihilfen leicht aufgebraucht werden. Die Wiedereröffnung des Termins würde daher zwar einigen Studenten die Möglichkeit einräumen, nachträglich noch um eine Studienbeihilfe anzusuchen, würde aber insgesamt keinen Vorteil bringen, da damit gleichviel Gesuchsteller letztendlich in den Genuss einer Studienbeihilfe kommen würden. Mit derselben Begründung ist auch die Neuausschreibung eines Wettbewerbes für das laufende Studienjahr abzulehnen.

Man betrachte wiederum die Argumentation mit den über 880 eingereichten Gesuchen und „daß ... die ausgeschriebenen Studienbeihilfen leicht aufgebraucht werden.“

5. In der Eingabe hat die SH auch auf die starke reale Entwertung der Stipendien in den letzten fünf Jahren hingewiesen, die daraus resultiert, daß die jährliche Erhöhung stets stark unter der Teuerungsrate lag. (Zwischen 1982/83 und 83/84 betrug die Erhöhung des Stipendienbetrages 5,5%.)

Darum weichen Zelger und Plitzner in ihrer Antwort aus:

Ausmass der Studienbeihilfen

Aufgrund der derzeitigen Bestimmungen können Studienbeihilfen nur über Wettbewerbe vergeben werden. Die Einrichtung „Wettbewerb“ beinhaltet jedoch nicht den Charakter, Studenten 100prozentig das Studium zu finanzieren, sondern verfolgt vielmehr die Aufgabe, die finanziellen Lasten der einzelnen Familien erträglicher zu machen. Soliten hingegen mittels Studienbeihilfen sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem Studium abgedeckt werden, so hat an die Stelle des Wettbewerbes ein gestaffeltes Fürsorgesystem zu treten, das sich unabhängig von der Anzahl der Bewerber ausschliesslich an der jeweiligen Einkommenssituation zu orientieren hat. In einem solchen Falle würde es sich aber bereits um eine bestimmte Form der Grundfürsorge handeln. Ein solches Fürsorgesystem kann derzeit aber auf Grund der geltenden Bestimmungen, Art. 113 des Autonomiestatutes und L.G. Nr. 1 aus dem Jahre 1958 nicht eingeführt werden.

Kein Wort davon, daß es eine Entwertung der Beihilfen gibt! Kein Wort davon, daß dem durch eine Erhöhung des Betrages laut erhobener Teuerung abzuwehren wäre. Stattdessen ein Vergleich zwischen dem Wettbewerbs- und Fürsorgesystem. Zu diesem Stichwort: Natürlich wäre ein echtes Hochschulfürsorgesystem ähnlich der sozialen Grundfürsorge besser als das Wettbewerbssystem: auch wissen wir, daß ein Fürsorgesystem bei den Stipendien verfassungsrechtlich nicht möglich ist. Aber eine Staffelung der Landesstipendien, deren Gründe

und Möglichkeiten noch zu erörtern wären, wäre auch im Rahmen eines Wettbewerbsystems über eine Abänderung der geltenden Landesgesetze der Schulfürsorge möglich.

Aber lassen wir den Briefverkehr zwischen der SH und dem Landhaus III. Verlassen wir die Ebene der Vorschläge und Rechtfertigungen und wenden wir uns den harten Tatsachen zu.

Es kam weit schlimmer.

Tatsachen sind:

1. Einige Studierende, die förderungswürdig sind (objektiv und auch aufgrund der Wettbewerbsbestimmungen des Landes), haben den Einreichetermin verpaßt: einige von ihnen haben verspätet angesucht, mehrere aber haben überhaupt nicht mehr angesucht.
2. Mehrere haben nicht angesucht, da ihr Studienanfang nicht genügte, und das aufgrund der Vorverlegung des Einreichetermins, die Herbstprüfungen von der Bewertung ausschloß.
3. Es haben mehr Studierende als früher angesucht, nämlich fast 900. Das ist auf die steigende Studentenzahl zurückzuführen und zum Teil auch darauf, daß das Land die Einkommensgrenze für die Teilnahme am Stipendienwettbewerb für das Jahr 1983/84 von 10,5 Mio. auf 12 Mio. Lire erhöht hat. (Das hat besonders Kindern, deren Eltern ein Einkommen aus Kleinbetrieben – wie z.B. Zimmervermietung – aufweisen, die Teilnahme erleichtert.)
4. Das Land hat für die Studierenden im Ausland 660 Studienbeihilfen zur Verfügung gestellt. Dr. Plitzner schreibt: „Weiters kann davon ausgegangen werden, daß wegen der hohen Anzahl der Gesuchsteller die ausgeschriebenen Studienbeihilfen leicht aufgebraucht werden.“

Ich schätze,

daß dem Amt für Schulfürsorge 30 bis 50 Stipendien zu wenig zur Verfügung stehen, um allen Gesuchstellern, die zum Wettbewerb zugelassen wurden, ein Stipendium geben zu können. D. h.: 30 bis 50 Studierende, die sogar laut den wirklich nicht großzügigen Wettbewerbsbestimmungen des Landes förderungswürdig sind, erhalten kein Landesstipendium.

Leider ist die Kontrolle der Stipendiegesuche jetzt (Mitte März) im Rechnungshof noch nicht abgeschlossen, so daß die SH noch keine Einsicht in die Liste der Gesuchsteller und Stipendiegewinner nehmen kann.

So bleibt noch unklar, wie viele Gesuchsteller, die zum Wettbewerb zugelassen wurden, keine Beihilfe erhalten ... oder ob das Amt für Schulfürsorge gemeinsam mit dem Rechnungshof versucht, das Bild zu verschönern, indem einige Gesuchsteller gar nicht zum Wettbewerb zugelassen werden. Denn unklare Punkte diesbezüglich gibt es in diesem Jahr ja: Die Tatsache, daß der Einreichetermin vorverlegt wurde, hat viele Studierende gezwungen, anstelle der Zeugnisse, die entweder erst im Herbst am Uni-Institut erhältlich waren oder oft weit entfernt irgendwo lagen – ihr Abholen war nicht möglich (in vielen Fällen wegen Sommerarbeit) – eine eidesstattliche Erklärung über den Studienanfang im Jahre 1982/83 vorzulegen und die Zeugnisse im Oktober nachzureichen. Dr. Plitzner hat der SH mündlich zugesagt, daß begründete Fälle solcher eidesstattlicher Erklärungen akzeptiert würden. Aber ob diese Zusage jetzt in allen Fällen angewandt wird, wenn es zu wenig Geld für alle Wettbewerbsteilnehmer gibt, das wage ich zu bezweifeln. (Ich weiß, daß das eine Vermutung und Unterstellung ist. Aber ich habe so einige Erfahrungen gemacht in den letzten Jahren.)

Nehmen wir nun an, daß die förderungswürdigen Nichtgewinner eines Landesstipendiums, die verspäteten Ansucher und die Nichtansucher, die unter Bedingungen wie 1982/83 aber um eine Beihilfe angesucht und sie auch erhalten hätten, zusammengezählt 50 ergeben.

Da sie trotz ihres „Pechs“ förderungswürdig bleiben, mußte

wohl oder übel das Südtiroler Kulturinstitut mit österreichischem Geld einspringen. Da die zu verteilende Summe österreichischen Geldes feststeht, wird die Sache für die südtiroler Studierenden in Österreich insgesamt unangenehm:

Das SKI ersetzt 50 Beihilfen (des Landes) zu 2 Millionen Lire. D.h.: 100 Millionen Lire sind gebunden. (Das ist jetzt vereinfacht dargestellt!) Nehmen wir weiters an, das SKI fördert mit österreichischem Geld 800 Südtiroler. Wenn das SKI 100 Mio. Lire als Ersatz für Landesbeihilfen ausgibt, bedeutet dies, daß jeder geförderte südt. Student in Österreich 125.000 Lire weniger Stipendium erhält als er erhalten hätte, wenn das Land genügend Beihilfen zur Verfügung gestellt und rechtzeitig eine Änderung der Termine und Kriterien bekanntgegeben hätte. Hauptsächlich durch die mangelnden Gelder des Landes ist es zu erklären, daß einige Studierende in Österreich weniger Geld erhalten als im Jahr 1982/83 und daß einige, die in den vergangenen Jahren eine Aufstockung ihrer Beihilfe durch das SKI genossen haben, im Jahre 1983/84 kein Stipendium in ÖS mehr erhalten. Unter diesen finanziellen Sachzwängen kann das SKI in der Rekursitzung der Stipendienkommission keine Wunder vollbringen.

Zusammenfassung

1. Die ständig schlechter werdende Studentenfürsorge ist auf die Politik und Verwaltung des Landes zurückzuführen.
2. Welcher sachliche Grund besteht für eine Verschärfung des Kriteriums Studienerfolg für das Jahr 1984/85?
3. Die SH fordert eine Ausschreibung des Wettbewerbes 80 Tage vor dem Abgabetermin und eine prinzipielle Vorinformation der SH über geplante Änderungen der Ausschreibung (spätestens 60 Tage vor der Ausschreibung).
4. Die Hinweise des Landes auf die Ausgleichsmöglichkeiten

durch das SKI treffen nur auf die Studierenden in Österreich zu, nicht auf die Hochschüler in Italien. Außerdem verschlechtert der Rückgriff auf den Ausweg SKI die Förderung der Studierenden insgesamt.

5. Der Betrag des Stipendiums nimmt real stark und immer schneller ab. Von einer 100prozentigen Deckung der Studienkosten hat die SH nie geredet: Wir sind ja nicht so unverschämte in unseren Forderungen wie das Land in seinen Antworten auf unsere Eingaben und Verbesserungsvorschläge. Aber: Nur zwischen 1982/83 und 83/84 ist eine ca. 10prozentige reale Verminderung der einzelnen Landesbeihilfen erfolgt. Wäre der Betrag seit 1978/79 (damals 1,4 Mio.) jährlich um die Inflationsrate erhöht worden, so müßte das Landesstipendium heute mit über 3 Mio. Lire bemessen sein.
6. Die Anzahl der Landesstipendien kann nicht jahrelang gleich bleiben, wenn immer mehr Leute studieren.
7. Die Mittel für die Hochschulfürsorge im Landeshaushalt müssen stark erhöht werden.

8. Die wohl beste Lösung wäre eine Hochschulfürsorge laut dem Wettbewerbssystem mit drei getrennten Wettbewerben für drei verschiedene Einkommenskategorien, wobei für jeden Wettbewerb genügend Beihilfen da sein müssen. Nicht verwendete Gelder könnten in einen der anderen Wettbewerbe übergehen bei entsprechendem Bedarf oder in den Landeshaushalt zurückfließen.

Die Einkommensgrenzen könnten bei den Beträgen 9 Mio., 12 Mio. und 15 Mio. liegen, die entsprechende Beihilfen müßten ca. 3 Mio., 2.500.000 und 2 Mio. Lire betragen (bezogen auf das Studienjahr 1984/85).

9. Die SH ist vom Land grundsätzlich als beratende und vorschlagende Kraft in Sachen Hochschulfürsorge anzuerkennen und laufend zu informieren.

Traumjobs zu vergeben

Ohne die lieben SH-Mitglieder bei der Lektüre stören zu wollen, möchte ich auf eine Mangelsituation hinweisen, die der SH den Weg zur sonst so aussichtsreichen Zukunft verstellen könnte. Wir befürchten für nächstes Jahr akuten Personal-mangel.

Bisher war das immer so, daß der Vorstand in Bozen teilweise erneuert wurde: ein paar wurden vom alten Vorstand übernommen, einige sind neu dazugekommen; und so ging das immer weiter, damit kein Vorstand ganz von vorne anfangen mußte.

Nun schaut es aber so aus, daß nächstes Jahr keiner mehr von den alten mitmachen wird. Für heuer hat sich schon kein Neuer mehr gemeldet, und es ist anzunehmen, daß es nächstes Jahr schlimm enden könnte. Warum eigentlich?

Ich weiß nicht, was die Leute für eine Vorstellung von der Arbeit im Vorstand haben. Nach meinen Erfahrungen eine ziemlich konfuse. Es mag sein, daß wir in den Ortsgruppen zu wenig über Tätigkeit und Organisation des Vorstandes informiert haben. Vor ein, zwei Jahren war das noch nicht nötig. Jedenfalls liegen in jeder Bude die SH-Statuten auf, in denen der Tätigkeitsbereich des Vorstandes genau umrissen ist, und die sich auch sonst jeder einmal anschauen sollte. Zur Arbeit in der Zentrale möchte ich einiges klarstellen:

Es stimmt nicht, daß man als Vorstandsmitglied ein ganzes Studienjahr verliert. Je mehr sich melden, desto weniger ist für

den einzelnen zu tun. Um der Desorientierung im Vorstand entgegenzuwirken, werden wir heuer für jedes Referat (es gibt Kultur-, Finanz-, Stipendien-, Studientagungs-, Presse- und auf Wunsch auch andere Referate) eine Informationsmappe mit genau umrissenen Aufgaben erstellen.

Mehrere Leute können ein Referat übernehmen, schlecht ist es, wenn einer mehrere übernimmt. Die meiste Arbeit übernimmt sowieso das Büro (Sekretärin und zwei Zivildienstler), keine Sorge. Der Vorstand ist vor allem dazu da, neue Initiativen auszudenken, Tätigkeitsprogramme zu erstellen, über Allgemeines und Konkretes in SH-nahen Themen zu diskutieren, zu organisieren und die Durchführung in Auftrag zu geben. Über Spesenvergütung läßt sich reden.

Ich kenne in den Ortsgruppen viele Leute, die sich dort engagieren und so ihr Interesse an der SH bekunden; die Vertretung in Bozen ist ihnen aber noch zu unbekannt und damit uninteressant. Dagegen kann man folgendes unternehmen: herkommen und anschauen, mit den Leuten im Vorstand reden.

Ich gebe zu, daß das Interesse an dieser Arbeit mit der Entfernung des Studienortes von der Hauptstadt abnimmt. Deshalb ist meine Einladung vor allem an Studentinnen und Studenten von nahegelegenen Universitäten und an jene gerichtet, die aus irgendeinem Grund sowieso die meiste Zeit im Lande sind.

Alex Maier

Betrifft: Zusatzprüfungen

Es scheint notwendig zu sein, auch im „Skolasten“ einige Informationen über die ominösen „Zusatzprüfungen“ zu geben, von denen in letzter Zeit alle reden und niemand etwas Genaueres weiß. Die SH hat zwar im Oktober 1983 ein ausführliches Info (Nr. 3) zu diesem Thema herausgegeben, aber wahrscheinlich hat das nicht alle, die von diesen Dingen betroffen sind, erreicht.

Zur momentanen Situation.

Das Dekret des Unterrichtsministeriums vom 3.9.1982 sieht neue Bestimmungen (=geforderte Zusatzprüfungen) für die Unterrichtsberechtigung der literarischen Fächer an Mittel- und Oberschulen vor.

Das Schulamt Bozen hat (im Oktober 1983) Änderungsvorschläge erarbeitet, die der Schulkalität in Südtirol, und vor allem der Tatsache, daß viele Südtiroler im Ausland nach ganz anderen Studienplänen studieren, Rechnung tragen sollen.

Im Wesentlichen geht es dem Schulrat um eine Aussetzung der Bestimmungen bis **31. Mai 1987**, um allen jenen, die ihr Studium bald abschließen, die Möglichkeit zu geben, nach den alten Bestimmungen zur Lehrbefähigungsprüfung zugelassen zu werden. Diese Regelung soll nur Studenten im Ausland betreffen; Studierende in Italien müssen

seit dem 3.9.1982 die geforderten Ergänzungsprüfungen ablegen!

Eine Entscheidung des Unterrichtsministeriums über die Aufschiebung der Frist ist nach Auskunft des Schulamtes wahrscheinlich erst für Frühjahr 1985 zu erwarten.

Bis zur endgültigen Entscheidung gelten für Studenten in Österreich die alten Bestimmungen, nach denen zusätzliche Prüfungen nur nötig sind, wenn man Latein und/oder Griechisch unterrichten will.

Studenten, die in nächster Zeit ihr Studium abschließen, können also damit rechnen, auch ohne die Ergänzungsprüfungen zugelassen zu werden. Allen Studierenden in niederen und mittleren Semestern raten wir dringend die geforderten Zusatzprüfungen im Sinne des Dekretes abzulegen.

Die Formulierung „Sprache und Literatur“ bedeutet, daß Prüfungen sowohl über Sprache als auch über Literatur (2 Sprache + 2 Literatur) abgelegt werden müssen.

Die Zusatzprüfungen aus Italienisch brauchen alle jene Studenten, die ihr Studium mit Doktorat (bzw. Lehramt oder Diplom) aus Germanistik, Geschichte oder modernen Sprachen (ausgenommen Romanistik) abschließen.

Diese Prüfung ist Voraussetzung für die Anerkennung des österreichischen Stu-

dientitels in Italien und hat nichts mit dem neuen Dekret des Unterrichtsministeriums zu tun.

Die geforderten Prüfungszeugnisse gemäß den neuen Bestimmungen können prinzipiell bei allen Arten von Lehrveranstaltungen (PS, SE, VL, UB) unabhängig von der Stundenzahl erworben werden.

Die gesamten Prüfungen für ein Fach können auch parallel in einem Semester abgelegt werden (Hauptsache, man hat 2 bzw. 4 Schemata).

Man kann diese Prüfungen natürlich auch ganz billig machen und im betreffenden Fach irgendeinen Schein erwerben, den man möglichst einfach bekommt; vor allem Studierende in niederen Semestern, die reichlich Zeit haben, die Prüfungen in ihren Studienablauf einzuplanen, sollten sich an die Empfehlungen der Institute halten (sofern welche ausgegeben werden), damit eine sinnvolle Mindestausbildung in den Fächern erreicht wird, die der/die Betreffende mit größter Wahrscheinlichkeit einmal unterrichten wird.

Über Sinn oder Unsinn dieser zusätzlichen Prüfungen kann man streiten; aber wenn sie schon einmal vorgesehen sind, sollte man doch versuchen, möglichst viel für sich herauszuholen.

Waltraud Plagg
Gerti Verdorfer

Zu den neuen Bestimmungen im einzelnen:

Unterrichtsklasse CXIII (Mittelschule) Zusatzprüfungen:
4 Sem. deutsche Spr.+Lit.
2 Sem. Geschichte
2 Sem. Geographie

Unterrichtsklasse LXIII (HOB, GOB, Frauenoberschule, Landwirtschaftsschule) Zusatzprüfungen:
wie bei Unterrichtsklasse CXIII

Unterrichtsklasse LXXI (Realgymnasium, Lehrerbildungsanstalt) Zusatzprüfungen:
4 Sem. deutsche Spr.+Lit.
4 Sem. lat. Spr.+Lit.
2 Sem. Geschichte
2 Sem. Geographie

Unterrichtsklasse LXXIV (Humanistisches Gymnasium) Zusatzprüfungen:
4 Sem. deutsche Spr.+Lit.
4 Sem. lat. Spr.+Lit.
4 Sem. griech. Spr.-Lit.
2 Sem. Geschichte
2 Sem. Geographie

Lehrer, die Deutsch an italienischen Schulen unterrichten wollen, müssen Prüfungen ablegen über: 4 Sem. deutsche Sprache + Literatur – 2 Semester italienische Sprache + Literatur.

DAS NEUESTE ZU DIESEM THEMA:

Offener Brief an den Schulamtsleiter Dr. David Kofler

Ein Gesetzesdekret des Unterrichtsministeriums vom 3.9.1982 sieht vor, daß Studenten, die an Mittel- und Oberschulen literarische Fächer unterrichten wollen, im Laufe ihres Studiums Prüfungen in Deutsch, Geschichte, Geographie und eventuell Latein, ablegen müssen. Während für Studierende in Italien diese Regelung schon in Kraft ist, wurden für Studenten im Ausland aufgrund ihres völlig anderen Studienaufbaus vom Schulamt Änderungsvorschläge ausgearbeitet.

Dr. Silbernagel betonte beim Informationsabend, der von der SH im November 1983 in Innsbruck veranstaltet wurde, daß grundsätzlich alle Prüfungsscheine in den entsprechenden Fächern angerechnet werden können.

In einem Schreiben vom 15.11.1983, das an allen Instituten der geisteswissenschaftlichen Fakultät in Innsbruck ausgehängt wurde, teilt das Schulamt zudem mit, daß sich die Studenten bei der Auswahl der Lehrveranstaltungen an die Empfehlungen der Institute halten sollten.

Das Institut für Germanistik empfiehlt als Zusatzprüfung im Fach Deutsch unter anderem eine Lehrveranstaltung aus Methodik und Didaktik.

Zufällig hat sich eine Studentin aus

Innsbruck noch selbst an das Schulamt gewandt und von den zuständigen Herren plötzlich erfahren, daß neben anderen Einschränkungen auch Lehrveranstaltungen über Methodik und Didaktik nicht angerechnet werden können. Als Begründung wurde angegeben, daß eine solche Prüfung nicht in den Fachbereich „deutsche Sprache“, bzw. „deutsche Literatur“ eingeordnet werden kann.

Überzeugt davon, daß es sich bei diesen Einschränkungen nur um ein Mißverständnis handeln könne, trafen sich am 14.3.1984 Vertreter der SH Innsbruck mit Schulamtsleiter Dr. Kofler und Dr. Silbernagel, um diese Frage zu klären. Dabei beharrten die beiden Herren unmißverständlich auf dem Standpunkt, bei den abzulegenden Prüfungen könne es sich nur um „Fachprüfungen“ handeln und Lehrveranstaltungen aus Methodik und Didaktik gehören da nicht dazu. Punktum.

Abgesehen davon, daß das Schulamt weder die Universität Innsbruck noch die Südtiroler Hochschülerschaft von diesen gravierenden Einschränkungen informiert hat und die Studenten nur durch Zufall davon erfahren haben, ist die Begründung lächerlich, da Methodik-Didaktik-Vorlesungen anhand f a c h s p e z i f i s c h e r Themen Probleme des Unterrichts aufarbeiten.

Für die künftige Arbeit als Lehrer profitiert man von einer solchen Lehrveranstaltung sicher mehr, als z.B. von einer Frontalvorlesung über irgendeinen Teilaspekt des Faches, der im Unterrichtsprogramm der Schulen bestenfalls einen verschwindend kleinen Bruchteil darstellt.

Dazu zynisch das Schulamt: „Sicherlich sind aber auch diese Prüfungen (Metho-

dik-Didaktik) sehr wertvoll für die Tätigkeit als Lehrperson und auch für die Vorbereitung auf den Wettbewerb für die Einstellung in den Lehrdienst.“¹ (Brief vom 2.3.1984) Uns ist es absolut unverständlich, wie die zuständige Stelle die Anerkennung methodisch-didaktischer Lehrveranstaltungen ablehnen kann; dies umso mehr, als gerade Schulamtsleiter Dr. Kofler wiederholt die Wichtigkeit einer fachdidaktischen und allgemeinpädagogischen Ausbildung für zukünftige Lehrer betont hat.

Aus der Vorgangswiese des Schulamtes müssen wir schließen, daß

1. bestimmte Lippenbekenntnisse nicht so wörtlich zu nehmen sind.
2. die zuständigen Herren wenig Ahnung vom Studium in Österreich haben (obwohl sie sonst das Wort „Landesuniversität“ nur zu gerne in den Mund nehmen), da man sich dort über die Wichtigkeit einer methodisch-didaktischen Fachausbildung für Lehrer schon lange klar ist (siehe Angebot im Vorlesungsverzeichnis)
3. sich die Sorge um das Schulwesen in Südtirol anscheinend in „Buchstabenreiterei“ erschöpft, da man mit formalen Scheinargumenten (d.h. wüßköpfige, restriktive Auslegung der staatlichen Bestimmungen) erste Schritte zu einer besseren Ausbildung der Südtiroler Lehrer systematisch abblockt.

der Vorstand der SH
die Ortsgruppe Innsbruck der SH

¹ Das Schulamt will also diese Prüfungsscheine nicht anerkennen, empfiehlt den Studierenden aber trotzdem solche zu erwerben; natürlich z u s ä t z l i c h zu den „Fachprüfungen“!

Thomas Benedikter

Vor der Reform der Lehrerausbildung

Das heutige System der Lehrerausbildung ist in Italien auf allen Stufen rückständig, lückenhaft und dringend reformbedürftig. Die im europäischen Vergleich kürzeren Ausbildungszeiten, das gänzliche Fehlen von Probezeiten (Pädagogikum, Referendariat oder tirocinio), die Antiquiertheit der Studienordnungen und die schlechte Nicht-Verwirklichung beschlossener Ausbildungscurriculas, die toter Buchstabe blieben, geben auch der derzeitigen Regierung endlich Anlaß zur Besorgnis. In einem großen Reformansatz möchte man die Schule in Italien, die

bisher vor allem auch als Ventil für die ausufernde Intellektuellenarbeitslosigkeit diente, auf „europäischen Stand“ bringen: ein Ansinnen, das auf dem Hintergrund des Geburtenrückganges und der schrumpfenden öffentlichen Mittel allerhand „grattacapi“ aufwerfen wird.

Bei den Kindergärtnerinnen und Volksschullehrern wird primär die Kürze und der Sackgassen-Charakter des Ausbildungswegs beklagt, bei den Mittel- und Oberschullehrern das Fehlen geeigneter und ausreichender Fachdidaktik und erziehungswissenschaftlicher Disziplinen in den Studien, bei den Musik-, Sport-, Kunstlehrern und jenen der technischen Oberschulen die mangelnde Verbindung zur Universität, Akademie oder Konservatorium zum einen und zur Arbeitswelt zum anderen. Beim sog. leitenden Schulpersonal fehlt es schließlich gänzlich an spezifischen Ausbildungsmöglichkeiten. Das geplante Reformprojekt – zu dessen Studium setzte die Unterrichtsministerin vor einiger Zeit bereits eine eigene Kommission ein – soll die gesamte Ausbildung der Lehrer neu ordnen. Mißtrauen und Unsicherheit erweckt diese Politik aber deshalb, weil alles auf einmal und nichts richtig kommt: die Oberlehrerreform, die Universitätsreform, die Reform der Lehrpläne an allen Schulstufen und schließlich diese globale Reform der Lehrerausbildung, die ja engstens mit der seit über einem Jahrzehnt angesetzten Oberlehrerreform zusammenhängt. Mit einem vollen

Funktionieren der reformierten Oberstufe rechnet man nunmehr zum Jahr 1993, und zum selben Zeitpunkt soll auch die Reform der Ausbildung des unterrichtenden Personals abgeschlossen sein, obwohl die Reformbedürftigkeit jetzt bereits akut ist. Die universitäre Ausbildung der Grundschullehrer muß jedoch wegen kollektivvertraglicher Verpflichtungen bereits 1986 anlaufen.

Weiche Änderungen zeichnen sich nun, in groben Zügen, ab? Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Volksschullehrerinnen – diese Berufe sind ja effektiv nahezu durchfeminisiert – erfolgt künftig an den Universitäten im Rahmen eines normalen Vollstudiums. Die bisherige Ausbildung von Lehrern aller Fachrichtungen wird in erheblichem Ausmaß innerhalb der Fakultäten bzw. Universitäten integriert und vor allem der pädagogisch-erziehungswissenschaftliche Teil erweitert. Nach wie vor wird die fachwissenschaftliche Ausbildung innerhalb der „reinen“ Studiengänge stattfinden, der Verbindung zwischen Lehrfach und der entsprechenden Fachdidaktik soll jedoch ein ganz anderes Gewicht verliehen werden als bisher. Italien vollzieht damit eine Entwicklung nach, die im deutschsprachigen Ausland bereits seit langem die Regel darstellt: „Ein neues Lehrer-Berufsbild in einer neuen Universität; das ist der hochgestochene Anspruch der Reformer in Rom. Die Einrichtung der sog. UFD (Unità di Formazione Didattica) soll dafür den institutionell-technischen Rahmen abgeben. Das bevorstehende Reformgesetz wird somit folgendes genauer regeln:

- Dauer der Studiengänge (4 oder 5 Jahre)
- Innerer Aufbau und Studienordnungen einschließlich des Probejahres
 - Volle Verwertbarkeit des Studientitels auf dem Arbeitsmarkt
- Möglichkeiten der Mobilität zwischen den Schulstufen
- Fachwissenschaftlicher und erziehungswissenschaftlicher Inhalt der Studiengänge
- Ort der Einrichtung der Studiengänge (bestehende oder neue Fakultäten oder Zweigstellen solcher Fakultäten)
- Berufliche „Offenheit“ der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Volksschullehrerinnen oder beschränkte Optionsmöglichkeiten
- Kurse, die der Befähigungsprüfung vorausgehen bzw. darauf vorbereiten
- Beratung der Lehramtsstudenten vor und während ihres Studiums.

Was nun die Kurse nach dem eigentlichen Studienabschluß angeht, die die Ausbildung weiter ergänzen und zur Befähigungsprüfung vorbereiten sollen, wird folgendes festgeschrieben werden:

- Einführung eines numerus clausus bei diesen Kursen
- Einrichtung dieser Kurse bei bestehenden oder neuen Fakultäten oder den „erziehungswissenschaftlichen Abteilungen“
- Inhalt und Abwicklung des Probejahrs

Abstimmung des Kurses auf die Lehrbefähigungsprüfung.

Diese recht einschneidende Umgestaltung der Lehrerausbildung, die sich über sicherlich 10 Jahre hinziehen wird, wirkt natürlich für unsere Lage allerhand zusätzliche Probleme auf. Die Reform wird die Südtiroler Schule in einer Zeit treffen, wo noch ein gutes Drittel der Lehrer (875 Supplenten im heurigen Schuljahr) überhaupt erst ihr Studium zu absolvieren haben, hunderte von zukünftigen Lehrern nach ganz anderen Studienplänen studieren und schließlich auch die hiesigen Ausbilder von Lehrern noch fast völlig fehlen. Die bisher versäumte Einrichtung eines pädagogischen Instituts (sog. IRRSAE) bedingt auch, daß wertvolle Erfahrungen und Vorarbeiten bei der Lehrerfortbildung, der Begleitung und Auswertung von Schulversuchen und der südtirol-spezifischen Forschung fehlen. Da Südtiroler nun das Recht haben, in ihrer Muttersprache studieren zu können, stellt sich vordergründig zunächst das ständige Problem der Abstimmung und Anpassung der österreichischen Studienprogramme (Curriculas) an die



Erfordernisse in Italien, was jetzt gerade bei der Frage der Zusatzprüfungen und des Pädagogikums wieder auftrat. Auch der Nationale Schulrat, der im März 1984 Richtlinien über die Lehrerausbildung sprachlicher Minderheiten zu verabschieden hat, konzentriert sich in seinen Überlegungen auf dieses Anpassungsproblem zwischen aus- und inländischen Curriculas. Auch hier ist vorauszusehen, daß die Verantwortlichen alles daran setzen werden, die neuen Anforderungen an die Lehrerausbildung durch entsprechende Ergänzungen an österreichischen Unis abzugleichen.

Die SH wird, zusammen mit den Südtiroler Gewerkschaften, eigene Vorschläge vorbringen und ist sich in der Frage der Universitätsausbildung der Kindergärtnerinnen und Volksschullehrerinnen mit dem ASM völlig einig:

„Es wäre unvorstellbar, daß die künftigen Kindergärtnerinnen und Grundschullehrer Südtirols an irgendeiner Universität des In- oder Auslands ausgebildet werden. Ihre Ausbildung muß in Südtirol in deutscher Sprache erfolgen“ (ASM-Mitteilungsblatt Nr. 3/84). Bei den Mittel- und Oberschullehrern stellt sich das Problem der Auswirkungen der Reform auf Südtirol etwas komplizierter: die vielen bildungspolitischen Fehlentscheidungen und Mängel – das Supplentenproblem, die unzureichende Schulautonomie und das Fehlen geeigneter Aus- und Weiterbildungsstrukturen usw. – wirken noch lange. Zwar wird bis zum vollen Inkrafttreten der Reform das Supplentenwesen wie auch immer „saniert“ sein (der Schülerberg ist erfolgreich „untertannt“ worden und 800–900 Südtiroler Studenten bereiten sich an den Universitäten auf den Lehrberuf vor), doch wird wegen der Oberschulreform und der Verlagerung der Pflichtschule ein Zusatzbedarf an Lehrern entstehen. Entscheidend ist jedoch hier nicht das Wieviel, sondern das Wie: Ausgangspunkt eines zweckmäßigen Projekts hat die Ausarbeitung eines auf die Südtiroler Schule abgestellten Ausbildungscurriculas zu bilden. Qualifikationen, Programme, Prüfungen und Praktika. Auf der Grundlage der zwischenstaatlichen Abkommen zwischen Italien und Österreich vereinbaren daraufhin italienische und österreichische Universitäten (Innsbruck, Trient und/oder Padua) die gemeinschaftliche Ausrichtung dieser Curriculas im Rahmen eines interuniversitären Vertrags am hierfür optimalen Ort, also in Südtirol selbst. Der fachwissenschaftliche und fachdidaktisch-pädagogische Teil soll zunächst auch an anderen Universitäten absolviert werden können, wofür die notwendigen Voraussetzungen in Studientitelanerkennung und curricularer Anpassung geschaffen werden müssen. Der praktische Teil wird notwendigerweise hierselbst stattfinden müssen. Eine erziehungswissenschaftliche Einrichtung zur Ausbildung der Südtiroler Lehrer aller Schulstufen ist als tauglichste Lösung mit mutigen Schritten anzustreben. Die Reform der Lehrerausbildung in Italien wird in den nächsten Jahren eine neuerliche Gelegenheit bieten, auf unser Land abgestimmte und für die Südtiroler Schule konzipierte Ausbildungswege für die Lehrer aller Stufen zu schaffen. Maß sehen.

FRAUEN IM GEFÄNGNIS DER FALL ANNA LUISA INSAM

Wie es Frauen in Südtirol im Knast geht, ist nicht in Erfahrung zu bringen: es gibt nämlich keinen. Und deshalb werden angeklagte und straffällige Frauen – wie auch Jugendliche – schon seit Jahren außer Landes geschafft, nach Trient oder, wie jetzt Frau Insam, nach Venedig. Ihr Fall wirft ein Schlaglicht auf diese prekäre Situation, wenn auch hier nicht primär die Lage der Frauen im Knast beleuchtet werden soll.

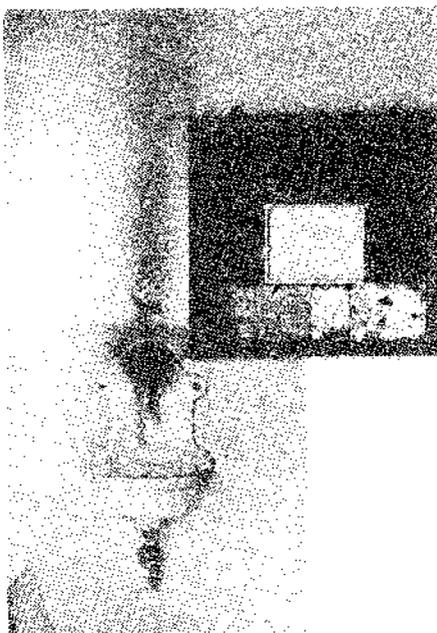
Vor anderthalb Jahren war Anna Luisa Insam, eine junge Grödner Mutter, in einem Anfall von tiefer Depression und Verzweiflung mit ihrem fünfjährigen Sohn in den Eisack gegangen. Das Kind kam ums Leben und daraufhin erhob man Anklage gegen die Mutter wegen Mordes. Ihre fehlende Einsichts- und Zurechnungsfähigkeit zum Tatzeitpunkt wurde von keinem der erstellten gerichtlichen Gutachten bestritten, wobei Frau Insam inzwischen, wie ein Gutachter bestrittigte, wiederum als völlig geheilt betrachtet werden kann und kein Moment „sozialer Gefährdung“ durch sie vorliegt. In einem Entscheid des Verfassungsgerichtshofs vom 8. Juli 1982 ist für solche Fälle die Haftentlassung vorgesehen: zum ersten weil niemand für eine Tat bestraft werden kann, für die er aus Gesundheitsgründen nicht verantwortlich gemacht werden kann, zum zweiten, weil niemand in der Gerichtspsychiatrie festgehalten werden kann, sobald die Gefahr vorbei ist. Darum beantragte der Bozner Staatsanwalt ihre Freilassung. Doch blieb der Richter von ihrer Gefährlichkeit überzeugt und bestellte weitere psychiatrische Gutachten, darunter eines gerade vom Leiter der berühmtesten Anstalt von Reggio Emilia; und gerade in diese schlimmste Art der Verwahrung könnte Frau Insam in der Folge gelangen.

Viele Südtiroler, darunter eine Reihe namhafter Persönlichkeiten, hatten Ende letzten Jahres dazu aufgerufen, von einer Verurteilung abzusehen und die schwer geprüfte Frau in die Freiheit zu entlassen. Inzwischen mußte Frau Insam jedoch die Zustände im völlig überfüllten Gefängnis von Trient (oft 12 bis 14 Frauen pro Zelle) ertragen, das als eines der schlimmsten Italiens gilt. Ihre Verlegung nach Venedig bedeutet nun eine zusätzliche Entfernung von der Heimat und ihren Verwandten und somit eine größere menschliche und sprachlich-kulturelle Isolierung. Die Frauenabteilung des Bozner Gefängnisses wurde vor einigen Jahren sinnigerweise gerade deshalb geschlossen, damit die Bestimmungen „zum Schutz“ der deutschsprachigen Minderheit eingehalten werden konnten. „Da sich nämlich kein zweisprachiges und proporzgeregeltes weibliches Aufsichtspersonal fand, zogen es die zuständigen Behörden nach bewährter Landesmanier vor, den Buchstaben zu achten und den Geist zu töten, eine solche zweisprachigkeits- und proporzwidrige Abteilung hatte zu verschwinden, was auch geschah“, schrieb Alexander Langer und Andreina Emeri in einer Anfrage an den Landeshauptmann am 17. Februar, die immer noch unbeantwortet ist. Diese Stellen für zweisprachiges weibliches Aufsichtspersonal werden zwar bald wieder ausgeschrieben, doch ist das jetzige Bozner Gefängnis überhaupt zu klein: es wäre unhaltbar nun auch hier, wie in Trient, solche entwürdigenden Haftbedingungen für die Frauen zu schaffen. Da zusätzlich das längst geforderte eigene Südtiroler Jugendgericht bald Wirklichkeit werden wird und die straffälligen Jugendlichen dann hier einzusitzen haben, müßte sofort eine neue Einrichtung geschaffen werden. Davon ist aber weit und breit nichts zu sehen.

Der Fall Insam sollte aufrütteln, wenn es auch für solche an den Rand gedrängte Südtiroler noch einen Rest an Bewußtsein für Minderheitenschutz gibt. Gleichzeitig gilt es auch zu verhindern, daß Anna Luisa Insam zu einem Opfer einer widersprüchlichen gerichtspychiatrischen Begutachtung wird und schließlich unter Verschuß in einer psychiatrischen Anstalt für Strafgefangene landet. Wie sehr solche ihren Insassen zu einem „normalen“ Leben zurückverhelfen können, ist nur zu bekannt.

Thomas Benedikter

Thomas Benedikter



UNICEF-GRUPPE-INNSBRUCK

Im Wintersemester '83 hat die SII-Innsbruck die Innsbrucker Gruppe der österreichischen UNICEF-Jugend zu einem Informationsabend eingeladen.

Die beiden Referenten informierten über die Zielsetzungen der UNICEF und die Arbeit ihrer Gruppe in Innsbruck. Außerdem wurden 2 Filme gezeigt, in denen 2 UNICEF-Projekte vorgestellt wurden.

Im Jahre 1946 wurde UNICEF („United Nations International Children's Emergency Fund“) von den Vereinten Nationen als Organisation für notleidende Kinder in der Nachkriegszeit gegründet. Im Jahre 1950 beauftragten die Vereinten Nationen UNICEF dann mit der Hilfe für notleidende Kinder und Mütter in der dritten Welt. Die UNICEF ist eine halbautonome Organisation der UNO mit Sitz in New York und Genf.

Die Arbeit besteht in der Beschaffung von Mitteln zur Unterstützung von Hilfsprogrammen. Ein wesentliches Ziel ist es, in den Einsatzgebieten vor allem Einheimische für die verantwortliche Arbeit an den Entwicklungsprogrammen zu gewinnen.

Aufgabe der nationalen Komitees, die es in 33 Ländern gibt, ist es, das Publikumsinteresse für die Arbeit des Kinderhilfswerkes zu wecken, sowie zusätzliche finanzielle Mittel zu beschaffen. 3/4 des UNICEF-Budgets werden von den Regierungen zur Verfügung gestellt. Das restliche Viertel setzt sich zusammen aus privaten Spenden, dem Erlös des Grußkartenverkaufs, sowie aus Publikationen.

Hilfe und Unterstützung werden den am wenigsten entwickelten und von der Weltwirtschaftskrise am meisten betroffenen Ländern gewährt. Gefördert werden Aktionen, die Eltern und Dorfgemeinden zur gemeinsamen Entwicklungsarbeit auf freiwilliger Basis anregen sollen; es werden aber auch Schulgebäude errichtet, am Ausbau des Versorgungstransportwesens mitgearbeitet usw. In Katastrophenfällen, z.B. bei Erdbeben leistet die UNICEF ebenfalls Hilfe.

Ein wichtiger Aufgabenbereich ist das Gesundheitswesen: Scharzimpfungen, vorbeugende und behandelnde medizinische Versorgung, Beratung, Familienplanung, Versorgung mit sauberem Wasser, sanitäre Anlagen usw.

Die Innsbrucker UNICEF-Gruppe hat ca. 50 aktive Mitarbeiter, die sich zwei Mal in der Woche in ihrem Raum in der

Universitätsstraße treffen.

Ein Teil ihrer Arbeit konzentriert sich auf den Kartenverkauf. Die Gruppe hat einen eigenen Laden (in der Dreieilgenstr. 1), in dem auch selbstgebastelte Arbeiten verkauft werden. Zudem hat sie einen Stand auf dem Christkindmarkt in der Altstadt.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit besteht jedoch in der Information über UNICEF und die Situation der Kinder in den Entwicklungsländern. Dies geschieht durch Informationsveranstaltungen und vor allem durch Zusammenarbeit mit interessierten Lehrern im Unterricht. Dabei ergeben sich auch viele Möglichkeiten Informationsarbeit mit finanzieller Unterstützung zu verbinden. So gibt es z.B. eine Schulkasse, die beschlossen hat, durch eine wöchentliche Spende eine Wasserpumpe in einem Dorf in Afrika zu finanzieren. Es sei noch darauf hingewiesen, daß es bei der UNICEF-Gruppe auch sehr interessante Materialien für den Unterricht gibt (Filme, Dias, Unterrichtsmappen).

Interessierte, die Unterrichtsmaterialien haben möchten, die selbst eine UNICEF-Gruppe gründen möchten, oder einfach Informationen haben möchten, wenden sich bitte an folgende Adresse:

ÖSTERREICHISCHE UNICEF-JUGEND

Jugendorganisation des öster. Komitees
für UNICEF

6020 INNSBRUCK

Universitätsstraße 14/1

Tel. 05222 / 31 24 42

Bürostunden: Di,+Do. von 16 - 18 Uhr.

Außerdem gibt es auch eine UNICEF-Gruppe in Südtirol:

UNICEF-Arbeitsgruppe Südtirol

Frau Dr. Schedereit

39012 MERAN

Winkelweg 13

Tel. 0473 / 3 02 35

Waltrand Plagg

ICH VERSCHENKE

MEINE GEDICHTE

Helmuth SEETHALER

A-1200 WIEN,

Wasnergasse 43/8

Sehr geehrte Herren!

In der Nr. 1/1984 Ihrer Zeitschrift erschien ein Interview mit Rechtsanwalt Dr. Sandro Canestrini, zu dem ich im Interesse der geschichtlichen Wahrheit einige Berichtigungen geben möchte. Es handelt sich wohl um Erinnerungslücken von Dr. Canestrini oder um Übersetzungsfehler.

1. 1961: Die große Verhaftungswelle erfolgte nicht nach der Herz-Jesu-Nacht (11./12. Juni 1961), sondern nach der zweiten, weniger umfangreichen Bombenwelle genau einen Monat später (11. Juli).

2. Eine viel wichtigere Berichtigung zu Seite 15, linke Spalte unten: In den Gefängnissen (der Gerichte!) wurde nicht gefoltert, wohl aber in den Carabinieri-Kasernen, vor allem in jener von Ippan, aber auch - u.a. - in der von Neumarkt. Die Verdächtigten wurden ja zuerst von den Carabinieri verhört und konnten vor der Überstellung ins Gefängnis (oder der Freilassung) bis zu sieben Tagen in deren Kasernen festgehalten werden. Der Hinweis auf „Schmerzenschreie aus dem Gefängnis von Neumarkt“ ist umso ungerechter, als es gerade der damalige Bezirksrichter von Neumarkt, Dr. Cicciarelli, war, der den Mut hatte, wegen der Folterspuren an in sein Gefängnis von den Carabinieri überstellten Häftlingen Anzeige an die Staatsanwaltschaft Trient zu erstatten, die dann einen Gerichtsmediziner von Padua nach Neumarkt entsandte. Diese Tat von Cicciarelli ermöglichte de facto erst den Carabinieri-Prozeß in Trient (1963).

3. Es dürfte kaum stimmen, was Canestrini behauptet (Seite 15, rechte Spalte), daß die Herz-Jesu-Nacht ein Bluff war und die Täter alles schon vorher in den Gasthäusern erzählt hatten, denn nach der Herz-Jesu-Nacht gab es faktisch keine Verhaftungen. Gerade um die Täter herauszubekommen, wurden ja dann Sondereinheiten der Carabinieri nach Südtirol verlegt, die nach der zweiten Welle vom 11. Juli ihre Folter-Methoden anwandten, um Geständnisse zu erpressen.

4. Es wurden nicht drei Viertel der Angeklagten im ersten Mailänder Prozeß freigesprochen, und noch weniger wurden „die restlichen Inhaftierten wenig später auch entlassen“. Tatsache ist, daß zwei Drittel der zum Teil seit drei Jahren inhaftierten Südtiroler zu kleinem Teil freigesprochen wurden, zum Teil ihre Strafe mit den drei Jahren abgebußt hatten. Doch wurden nicht weniger als 22 Südtiroler Häftlinge in diesem Prozeß zu Strafen zwischen sie-

Briefe

ben und fünfzehn Jahren verurteilt und haben diese Strafen auch abgesessen (Sepp Kerschbaumer - fünfzehn Jahre - warb im Gefängnis). Von „wenig später“ konnte also wirklich keine Rede sein! 1)

5. Den von Canestrini behaupteten Artikel der „Dolomiten“, der zwei Tage nach dem Mailänder Urteil (Juli 1964) unter dem Titel „Schluß mit den roten Löwen von Tramin“ erschienen sei, vermochte ich nicht zu finden. Doch beschäftigten sich die „Dolomiten“ am 12. September mit dem Kommunismus in Südtirol und erwähnten dort auch, daß Canestrini mit den von ihm verteidigten freigelassenen Häftlingen im Juli nach Neumarkt gekommen sei und dabei stolz ein rotes Hemd getragen habe. Aber wo bleiben dann „die roten Löwen“?

Mir scheint, die Südtiroler Jugend von heute, die jene Ereignisse gar nicht kennen kann, sollte nicht glauben müssen, daß der Mailänder Prozeß quasi ein Wertkampf zwischen Verteidigern und Gericht war, aus dem die Verteidiger, und mit ihnen die Häftlinge, siegreich hervorgingen. Die Wahrheit sah leider wirklich weniger vergnüglich aus. Vor allem deshalb diese Zeilen.

Hochachtungsvoll
HR Dr. V. Stadelmayer

P.S.: Dr. Canestrini hat auch, was die „quattrini“ betrifft, die er für die Verteidigung erhalten habe, kein erstklassiges Gedächtnis. Er erhielt in den Jahren 1961 bis 1965 10,7 Millionen Lire, was nach heutigem Wert etwa 100 Millionen Lire = 1,2 Millionen Schilling entsprechen dürfte.

1) Außer Kerschbaumer waren schon 1961/62 zwei weitere Häftlinge im Kerker gestorben.

Das Urteil vom 16. Juli 1964 finden Sie, wenn es Sie interessiert, in den „Dolomiten“ vom 17. Juli 1964 und im Detail in den Ausgaben vom 20. bis 22. Juli derselben Zeitung. Von 68 vor Gericht erschienenen Angeklagten (ein Teil war ja flüchtig, gegen alle Flüchtigen wurden wesentlich härtere Strafen erlassen) erfolgten 27 Freisprüche, 19 hatten in den drei Jahren Haft ihre Strafe abgebußt; also wurden 46 entlassen, 22 blieben, wie oben gesagt, in Haft.

Musik

Was dies nicht sein sollte: eine Verteidigungsschrift für die Jugendzeitung DaFür oder eine Aburteilung der DaFür-Besprechung im letzten skolast.

VERSUCH EINER (ETWAS UNBEQUEMEN) SELBSTKRITIK

— Wir, die sichtlich Aufgeklärten, werden den armen Angepaßten vor Augen führen, wie kritiklos ausgeliefert sie in dieser biederen und kleinkarierten Gesellschaft sind. Einerseits die Macht derjenigen, die das politische Sagen haben, andererseits die Kirche mit ihren Unterdrückungstendenzen. Mit Feuer und Schwert werden wir sie befreien von Kirche und Gesellschaft, Staat und Religion. Denn wir sind die Aufgeklärten, die Emanzipierten; diejenigen, die den Gesamtüberblick haben, das Patentrezept für die alleinglücklichmachende Wahrheit. —

Daß vieles nicht so läuft, wie es sollte, daß es Leute gibt, die Machtinteressen gegen Schwächere ausspielen, daß oft der Mut zur Konfrontation fehlt, ja, daß es am politischen Engagement not tut: stimmt. Dies mag ein Stückweit zutreffen.

Aber ist es nicht so, daß wir, die im Studentenmilieu Lebenden, schon von vorne herein mehr Freiheit genießen, als jene, deren aktiver Einsatz dort gefordert wird, wo es gilt, zwischen Machtblöcken zu bestehen? (Offenbar gewährt unsere Gesellschaft dem studentischen Status einen breiteren Spielraum; eine Galgenfrist könnte man meinen, wenn man bedenkt, daß schon so manch einer — kaum im Berufsleben — von der revolutionären zur reaktionären Seite überwechselt.)

Man tut Unrecht, die Jugendzeitschrift DaFür mit Maßstäben zu messen, die unserer Ansicht nach nötig wären, um den idealen gesellschaftlichen Zustand zu erreichen, um sozusagen das „Wissen vom Besseren“ verwirklicht zu sehen.

Ich bemerke in den letzten Jahren den zunehmenden Mut zur Konfrontation — gerade unter der katholischen Jugend. Im Vergleich zu den Aktivitäten, die zu meiner Zeit liefen, hat sich nun einiges getan. Wir sollten, anstatt gewohnheitsmäßig alles zu kritisieren, was „katholisch und schwarz“ ist, besser hinsehen, offen sein und Veränderungen zulassen. Außerdem: Jugendliche mit revolutionären Thesen zu füttern, spräche von pädagogischer Unvernunft. Ein solches Verhalten wäre um keinen Deut besser

als jene kreuzzugs- und missionierungsartigen Ausschweifungen hochmittelalterlicher Prägung.

Veränderungen geschehen in kleinen Schritten und zum Verständnis von Emanzipation gehört es, daß Vergewaltigungen ausgeschlossen sind: auch solche, die letztendlich eine Verbesserung bedeuten könnten. Sicherlich, es gehört sehr viel mehr Geduld und Einfühlung dazu; es ist weitaus schwieriger, ständig nachzusehen, wo der andere steht. Aber schließlich verlangt es die Achtung vor der Eigenständigkeit des anderen, daß wir dem Kategorisieren ausweichen und der anderen so ernst nehmen, wie wir es bei uns selbst wünschen.

Was einigen an der Jugendzeitschrift widerstreben wird, ist die christliche Gesinnung, die ihr zugrunde liegt, oder, wie der Schreiber der Besprechung meint: das „christlich geschärfte Problembewußtsein“.

Immer, wenn ich solche Artikel lese, bin ich erstaunt, wie wir kramphhaft versuchen, unsere geschichtlich-gesellschaftliche Bedingtheit zu leugnen. Wenn wir über Kirche und Religion sprechen, so klingt das fast so, als hätten wir vergessen, daß wir allesamt Kinder eines mächtigen Kirche-Kultur-Einflußbereiches sind. Wir suchen uns zwar zu befreien, machen aber einen kleinen Fehler: Wir werfen alles in einen Topf: die Institution Kirche und die Suche nach einem höheren Wesen, die Schützenvereine, die Feuerwehrrparaden und die Frage nach einer sinnvollen Lebensgestaltung im christlichen Sinn, die Erziehungsfehler unserer Eltern, den Inhalt der Sonntagspredigt, die Untugenden des Pfarrers und den Gedanken der christlichen Nächstenliebe. Wir sind nicht mehr fähig zu differenzieren und werfen den emotional belasteten Haufen blind und kompromißlos beiseite, (ohne nachzusehen, ob sich etwas Brauchbares unter mottenzerfressenem Sperrmüll finden läßt). So einfach geht das nicht. Wir müssen uns schon — wenn wir das Attribut tolerant auf uns beziehen wollen, — die Mühe antun, tiefer nachzusehen, die Staubdecke zu entfernen und festzustellen, daß nicht jeder Christ von vorne herein angepaßt, kritiklos, heimatreu und schützenfreundlich sein muß. Ich jedenfalls habe schon zu viele Menschen kennengelernt, die in dieses Schema nicht hineinpassen.

Hannelore Battisti

AUCH P'SEIRER HABEN „MUET ZIN DENKN“

Wenn sich der Kölner in ein BAP-Konzert setzt, der Bayer bei Relax relaxt oder der Schwabe sich Schwoißfuß reinzieht — von den Österreichern ganz zu schweigen — es bleibt sich dasselbe: wenn jemand so singt, wie's nebenan in der Kneipe oder im Beisl auch klingt, kommt reichlich mehr rüber als beim bestimitiertesten Slang von jenseits des Kanals oder Atlantiks. Klar, Dialekt ist nicht das einzig Wahre, aber zumindest wahrer und direkter als alles andere. Zusätzlich beweisen Quo Vadis eine fünfköpfige P'seirer Formation, die eben ihre Erstlingskassette „Muet zin denkn“ herausbrachte — was nicht zu beweisen war: wie singbar Südtiroler Dialekt auch auf Rockbasis sein kann. Natürlich haben auch frühere Gruppen wie Anonym, Barbabart, Klaus Tengler oder jetzt Gossensaß City Express so gesungen und getextet, wie es ihnen im Kehlkopf bzw. auf der Zunge lag: meist lieferte man aber in schlechtem, oft unverständlichem Englisch reine Abbis für die eigene Einfallslosigkeit. Auch sonst liefern — ohne große Ansprüche — hiesige Nachwuchsgruppen einfach überreichlich Schrott.

Doch mit Ausnahmen: die fünf P'seirer, Gewinner des vorjährigen 1. Südtiroler Rock-Nachwuchsfestivals in Algend, nutzten bereits im Mai 1983 ihren Preis, nämlich die Möglichkeit, eine Kassette einzuspielen. Diese wurde allerdings erst jetzt richtig vorgestellt und promotet. Es entstand ein recht ausgefeiltes und sensibles Werk, das ganz neu in der kargen Rockszene hierzulande dasrecht. Keine komplizierten, überkandidelten Arrangements, auch keine vertonten Banalitäten, sondern viel Nachdenkliches, was einen heute „da drinnen“ so bewegt: von den Alltagswängen und dem ständigen Versuch, sich selber treu zu bleiben („Lei leb'n“), dem Hin- und Hergerissensein zwischen Daheim und dem „Duft der großen weiten Welt“ („Der hueme“), Widersetzen nach langer Zeit („Olter Freund“), den Bitten eines behinderten Kindes („Enker Kind“) bis hin zu vertontem Tiefsinn („Oh Mensch“) hart an der Grenze zum moralisierenden Kitsch. „Woasch du, daß du flagn kensch, Gedonkn sein frei“; ein altes Leitmotiv in einem der Refrains, alt aber treffend, denn sich freizudenken ist dort schon recht viel, um Widerstand zu versuchen braucht's eben den „Muet“.

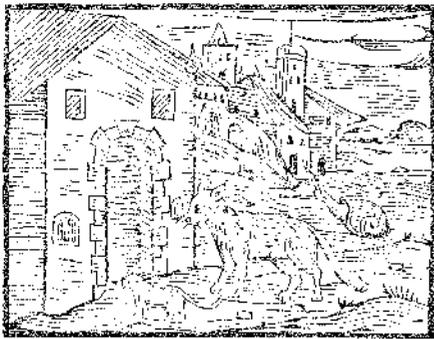
Zu solchen Texten auch a hörbarere

Musik. Die lose aneinandergelagerten Klangcollagen von früher haben einer einfachen, aber suggestiven Melodienführung Platz gemacht. Sparsamer Keyboards-Einsatz, mit viel Akustikgitarre „verticte“ Gitarrenthemen und auch rhythmisch abwechslungsreich und fast immer wie aus einem Guß. Da können einige Parts wie „Lei lehn“ oder „Gedonk sein frei“ schon richtige Ohrwürmer werden.

Ihr Produzent meinte, heutzutage Dialekt zu singen, bedeute automatisch einen Verzicht auf weitere Verbreitung. Wenn's mit Quo Vadis aber so weiter geht, bekommen die P'seizer nach ihrem Hofer wahrscheinlich einen zusätzlichen Exportschlag.

Thomas Benedikter

SAGEN UND ERZÄHLUNGEN AUS DEM TRENTINO-SÜDTIROL



Bruna Dal Lago und Elmar Locher haben Sagen und Erzählungen aus den drei Sprachgebieten gesammelt.

Zusammenhänge von Riten, Bräuchen und Geschichten sind aufgezeigt zu anderen Traditionsbereichen.

Die Vorgangsweise, so schreiben die Autoren, sei zuerst eine Entscheidung zwischen Hochkultur oder niederer Kultur (Volkskultur in unverbrauchtem Wortsinn).

Die Unterschiede zeigen sich darin, daß die Kultur der herrschenden Schichten immer schon fest umrissen, geschrieben ist; daß es gilt die Kultur der niederen, subalternen Schichten hingegen erst als Fließendes, „Labiles“ festzuhalten, als Gedächtnis und Erinnerung. (Ob die Tradition und Kultur der Volksglauben somit tot ist, liegt nicht im Bereich der Autoren.)

Es geht darum, einen Fahrplan zu erstellen durch die Geographie der Phantasien, der Tiere, Pflanzen, Menschen und der unreal-möglichen Seinsweisen (des Phantastischen, menschlich-übermenschlichen Wesen) und durch die Formen der Zeit. Jene Zeit, die ihre Ordnung

braucht, in den Kalendern etwa, in der Darstellung der Naturkreisläufe (säch/ernten); dann die Zeiten außerhalb der Zeit, nach Duerr bedeutet sie die Krise der Ordnung der Dinge: „die Normalität ist aufgehoben“, der Zeit des anderen oder der Masken (in den Bräuchen); weiter durch die „Zeiten des Zwischen“, die als Tage der Mondzyklen etwa aufscheinen, mit Erlaubnissen und Verboten, (so etwa: in dieser Zeit nicht zu pflanzen, nicht zu heiraten etc. ...).

Die Reise führt durch die Geschichten von Ursprüngen, Gotr und die Heiligen, Ortschaften und Personen. Ich möchte hier die Geschichte der Selvan zitieren: (33)

„I selvani o Bregostani vivono nelle grotte naturali dei monti, conoscono le arti magiche, sanno mutare il tempo a loro volontà. Le donne sono chiamate Bregostane, Vivene, Ganne o Selvane a seconda del luogo di provenienza. La zona di Colfosco, gli altipiani di Prelongia, dell'Armentola e di Gardeccia, la Valle di Mezdì, Longiarù, l'Alpe di Siusi, il Buflaccia, i Monti Rasciesa, Seceda e Pontives, la Gardena e Fassa sono i luoghi preferiti dai Selvani. Gli uomini stanno nei boschi alti e non si fanno quasi mai vedere dagli abitanti della valle. Le donne invece scendono nei paesi e, a volte, trovano lavoro in casa o nei campi. Qualche alligiano, invaghito dalla loro bellezza e dai loro lunghi capelli può arrivare a sposare una di queste donne a rischio però di vederle tornare ai loro boschi perché prese dalla nostalgia o richiamate dal vecchio padre. Il richiamo è sempre lo stesso: „Dite alla Vivena che il padre è morto.“

Diese Frauen kommen auch in Sagen anderer Zonen, etwa im Vinschgau unter anderem Namen vor.

Eine Geschichte, die des „Nulla Nasreddin“ ist aus dem Jüdischen ins Nonstal übernommen worden und der ursprüngliche Name in „Nasdir il Mulo“ umgeändert, oder die Geschichte von „Der Klugen Eise“, haben auch die Gebrüder Grimm schon in ihre Sammlung aufgenommen.

Tierprozesse, tatsächlich vorgefallene und in Urkunden nachzuprüfen, sind beschrieben; sie haben die Voraussetzung, daß Tier und Mensch vor dem Gesetz gleich sind, also auch gleiche Verantwortung tragen.

Aufschlußreich ist der Anhang, das „Phantastische Bestiarium“, die Beschreibung der Habergeis, des Fatzelwurms, der Trude, des Brillhunds. Die Auflistung der Sprüche und Regeln, „Se incontri un uomo con il collo rosso, cambia strada.“, „Quelli che sono destinati a riuscire hanno peli sui denti!“, „Se cade un pezzo di pane a terra, prima di mangiarlo bisogna baciarlo.“, „Se un uomo vuole avere un figlio maschio, deve tenersi addosso gli stivali“, u.a.

Bücher

Es sind noch die Krankheiten aufgezeichnet, eine kleine Chronik von typischen Speisen und Speisegewohnheiten, die „Unger Ballade“, und zwei Gesänge von den Sonnenbergen über den Bauernkrieg.

Das Buch beinhaltet vielmehr als in dieser Aufzählung möglich ist; es zeigt die Verbindungen zwischen Erfahrung und Vorstellung, zwischen Realem und Imagination, („L'essenziale accade nell'istrato, l'irilevante nella realtà“, 263).

Die Aufmachung des Buches ist großzügig und die Auswahl des Bildmaterials, der Stiche und Radierungen, größtenteils von Albrecht Dürer, zeigen die Sorgfalt und Phantasie der Autoren nicht nur im Geschriebenen.

Bruna Dal Lago/Elmar Locher: „Leggende e racconti del Trentino-Alto Adige“/Newton Compton 1983 - Roma/310 Seiten/Lit. 25.000.-

Ludwig Paulnichl

Pinuccia di Gesaro, STREGHE NEL TIROLO,

La criminalizzazione dell'immagine nei processi di Fiè allo Sciliar e di Cavalese — ed. Praxis - Bolzano, novembre 1983. Lit. 10.000.-

Dal secolo scorso, da quando nel 1855 Tullio Dandolo pubblicò gli atti del processo di Nogaredo „La signora di Monza e le streghe del Tirolo“ e nel 1890 Augusto Panizza su „Archivio Trentino“ quelli relativi al processo di Cavalese, riproposti da Luisa Muraro con il suo „La signora del gioco“, Feltrinelli 1976. L'argomento dei processi per stregoneria nella nostra regione è stato più volte ripreso sia con lavori a carattere scientifico che divulgativo.

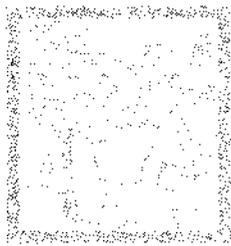
Il saggio di Pinuccia di Gesaro, uscito a cura della nuova casa editrice Praxis di Bolzano, propone su questo argomento due processi quasi contemporanei svoltisi a Fiè allo Sciliar e a Cavalese agli inizi del '500.

L'argomento è affascinante e la traduzione del processo di Fiè è rimasta, fino al lavoro della di Gesaro, inedita in lingua italiana.

Di queste donne, le streghe, ci sono noti i capi d'accusa, di alcune persino i nomi, la condizione sociale, le vicende personali e la domanda che di solito ci assilla

di Brunamaria Dal Lago

La caccia alle streghe



di Brunamaria Dal Lago
 Traduzione di Bruno Biondi

è il perché, la ragione di una persecuzione così lunga e crudele contro individui di cui non riusciamo a vedere in che modo minacciassero la società.

Molti storici della caccia alle streghe hanno dichiarato che ormai non è più possibile conoscere il punto di vista delle vittime perché i documenti rimasti

furono scritti dai loro persecutori.

La decisione è frettolosa — c'è sempre un legame fra persecutore e vittima e quando il primo afferma le proprie ragioni vi tira dentro, secondariamente, ma necessariamente, anche la vittima.

Questo, a mio parere è il sottile filo che Pinuccia di Gesaro segue. E il risultato è che fra le righe dure e crudeli dei testi dei processi appare la storia delle varie Anna Jobstin e Juliane Winterlin di Fié, Els di Trostburg e la Magdlen di Perbian, la Miolerin, Katharina Moserin, Margherita detta la Vanzina di Tesero, la Ursula Strumechera Tassadrella la Tassadrella, Otilia della Giacomina di Predazze, Barbara detta la Marostega, tutte della compagnia della Signora del bon zogo, la Marostega fra tutte la Maestra.

E attraverso i testi si entra nella vena della cultura popolare, nelle credenze del tempo, nell'uso dei farmaci, nella cronaca di eventi familiari e pubblici: amore, matrimoni, nascite, morti, fame, carestie, alluvioni ed incendi.

Approdando così nel particolare e rinun-

ciando alle grandi enunciazioni generali sulla stregoneria il lettore non si perde — la ragione che si era smarrita nella enormità del fenomeno si ritrova nella comprensione delle vicende individuali.

A sollecitare questo tipo di lettura servono, a mio parere in modo egregio, le molte e bellissime illustrazioni del libro

immagini del pensiero, itinerari attraverso spazi segreti, riconoscimenti, vortici ignotici, scoperte di affinità.

Il merito di questo saggio è quindi, oltre all'impianto storico, alla introduzione e alle note precise ed illuminanti, la testimonianza minuziosa di vite e sentimenti di un periodo storico che va sotto il nome di "caccia alle streghe" e che, nelle nostre valli è durato parecchi secoli.

Rimane in chi legge, o almeno in me che di questi fenomeni mi interesso in particolare, il desiderio di saperne di più.

Il saggio di Pinuccia di Gesaro va letto e, forse continuato.

marzo 1984

Brunamaria Dal Lago
 Veneri

Testi di economia, giuridici,
 fiscali, pubblicitari, traduzioni
 giurate ecc.

Texte aus den Bereichen Wirt-
 schaft, Gesetzgebung, Werbung,
 eidesstattliche Übersetzungen u.s.w.

Traduzioni: Übersetzungen

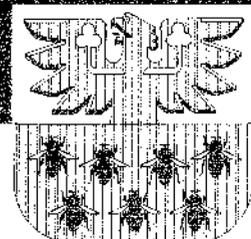
STUDIO CWC

39018 Terlano - Terlan (Bz)

Tel. 04/1/57268

Geben Sie Ihrem Geld die besten Chancen!

**Südtiroler
 Landessparkasse**



Mit uns kann man reden!

GAISMAIKALENDER 1985

Die Arbeiten zur Zusammenstellung des Gaismair-Kalenders 1985 werden in Kürze beginnen. Alle, die einen Beitrag (Artikel, Berichte, Gedichte, Fotos, Zeichnungen usw. ...) liefern wollen, werden gebeten, diesen bis ca. Ende Mai 1984 an eine der folgenden Adressen zu schicken:

Zita und Reinhold Staffler, 39011 Lana, St. Cäziliengasse 7

Christoph v. Hartungen, 39040 Seis, Alstergasse 3
Günther Pallaver, 39051 Branzell, Schwarzadlerstr. 7

Vor allem sind wir interessiert, das Register zu erweitern!

NEUER KUNSTWETTBEWERB DES SH-KULTURREFERATES

Nach der gelungenen Pleite unseres Wandmalerei-Wettbewerbs vom Herbst (die einzige Einsendung bekommt nun den verdienten Trostpreis, malen dürfen wir aber jetzt selber) holt das Kulturreferat unerbittlich zum neuen ästhetischen Schlag aus. Schwer betroffen vom grassierenden AH-Effekt im heurigen Diroller Heldenjahr kann natürlich nur ein Sujet wirklich passen:

UNSER ANDER.

Nachdem die STURZFLÜGE ihn, oder vielmehr HIN graphisch endlich anschaulich und literarisch breit aufbereitet haben, geht's uns um die literarische Kürze: es geht um Oden, Hymnen und Gschranzn auf Andreas Hofer und seine späten Epigonen. Auch Epigramme und sonstige Verserl. Tirolerstolz, Schmaiz und Schmalz alles inbegriffen.

Einzusenden bis zum 1. Mai anno 84 zur SH Bozen. Preise, die dann verschmägt werden, gibt's keine, außer eine Einladung zur Vernissage bei Vorstellung der Publikation eures Geschreibsels: mit den besten Werken wird ein PLAKAT bedruckt, das uneren Städten zusätzlichen Heldenglanz verleihen wird.

Für alle Teilnehmer gibt's natürlich Gratisplakate.

MÄNDER, ISCH'S ZEIT?

Das LANDESAMT FÜR STATISTIK UND STUDIEN

s u c h t

Statistiker-in

Volkswirt-in

Betriebswirt-in

Soziologe-in

oder Absolventen gleichartiger Fachrichtungen mit Interesse für statistische Analysen und Auswertung, sowie für die Konzeption und Bearbeitung von statistischen Publikationen.

Zwecks Vereinbarung eines Gesprächstermins wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Statistik und Studien, BOZEN, Mendelstraße 24, Tel. 0471/994000